



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386

EUROPA – REALITÄT UND VISION

STUDIUM GENERALE

HEIDELBERG
UNIVERSITY PUBLISHING

STUDIUM GENERALE
der Ruprecht-Karls-Universität
Heidelberg

Mitglieder der Rektoratskommission Studium Generale

Prof. Dr. Òscar Loureda Lamas

Prorektor für Qualitätsentwicklung

Institut für Übersetzen und Dolmetschen (IÜD)

Prof. Dr. Cord Arendes

Historisches Seminar

Tobias Just

Marsilius-Kolleg

Prof. Dr. Andreas Kruse

Institut für Gerontologie

Prof. Dr. Annemarie Pucci

Kirchhoff-Institut für Physik

Prof. Dr. Gertrud Maria Rösch

Institut für Deutsch als Fremdsprachenphilologie

Prof. Dr. Sabine Strahl

Centre for Organismal Studies

Sammelband der Vorträge
des STUDIUM GENERALE
der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Wintersemester 2016/2017

Herausgegeben von der
Rektoratskommission Studium Generale

Europa – Realität und Vision

Herausgegeben von der
Rektoratskommission Studium Generale

Mit Beiträgen von
Gisela Müller-Brandeck-Bocquet,
Jürgen Neyer,
Friedrich Schmidt,
Edgar Wolfrum und
Barbara Mittler

HEIDELBERG
UNIVERSITY PUBLISHING

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht. Die Umschlaggestaltung unterliegt der Creative Commons-Lizenz CC BY-ND 4.0.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf den Verlagswebseiten von HEIDELBERG UNIVERSITY PUBLISHING <https://heiup.uni-heidelberg.de> unter der Rubrik Campus Media dauerhaft frei verfügbar (open access).
doi: <https://doi.org/10.17885/heiup.studg.2019.0>

Umschlagabbildung: Tizian (Tiziano Vecellio), Europa, 1559–62 (Öl auf Leinwand), © Isabella Stewart Gardner Museum, Boston, MA, USA / Bridgeman Images.

Text © 2019. Das Copyright der Texte liegt beim jeweiligen Beitragsautor.

ISSN 2510-0254
eISSN 2511-4921

ISBN 978-3-947732-08-1 (Softcover)
ISBN 978-3-947732-07-4 (PDF)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
<i>Gisela Müller-Brandeck-Bocquet</i> Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU: Neue Perspektiven nach dem Brexit-Referendum?	11
<i>Jürgen Neyer</i> Plädoyer für eine Neugründung Europas	29
<i>Friedrich Schmidt</i> Der Blick von Russland auf Europa	41
<i>Edgar Wolfrum</i> Minderheiten und Bürgerrechte in Europa	57
<i>Barbara Mittler</i> Dein Bild in meinem Auge oder: Die Genese des „chinesischen Traums“ – China und Europa im langen 20. Jahrhundert	81

Vorwort

Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

*Art. 2 des Vertrags über die Europäische Union
der Fassung des Vertrags von Lissabon*

Europa die Frau, Europa das Haus. Europa als Traum, Hoffnung und Notwendigkeit.

Europa hat viele Gesichter und es gibt die unterschiedlichsten Gleichnisse für das, was Europa und was die Europäische Union sind und sein sollen. Einige meinen, sie wäre ein großes gesellschaftliches und politisches Experiment. Andere glauben, sie befinde sich in der tiefsten Krise ihrer Geschichte und sollte sich grundlegend erneuern. Mit dem mehrheitlichen Votum der Briten im Juni 2016 für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union scheint sich der Eindruck der Krise zu festigen. Doch was ist wirklich dran an dieser Vertragsunion souveräner Staaten, die für die einen der Weg zum Traum der Vereinigten Staaten von Europa ist und für die anderen ein bereits Realität gewordener Albtraum?

Im Wintersemester 2016/17 hat die Universität Heidelberg Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen eingeladen und sie gebeten, zum Thema „**Europa – Realität und Vision**“ Stellung zu nehmen und dabei auf unterschiedliche Aspekte wie Minderheiten und Bürgerrechte, Migration, oder die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einzugehen. Experten aus der Universität

Heidelberg, der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der Universität Würzburg sowie der Russland-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung konnten als Redner für die Reihe gewonnen werden. All unseren Referenten möchte ich an dieser Stelle herzlich dafür danken, dass sie mit ihrem Beitrag die Vortragsreihe ermöglicht haben. Wir wollen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, auch mit diesem Sammelband wieder die Möglichkeit bieten, einige der Vorträge in der Zusammenschau noch einmal nachverfolgen und nachlesen zu können.

Als Auftakt befasst sich Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Professorin für Europaforschung und Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Würzburg, mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und spricht über mögliche Perspektiven nach dem Brexit-Referendum. Wie sie betont, ist die Europäische Union in ihrer Konstruktion zwar weltweit einmalig, ihre Außenpolitik gilt jedoch als schwach, seit sie im Kontext aktueller Krisen der EU ins Hintertreffen geraten ist.

Über eine Weiterentwicklung des Integrationsprozesses in Europa mit besonderem Blick auf die Rolle Deutschlands spricht Jürgen Neyer, Politikwissenschaftler an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Nach Neyers Worten befindet sich die Europäische Union derzeit „in der tiefsten Krise ihrer Geschichte“, für deren Überwindung eine abgestimmte Initiative von Frankreich und Deutschland zur ideellen und institutionellen Neugründung notwendig ist.

Den „Blick von Russland auf Europa“ richtet der Journalist Friedrich Schmidt, der seit drei Jahren für die Frankfurter Allgemeine Zeitung als Korrespondent in Moskau über das politische und gesellschaftliche Geschehen in Russland und die außenpolitischen Beziehungen des Landes berichtet.

Der Historiker Prof. Dr. Edgar Wolfrum vom Historischen Seminar der Universität Heidelberg beleuchtet in seinem Beitrag den Zusammenhang zwischen Minderheitengeschichte und der Entwicklung von Bürgerrechten im 20. Jahrhundert. Dabei wird deutlich, dass die Geschichte von Minderheiten nicht ein Teilbereich der historischen Erfahrung unserer Gesellschaften, sondern essentieller Bestandteil der „allgemeinen“ Geschichte ist.

Die ebenfalls an der Ruperto Carola lehrende Sinologin Barbara Mittler setzt sich in ihrem Beitrag mit europäischen und chinesischen

Sichtweisen auf den jeweils anderen auseinander und erörtert, warum Europa für China nach wie vor das große Vorbild ist, das teilweise bis zur Verleugnung seiner eigenen Wurzeln nachgeahmt wird. In diesem Zusammenhang geht die Heidelberger Wissenschaftlerin der Frage nach, welche Bedeutung die europäische Wahrnehmung Chinas für das chinesische Selbstbild hat und welche Rolle Europa in China einnimmt.

Liebe Leserinnen und Leser,
wir wünschen Ihnen bei der hoffentlich anregenden Lektüre des vorliegenden Bandes möglichst viele Einblicke und Erkenntnisse, die dazu beitragen, Ihren Blick auf die Europäische Union von innen und außen zu schärfen.

Die Rektoratskommission Studium Generale

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU: Neue Perspektiven nach dem Brexit-Referendum?

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet

1. Einleitung

Bereits seit Beginn der 2010er Jahre steckt die EU in gravierenden Krisenkontexten fest, die sie aufs Äußerste belasten. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat als erster diese besorgniserregende Lage als „Polykrise“¹ bezeichnet und damit die mehrfachen, gleichzeitig auftretenden und sich gegenseitig verstärkenden Problemfelder der EU angesprochen. Staatsschulden-, Ukraine- und Flüchtlingskrise, Terroranschläge auch auf europäischem Boden, Abbau rechtsstaatlicher Prinzipien in EU-Mitgliedstaaten, steigende Erfolge rechtspopulistischer oder rechtsextremer Parteien, sinkendes Vertrauen in die Politik im Allgemeinen und in die EU im Besonderen haben die Integrationsgemeinschaft derart in Bedrängnis gebracht, dass ihr mögliches Scheitern nicht mehr ausgeschlossen werden kann.² Der bevorstehende Brexit stellt insofern einen Höhepunkt innerhalb der Polykrise dar, als zum ersten Mal in der langen Einigungsgeschichte Europas ein Mitgliedstaat sich anschickt, das mühsam errichtete gemeinsame

¹ Zitat aus der Rede des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker beim Festakt des Europäischen Forums Alpbach am 21.08.2018; abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-16-2863_de.htm.

² Statt vieler vgl. dazu meinen Aufruf: Europa darf nicht scheitern – Besinnt euch, Bürger! abrufbar unter: <https://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de/frontdoor/index/index/docId/12727>.

Haus der EU zu verlassen. Angesichts dieser bedrohlichen Konstellation warnte Juncker in seiner Rede zur Lage der Union vom 14. September 2016 mit deutlichen Worten:

Unsere Europäische Union befindet sich [...] in einer existenziellen Krise [...] Nie zuvor habe ich so wenige Gemeinsamkeiten zwischen unseren Mitgliedstaaten gesehen. [...] Nie zuvor habe ich so viel Spaltung und so wenig Gemeinsinn in unserer Union gesehen.³

Trotz tiefen Bedauerns und Trauer darüber, dass die Briten uns, d. h. die EU, verlassen wollen, darf nicht übersehen werden, dass der bevorstehende Brexit auch neue Perspektiven für die EU eröffnen kann. Denn das Vereinigte Königreich war seit seinem EG-Beitritt 1973 durchgängig ein besonders zögerlicher Mitgliedstaat, wenn es darum ging, die Integrationsgemeinschaft zu vertiefen und zu stärken; dies traf und trifft insbesondere auf den Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu. Es ist ja nicht grundlos, dass das Vereinigte Königreich gemeinhin als der *awkward partner*, als besonders schwieriger Partner, bezeichnet wird.⁴ Der Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Donald Trump am 20.01.2017 mit seinen zahlreichen abfällig-provokanten Äußerungen über Nato und EU tun ein Übriges, um der Frage nach neuen Herausforderungen, Chancen und Perspektiven in der EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik post-Brexit vertieft nachzugehen.

Vorliegender Beitrag wird zunächst knapp erklären, was unter der „EU-Außenpolitik“ auf dem Stand des Lissabonner Vertrags zu verstehen ist, um in einem weiteren Schritt auszuloten, inwieweit der Brexit diesem Politikfeld Schaden zufügen und Lücken aufreißen kann. Angesichts der bereits angedeuteten Rolle der Briten als die großen Blockierer beim Auf- und Ausbau einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird drittens untersucht, ob und inwiefern die EU-27 sich angesichts des baldigen Brexits und der deutlich schwieriger gewordenen internationalen Lage nun darauf verständigen kann, in ausgewählten Bereichen der EU-Außenpolitik Fortschritte zu

³ Junckers Rede zur Lage der Union vom 14.09.2016 ist abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-16-3043_de.htm.

⁴ Vgl. dazu umfassend: Michael Melcher: *Awkwardness and Reliability. Die britische Europapolitik von 1997 bis 2013*, Marburg 2014.

erzielen. Diese Analyse kann zwangsläufig nur eine vorläufige Momentaufnahme des aktuell ablaufenden Prozesses sein, der möglicherweise in Richtung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion weist.⁵

2. Die Außenpolitik der EU – Was ist das?⁶

Die Integrationsgemeinschaft EWG/EG/EU ist seit Jahrzehnten um den Auf- und Ausbau ihrer Außenpolitik bemüht, wobei sich diese Anstrengungen seit Ende des Ost-Westkonflikts sehr spürbar intensiviert und verdichtet haben. Gleichwohl ist in der innereuropäischen wie auch der außereuropäischen Öffentlichkeit der Eindruck weit verbreitet, dass die EU nur ein sehr schwaches, ihrem wirtschaftlichen Gewicht mitnichten entsprechendes außenpolitisches Profil aufweist und daher nur eine nachrangige internationale Rolle auszuüben vermag. Häufig wird gar die Existenz einer EU-Außenpolitik in Abrede gestellt. Dies mögen zwei Statements belegen: „Europa hat gar keine Außenpolitik“ und „Es gibt keine europäische Außenpolitik.“⁷

Diese weitverbreiteten Meinungen beruhen auf einer sehr verkürzten Wahrnehmung dessen, was EU-Außenpolitik ist. Denn bei solchen Geringschätzungen der EU-Außenpolitik wird ausschließlich auf die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) und die *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik* (GSVP) der EU abgehoben, den beiden jüngsten Teilbereichen oder besser gesagt: Bausteinen der gesamten EU-Außenpolitik. In der Tat wurde die GASP erst mit dem Maastrichter Vertrag (1991 beschlossen, 1993 in Kraft getreten) und die GSVP⁸ mit dem Nizzaer Vertrag (2000 respektive 2003) geschaffen. Bei GASP und GSVP handelt es sich jedoch um vergleichsweise wenig integrierte, vorrangig intergouvernemental organisierte Politikfelder, die den Gemeinschaftsorganen wenig, den Mitgliedstaaten sehr viel

⁵ Diese schriftliche Ausarbeitung zum Vortrag ist auf Stand Ende 2016 gehalten; die sich seither abzeichnenden dynamischen Entwicklungen innerhalb der EU-27 können hier noch nicht wissenschaftlich vertieft bearbeitet werden.

⁶ Nachfolgende Ausführungen basieren auf: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet/Carolin Rürger: Die Außenpolitik der EU, Berlin/Boston 2015.

⁷ Peter Scholl-Latour, 04.07.2014 sowie Deutsche Welle, 15.08.2014, zitiert in Müller-Brandeck-Bocquet/Rürger: Die Außenpolitik der EU, 2015, S. 1.

⁸ Zwischen 1999 und 2009 war von der ESVP die Rede, der *Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*. Doch der Lissabonner Vertrag führte die Bezeichnung *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik* und mithin das Kürzel GSVP ein, das hier durchgängig verwendet wird.

Entscheidungskompetenzen zuweisen. Folglich ist, wenn man „die“ EU-Außenpolitik auf GASP und GSVP reduziert, richtig, dass die Union eine recht schwache Performanz liefert.

Ein angemesseneres und der Logik der heutigen Vertragsgrundlagen des 2009 in Kraft getretenen Lissabonner Vertrags besser entsprechendes Verständnis „der“ EU-Außenpolitik folgt einem mehrdimensionalen Ansatz und konstruiert das große Ganze der EU-Außenpolitik als Mosaik, das aus zahlreichen Bausteinen besteht. Dies visualisiert nachfolgende Darstellung:⁹

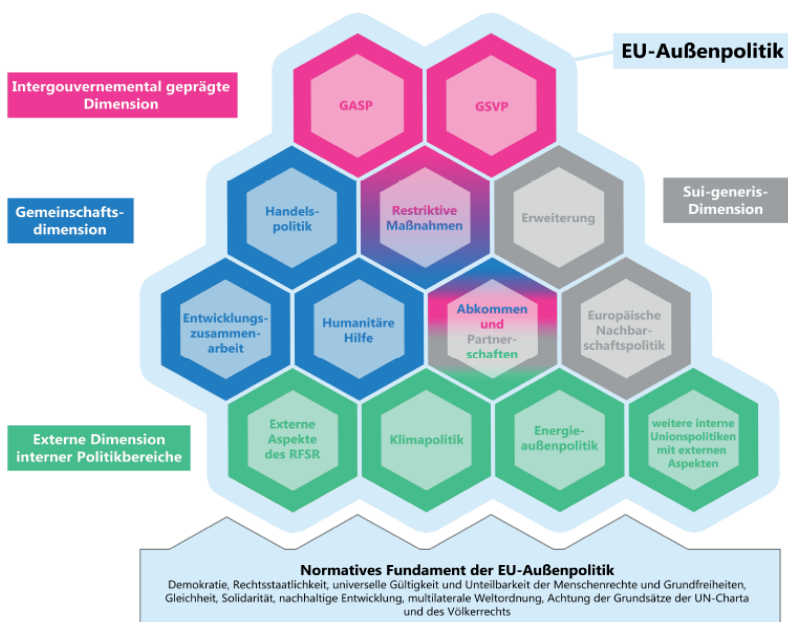


Abb. 1: EU-Außenpolitik

Dieses EU-Außenpolitik-Mosaik weist vier verschiedene Dimensionen auf, die auch unterschiedliche Zuständigkeiten und Politikprozesse implizieren. So unterliegen die drei zentralen Bausteine der Gemeinschaftsdimension beispielsweise, also die Handelspolitik, die Entwicklungszusammenarbeit und die Humanitäre Hilfe, der sogenannten Gemeinschaftsmethode, die seit dem Lissabon-Vertrag die doppelte Mehrheit bei Ratsentscheidungen und das ordentliche Gesetzgebungsverfahren im Europäischen Parlament impliziert. GASP

⁹ Müller-Brandeck-Bocquet/Rüger: Die Außenpolitik der EU, 2015, S. 10.

und GSVP hingegen stellen die intergouvernemental geprägte Dimension innerhalb der EU-Außenpolitik dar; sie sind folglich – wie bereits erwähnt – wenig integriert, weitgehend in die Entscheidungsbefugnis der Mitgliedstaaten gestellt und deshalb nur ansatzweise „gemeinsam“ und europäisiert.¹⁰

Ein solch umfassender und mehrdimensionaler Ansatz zum Verständnis der EU-Außenpolitik ist in der Lage, die „wahren“ Gestaltungsmöglichkeiten sowie die realiter erbrachten Leistungen der EU-Außenpolitik erfass- und analysierbar zu machen. Denn unzweifelhaft leistet jeder einzelne der Mosaikbausteine einen herausragend wichtigen Beitrag zur EU-Außenpolitik. Er überwindet die bereits erwähnten, weitverbreiteten Verzerrungen und verkürzten Wahrnehmungen dessen, was EU-Außenpolitik de facto ist. Dieser ganzheitliche Zugang zur EU-Außenpolitik ist zugegebenermaßen ein komplexes, höchst anspruchsvolles Unterfangen; die außenpolitische Mehrdimensionalität führt zu vielfältigen Perzeptionsproblemen der EU-Außenpolitik und zwar sowohl bei den EU-Bürgern selbst als auch bei Berichterstattern und Beobachtern und – mehr noch – bei Drittstaaten, die außenpolitisch mit der EU zusammenarbeiten. Dass die EU-Außenpolitik derart komplex und kompliziert konstruiert ist, lässt sich nur mit ihrer Entstehungsgeschichte erklären, die manche der Mosaikbausteine schon sehr frühzeitig in den Kompetenzbereich der Integrationsgemeinschaft einbaute, wie beispielsweise die Handelspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Durch den mehrstufigen Erweiterungsprozess wurden sukzessiv neue Mosaikbausteine geschaffen, die sich aufgrund neuer Außengrenzen und Nachbarschaften ergaben; dies trifft selbstredend vorrangig auf die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik zu. Bei den Außenpolitik-Bausteinen der intergouvernementalen Dimension jedoch, also bei der GASP und mehr noch bei der GSVP, ist man bis auf den heutigen Tag sehr zögerlich vorgegangen. Weil diese Politikfelder zum Kernbestand einzelstaatlicher Souveränität zählen, fällt eine Souveränitätsabgabe, ja selbst eine Souveränitätsteilung nach François Mitterrands Diktum „Man gibt seine Souveränität nicht ab, man teilt sie höchstens“ den Mitgliedstaaten sehr schwer. Und so war der Weg bis zur Schaffung von GASP und

¹⁰ Zur konkreten Verfasstheit und Ausgestaltung der einzelnen Dimensionen ausführlich: Müller-Brandeck-Bocquet/Rüger: Die Außenpolitik der EU, 2015, Kapitel 3: „Akteure, Strukturen, Prozesse: Vertragliche Grundlagen der EU-Außenpolitik“ (S. 107–222). Im 4. Kapitel „EU-Außenpolitik konkret“ (S. 223–358) werden die einzelnen Dimensionen und Bausteine dann politikinhaltlich gefüllt.

GSVP auch ganz besonders steinig, wie die Entwicklungen vom frühen Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahr 1954 über Jahrzehnte der weitgehenden außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Abstinenz Europas bis zum Aufbruch in den 1990er Jahren zeigen. Nur mühsam und angesichts eines besonderen weltpolitischen Hintergrunds konnte im Maastrichter Vertrag die bereits in den 1970er Jahren geschaffene, lose außenpolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) gestärkt als GASP verankert werden; die Schaffung der operativen militärischen und zivilen Kapazitäten im Rahmen der GSVP erfolgte gar erst ab 1998/99 und ist auch heute noch keineswegs abgeschlossen.¹¹

3. Der Brexit und die Folgen für die EU-Außenpolitik

Während der Dauer seiner EG/EU-Mitgliedschaft konnte das Vereinigte Königreich sein gesamtes internationales Gewicht in die Ausgestaltung und Ausfüllung der europäischen Außenpolitik einbringen. Und dieses Gewicht ist im britischen Falle sehr beträchtlich: als ehemals weltumspannende Kolonialmacht, als Kopf des Commonwealth, Siegermacht des Zweiten Weltkriegs, Ständiges UN-Sicherheitsratsmitglied und als (legale) Atommacht zählt das Vereinigte Königreich zu den Großen in der internationalen Politik. Nicht zuletzt mit Blick auf diese außenpolitische Bedeutung der Briten, auf ihr Prestige, ihre Fähigkeiten und ihren globalen Einfluss wurde im Vorfeld ihres EG-Beitritts 1973 die Vorgängerin der GASP, die bereits erwähnte EPZ, ins Leben gerufen. Denn mit dem Vereinigten Königreich erhielt die EG-9 plötzlich eine ganz neue, substantiell vergrößerte, internationale Statur.¹²

Auf der Grundlage dieser politischen Potenziale hat das Vereinigte Königreich dann auch über lange Jahre hinweg die EU-Außenpolitik in all ihren Dimensionen mitgestaltet; entsprechend werden die britischen Beiträge in jedem einzelnen der Mosaikbausteine der EU-Außenpolitik künftig fehlen.

¹¹ Zur Entwicklungsgeschichte der EU-Außenpolitik ausführlich: Müller-Brandeck-Bocquet/Rüger: Die Außenpolitik der EU, 2015, Kapitel 2 „Entwicklungsphasen der EU-Außenpolitik bis Lissabon“ (S. 27–105).

¹² Müller-Brandeck-Bocquet/Rüger: Die Außenpolitik der EU, 2015, S. 41.

In einer beachtenswerten Ausarbeitung „Mögliche sicherheits- und verteidigungspolitische Auswirkungen des sogenannten ‚Brexit‘ auf die Europäische Union und auf Deutschland“ vom Juli 2016 weisen die wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages auf diese Lücken, die ein Brexit in der EU-Außenpolitik aufreißen wird, nachdrücklich hin. So heißt es beispielsweise zum Nahen Osten und Afrika:

Der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU könnte das Gewicht der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik in der Region des Nahen Ostens schmälern. [...] Darüber hinaus könnte der EU-Austritt Großbritanniens dazu führen, dass sich die politischen Positionen der USA und der EU gegenüber Israel und den Palästinensern weiter voneinander entfernen. In der Vergangenheit hat hier Großbritannien im Allgemeinen ausgleichend gewirkt, wobei die britischen Positionen den europäischen zumeist deutlich näher standen als den amerikanischen.

[...] In der Vergangenheit kam das Vereinigte Königreich für 17 Prozent des Haushaltes des ISP (Instrument für Stabilität und Frieden) auf, für das für den Zeitraum von 2014 bis 2020 insgesamt Finanzmittel in Höhe von 2,4 Mrd. Euro vorgesehen sind. Beim EEF (Europäischer Entwicklungshilfefonds) stammen 14 Prozent der Einzahlungen aus Großbritannien, das damit nach Deutschland und Frankreich drittgrößter Geldgeber dieses Fonds ist. **Das Fehlen britischer Finanzmittel in diesen Bereichen würde die künftigen Möglichkeiten der EU, weitere Entwicklungs- und Stabilisierungsfortschritte auf dem afrikanischen Kontinent zu erzielen, deutlich beschneiden.**¹³

[...] Der durch den Brexit möglicherweise enger werdende Finanzspielraum der EU und ihrer Instrumente [bedeutet], dass es auch dort zu Einschnitten bei den Maßnahmen der Entwicklungs- und humanitären Hilfe sowie der Friedenskonsolidierung kommen könnte.¹⁴

Auch für den Bereich der GSVP bilanziert die Ausarbeitung die Lücken und Probleme, die der Brexit verursachen würde. Zunächst wird nach einer akribischen Aufzählung der militärischen Beiträge der Briten zu EU-Missionen befürchtet, dass der Brexit

¹³ Hervorhebung im Original.

¹⁴ Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag Ausarbeitung WD 2-3000-093/16, vom 08.07.2016, abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/blob/437604/20b54421814ed7f586267da40ed9a03f/wd-2-093-16-pdf-data.pdf>.

[...] dazu führen [könnte], dass die ohnehin **knappen Ressourcen (Personal, Material) der Streitkräfte der verbleibenden EU-Mitgliedstaaten** angesichts der vielfältigen Verpflichtungen (VN, NATO, EU, nationale) **noch höher belastet** werden. Ggf. müsste die EU sogar, wenn die Belastungsgrenze überschritten wird, **zulasten der Glaubwürdigkeit der GSVP** die Anzahl ihrer Operationen und Missionen oder zumindest die Personalumfänge der dort eingesetzten militärischen Kontingente reduzieren und die durch die Streitkräfte wahrzunehmenden **Aufgaben einschränken**. Alternativ müssten die verbleibenden EU-Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsanstrengungen erhöhen und ihre Streitkräfte personell und materiell so ausstatten, dass die Belastungsgrenze eben nicht erreicht wird.¹⁵

Auch bei der „Arbeitsfähigkeit der die GSVP tragenden EU-Organisationselemente“ sehen die wissenschaftlichen Dienste Engpässe voraus, ebenso bei dem seit einigen Jahren verfolgten Pooling & Sharing-Ansatz¹⁶ sowie bei der Rüstungszusammenarbeit – und weisen darauf hin, dass sich die Erwartungen der anderen EU-Mitgliedstaaten wohl vor allem an Deutschland richten werden, um diese Lücken zu füllen.

Im Fazit der Ausarbeitung werden jedoch auch mögliche Chancen, die ein Brexit für die GSVP bringen könnte, benannt. Unter der Voraussetzung, dass sich die benannten Lücken schließen lassen

[...] könnte die GSVP sogar von dem Brexit profitieren, denn ohne das Vereinigte Königreich dürfte die EU künftig nach Außen und in internationalen Organisationen noch kohärenter auftreten können.¹⁷

Das ist sehr vorsichtig und verhalten formuliert. Vor allem ist damit nicht die große Frage thematisiert, wie sich die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Dimensionen der EU ohne die Briten in Zukunft weiterentwickeln ließen. Hier ist erneut daran zu erinnern, dass das Vereinigte Königreich über die Jahrzehnte hinweg in erheblichem Maße dafür verantwortlich ist, dass keine EU-Außenpolitik

¹⁵ Hervorhebungen im Original.

¹⁶ Vgl. dazu: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: Deutsche Prioritäten für Europas Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Katrin Böttger und Mathias Jopp (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik, Baden-Baden 2016, S. 380 f.

¹⁷ Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag Ausarbeitung WD 2-3000-093/16, S. 16. Hier wird auch Gregor Irwin mit dem treffenden Satz zitiert: “The EU loses substantial soft and hard power assets, but may be able to act more coherently externally and in international institutions.”

„aus einem Guss“ entstehen konnte. Denn wenn im mehrdimensionalen Mosaik der EU-Außenpolitik die Kernbereiche von Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, GASP und GSVP also, nur als schwach integrierte, als intergouvernementale Dimension verankert werden konnten, so ist dies in großem Maße der britischen Blockadepolitik zuzurechnen. Das Vereinigte Königreich zeichnet sich ganz wesentlich für jene „Absurdität“ des Maastrichter Vertrags verantwortlich, die darin besteht, „to maintain an artificial division between different areas of external relations“¹⁸.

An ihrem Kampf gegen eine Vergemeinschaftung von GASP und GSVP, den die Briten zwar wahrlich nicht allein, aber dennoch maßgeblich angeführt haben, lässt sich die vielzitierte britische Rolle als „awkward partner“ besonders trefflich festmachen. Als Gegenleistung für ihre *special relationship* mit den USA haben die Briten über die Jahrzehnte hinweg das Nato-First-Prinzip verteidigt, das der Schaffung einer eigenständigen EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik sehr enge Grenzen setzt. Dass das Vereinigte Königreich überhaupt seine Zustimmung zur Entstehung von GASP und GSVP gab, ist im Besonderen welt- und innenpolitischen Gründen geschuldet: Im Fall der GASP bewirkten die internationale Zeitenwende bei Ende des Ost-West-Konflikts sowie der Zusammenbruch der UdSSR die Einwilligung. Im Falle der GSVP war der innenpolitische Druck ausschlaggebend, der es Tony Blair nicht ermöglichte, an dem integrativen Großprojekt jener Jahre, der Schaffung der Gemeinschaftswährung Euro, teilzuhaben. Daher trug Blair ab 1998 die Errichtung der GSVP mit, um das Vereinigte Königreich „in the heart of Europe“ zu verankern und nicht in die innereuropäische Isolation abdriften zu lassen. Aber schon bei der langwierigen Genese des Lissabonner Vertrags formulierte Blair erneut wieder die berühmten britischen „red lines“ für GASP und GSVP, die diese intergouvernementale Dimension der EU-Außenpolitik so schwach, so unvollendet lassen. Auch das Prestigeprojekt der GSVP, nämlich die Einrichtung eines europäischen Hauptquartiers (EU-HQ) für die Planung und Durchführung von EU-Missionen, torpedierten Blair und seine Nachfolger kontinuierlich. Denn im April 2003, inmitten der abgrundtiefen Spaltung innerhalb der europäischen Staaten über die Frage, ob sie mit den USA in den

¹⁸ Fraser Cameron: The EU's External Action Service – Golden or Missed Opportunity. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet/Carolyn Rüger (Eds.): The High Representative for the EU Foreign and Security Policy- Review and Prospects, Baden-Baden 2011, S. 252.

Irakkrieg ziehen sollten oder nicht, hielten Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxembourg in Brüssel einen Minigipfel, den sogenannten Pralinengipfel, ab, auf welchem die Stärkung der GSVP (damals noch unter dem Kürzel ESVP firmierend) erörtert wurde. Für das meiste Aufsehen sorgte der Vorschlag, für autonome EU-Missionen ein eigenständiges Hauptquartier (HQ) einzurichten. Der Vorschlag wurde von den USA und Großbritannien umgehend als Affront gegen die NATO geißelt und kategorisch abgelehnt.¹⁹ Auch ein zweiter Vorstoß aus dem Jahr 2010 scheiterte erneut an den Briten.

4. Der Brexit als Chance für die GSVP?

Vor diesem Hintergrund und angesichts der aktuellen internationalen Lage mit ihren vielfältigen neuen Bedrohungsszenarien kann kaum verwundern, dass unmittelbar nach dem Brexit-Votum Überlegungen darüber angestellt wurden, was in GASP und GSVP künftig ohne die Briten möglich werden könnte. Der erste einschlägige Vorstoß kam selbstredend aus Berlin und Paris. So veröffentlichten die Außenminister Jean-Marc Ayrault und Frank-Walter Steinmeier bereits am 27.06.2016, also nur vier Tage nach dem Brexit-Votum, ein gemeinsames Schreiben „Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt“.²⁰ „Deutschland und Frankreich“ so heißt es in dem Schreiben, „bekennten sich erneut zu dem gemeinsamen Konzept von Europa als einer Sicherheitsunion“. Um den heutigen Herausforderungen begegnen zu können, schlagen die beiden Außenminister eine „europäische Sicherheitsagenda“ vor, die durch konkrete Schritte, wie verbesserte gemeinsame Lageanalysen und „stärkere und flexiblere Fähigkeiten zur Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“, umgesetzt werden sollte. Auch verstärkte „Anstrengungen auf dem Gebiet der Verteidigung“ werden angemahnt. Weitere Vorschläge dieser gemeinsamen Initiative lassen erkennen, dass die beiden Außenminister ihren Vorschlägen einen sehr weiten Sicherheitsbegriff zugrunde legen.

Sicherheit und Verteidigung im engen Sinne werden in einer weiteren deutsch-französischen Initiative adressiert, die die Verteidigungsminister Ursula von der Leyen und ihr französischer Kollege

¹⁹ Gisela Müller-Brandeck-Bocquet et al.: Deutsche Europapolitik von Adenauer bis Merkel, Wiesbaden 2010, S. 231.

²⁰ Das Dokument ist abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/160624-bm-am-fra-st/281698>.

Jean-Yves Le Drian am 12.09.2016 vorlegten. Mit ihrem gemeinsamen Konzept „Erneuerung der GSVP“ wollen die Minister „konkrete Vorschläge für den Weg zu einer umfassenden, realistischen und glaubwürdigen Verteidigung in der Europäischen Union einbringen“. Sie empfehlen „die Entwicklung eines klaren Fahrplans zur Erneuerung einer transparenten und integrativen GSVP der 27.“²¹

Die konkreten Vorschläge zur Stärkung der GSVP umfassen vieles, was seit Jahren bereits unter dem Stichwort Stärkung der europäischen Sicherheit und Verteidigung diskutiert wird. Von besonderer politischer Bedeutung sind zwei zentrale Vorschläge von Le Drian und von der Leyen. So heißt es zum einen:

Wir bekräftigen, dass ein permanentes EU HQ für militärische und zivile GSVP Missionen und Operationen – eine permanente militärische EU Planungs- und Durchführungsfähigkeit und eine permanente zivile EU Planungs- und Durchführungsfähigkeit – unser mittelfristiges Ziel bleibt.

Damit greifen Deutschland und Frankreich exakt jenes Prestigeprojekt der GSVP wieder auf, das von den Briten kontinuierlich blockiert wurde. Dass von der Leyen und Le Drian die Forderung nach einem europäischen HQ nur einige Wochen nach dem Brexit-Votum und wenige Tage vor dem ersten Gipfeltreffen zu Siebenundzwanzigst, d. h. erstmals ohne die Briten, wieder aufgriffen, ist als deutliches Signal zu interpretieren: Deutschland und Frankreich sind der Auffassung, dass in Zukunft ohne die Briten möglich werden könnte, was mit ihnen nie erreichbar war.

Auch der zweite Vorschlag des deutsch-französischen Konzepts vom 12.06.2016 soll demonstrieren, dass der Brexit zumindest für die GSVP auch eine Chance darstellen kann. So verknüpfen die beiden Verteidigungsminister ihre Vorschläge zur „Erneuerung der GSVP“ mit dem Konzept der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, die als Artikel 46 EUV Eingang in den Lissabonner Vertrag gefunden hat und das besonders engagierten Mitgliedstaaten eine ständig vertiefte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung ermöglicht.²² Wieder waren es die Briten, die seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags eine Aktivierung des Art. 46 ablehnten. Wenn von der Leyen und Le Drian

²¹ Das Dokument ist abrufbar unter: http://www.bruessel-eu.diplo.de/Vertretung/bruessel_eu/de/00-startseite/Aktuelles/GSVP.html.

²² Vgl. dazu Sven Biscop: Oratio pro Pesco, Egmont Paper 91, Januar 2017.

auch dieses Instrument nun wieder propagieren, so kann dies erneut als eine Botschaft „Seht her, was ohne die Briten alles möglich ist“ verstanden werden.²³

Diese gemeinsame deutsch-französische Initiative wurde süffisant kommentiert mit „Berlin und Paris spielen Avantgarde“.²⁴ Angebracht wäre ein „Berlin und Paris agieren endlich wieder als Avantgarde“ gewesen. Denn im Getöse der Polykrise war das deutsch-französische Tandem in seiner Rolle als Motor der Integration lange Zeit kaum vernehmbar gewesen. Mit diesen beiden post-Brexit-Votum-Vorstößen meldete es sich endlich wieder zurück. Und prompt entfaltete sich erneut die bekannte Funktionslogik des Motors der Integration: Nachdem Frankreich und Deutschland gemeinsame Initiativen vorgelegt hatten, die – wie erwähnt – inhaltlich keineswegs besonders innovativ waren, sondern vielmehr Altbekanntes mit Nachdruck erneut auf die Agenda setzten, wurden sie von europäischen Institutionen aufgegriffen und damit quasi in EU-Projekte überführt und „europäisiert“.

5. Die EU-27 auf dem Weg zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion?

Im Herbst 2016 geschah diese Transformation eines deutsch-französischen Vorstoßes in ein neues europäisches Projekt in einem mehrstufigen Prozess. Zum einen griff der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, in einem Brief, den er im Vorfeld des Bratislava-Gipfels an die Kollegen schrieb, die Themen der inneren und äußeren Sicherheit auf.²⁵ Zum zweiten stellte sich auch Kommissionspräsident Juncker dezidiert hinter die Zielsetzung einer Stärkung der GSVP. In seiner bereits erwähnten Rede zur Lage der Union vom 14.09.2016 unterstützte Juncker die Forderung nach einem EU-HQ ebenso wie die

²³ Wie weit die deutsch-französische Übereinstimmung in Fragen des Einsatzes militärischer Gewalt in der Praxis faktisch reichen könnte, bleibt offen. Traditionell bestehen hier große Unterschiede, doch spätestens mit Deutschlands Bekenntnis zur Übernahme größerer außenpolitischer und internationaler Verantwortung wie 2014 auf der Münchner Sicherheitskonferenz angekündigt, besteht die Aussicht auf eine zunehmende Konvergenz der Positionen.

²⁴ Stefan Kornelius: Berlin und Paris spielen Avantgarde, Süddeutsche Zeitung, 12.09.2016.

²⁵ European Council, the President: The Bratislava Letter, 13.09.2016; abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/09/13-tusk-invitation-letter-bratislava/>.

zur Nutzung des Instruments der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit. Außerdem kündigte er einen Kommissionsvorschlag zur Schaffung eines Europäischen Verteidigungsfonds an, der Europas Rüstungsindustrie und -technologie stärken soll.

Junckers Rede trug den programmatischen Titel „Hin zu einem besseren Europa – einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt“. Deutschland und Frankreich sicher hinter sich wissend, setzte er starke Akzente und fokussierte ebenfalls auf die Themen der inneren und äußeren Sicherheit. Damit bestätigte auch Juncker das neue „Zauberwort aus Brüssel“: Sicherheit.²⁶ Zur künftigen EU-Verteidigungspolitik sagte er:

Europa muss mehr Härte zeigen. Dies gilt vor allem in unserer Verteidigungspolitik [...] Es ist an der Zeit, dass wir für diese Operationen ein gemeinsames Hauptquartier einrichten. Außerdem sollten wir uns auf gemeinsame militärische Mittel hinbewegen, die in einigen Fällen auch der EU gehören sollten. Selbstverständlich in uneingeschränkter Komplementarität mit der NATO [Wir] werden noch vor Jahresende einen Europäischen Verteidigungsfonds vorschlagen, der unserer Forschung und Innovation einen kräftigen Schub verleiht. [...] Der Vertrag von Lissabon gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ihre Verteidigungsfähigkeiten in Form einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit zu bündeln, so sie dies wollen. Ich denke, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diese Möglichkeit zu nutzen.²⁷

Sicherheit als das neue „Zauberwort aus Brüssel“ fand schließlich auch ihren Niederschlag in der „Erklärung von Bratislava“ des Europäischen Rats vom 16.09.2016. Die 27 Staats- und Regierungschefs trafen sich zu diesem ersten informellen Treffen nach dem Brexit Votum, um „gemeinsam die derzeitige Lage der Europäischen Union zu analysieren und unsere gemeinsame Zukunft zu erörtern“. Nach deutlichen Bekenntnissen zur EU als Friedens-, Demokratie- und Wohlstandsgarantin formulierte der Europäische Rat im sogenannten Bratislava-Fahrplan die „Kernprioritäten für die nächsten Monate“.²⁸ Auch hier dominieren Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit. Konkrete

²⁶ Daniel Brössler: Das Zauberwort aus Brüssel, Süddeutsche Zeitung, 12.09.2016.

²⁷ Junckers Rede zur Lage der Union vom 14.09.2016; abrufbar unter: https://ec.europa.eu/germany/news/juncker-rede-zur-lage-der-union-2016-hin-zu-einem-besseren-europa-%E2%80%93-einem-europa-das-sch%C3%BCtzt_de.

²⁸ Die Erklärung ist abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/21232/160916-bratislava-declaration-and-roadmap-de.pdf>.

Beschlüsse zur „Verstärkung der EU-Zusammenarbeit im Bereich der externen Sicherheit und der Verteidigung“ wurden jedoch auf das Gipfeltreffen im Dezember 2016 verschoben.

Obwohl in Bratislava brisante Streitfragen, wie beispielsweise die Umsetzung der Quotenbeschlüsse vom September 2015 zur Verteilung von Flüchtlingen auf alle Mitglieder des Schengen-Raums nicht gelöst werden konnten, markiert dieses Treffen der EU 27 einen wichtigen Wendepunkt: die Schockstarre, die sich mit dem Brexit-Votum eingestellt hatte, begann sich zu lösen und die 27 signalisierte ihren Willen zusammenzustehen. Kanzlerin Angela Merkel beschwor den „Geist von Bratislava“ und Frankreichs Staatspräsident François Hollande sagte: „Was man von Bratislava im Kopf behalten muss, ist dieser Wille, der Wille zu Europa“.²⁹

6. Donald Trump als Geburtshelfer der Einheit Europas

Mit der Wahl Donald Trumps zum neuen Präsidenten der USA wurde die weltpolitische und insbesondere sicherheits- und verteidigungspolitische Lage erneut durcheinandergewirbelt. Bereits im Wahlkampf hatte „the Donald“ mit seinen abfällig-despektierlichen Attacken auf Nato und EU für größtmögliche Verunsicherung, Verwirrung und Irritationen unter den Europäern gesorgt. Als er dann am 08.11.2016 wieder Erwarten tatsächlich zum neuen Präsidenten der USA gewählt wurde, signalisierte Europa sehr rasch ein erstes „Wir haben verstanden“. Dies trifft insbesondere auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu. Hier geht es zum einen um die Nato-Vorgabe, zwei Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben; in der Tat war 2002 angesichts drastisch sinkender Verteidigungsausgaben – oft als Friedensdividende apostrophiert – im Nato-Rahmen beschlossen worden, zwei Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben. 2014 auf dem Nato-Gipfel von Wales sagten die säumigen Zahler unter den Nato-Staaten zu, dieses Ziel innerhalb eines Jahrzehntes verwirklichen zu wollen – also bis 2024. Zum zweiten steht angesichts der unsicheren Positionierung der neuen US-Administration zur Nato und zum zentralen Bünd-

²⁹ Daniel Brössler/Thomas Kirchner: Eigentlich wunderbar, Süddeutsche Zeitung, 17./18.09.2016.

nisartikel 5 eine größere Autonomie der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik erneut auf der Agenda. Beide Punkte wurden vom Europäischen Rat auf seiner Sitzung vom 15. Dezember 2016 adressiert.

Unter dem Titel „Externe Sicherheit und Verteidigung“ hält der Europäische Rat fest:

Die Europäer müssen mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen [...] Für Mitgliedstaaten, die auch der NATO angehören, erfolgt dies gemäß den Richtwerten der NATO für Verteidigungsausgaben. Der Europäische Rat ruft ferner dazu auf, dass die Zusammenarbeit bei der Entwicklung der erforderlichen Fähigkeiten ausgebaut wird und Zusagen gegeben werden, solche Fähigkeiten bei Bedarf zur Verfügung zu stellen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen imstande sein, entscheidend zu den kollektiven Anstrengungen beizutragen sowie autonom zu handeln, wann und wo dies erforderlich ist.³⁰

An die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik (HV), Federica Mogherini, und an die Kommission ergingen umfangreiche Arbeitsaufträge, die im ersten Halbjahr 2017 erfüllt werden sollen.

Mit diesen markigen Forderungen und beherzten Zusagen hat der Europäische Rat der 27 im Dezember 2016 definitiv auf den neuen US-Präsidenten Donald Trump reagiert. Er gab der EU-27 einen neuen Fokus, ein neues Schwerpunktthema: Sicherheit. Damit hat Trump – wohl eher unbeabsichtigt – zur Selbstbesinnung der EU-27 beigetragen und deren Selbstbehauptungswillen beflügelt.

7. Ausblick

Mit dem Brexit-Votum und dem Amtsantritt Donald Trumps ist die EU-27 insbesondere in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in eine Art Zangengriff genommen worden: Während durch den Brexit beunruhigende Aussichten auf sinkende Ressourcen und Fähigkeiten entstehen, erhöht der transatlantische Partner den Druck, damit die

³⁰ Europäischer Rat: Schlussfolgerungen, EUCO 34/16, 15.12.2017; abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/21911/15-euco-conclusions-final-de.pdf>. Erneut wird auch in diesen Schlussfolgerungen – wie in allen jüngeren Dokumenten zur GSVP – die gemeinsame Warschauer Erklärung von EU und Nato vom Juli 2016 erwähnt und auf die Komplementarität beider Entitäten verwiesen.

Europäer ihren Nato-Verpflichtungen nachkommen – eine höchst unkomfortable Situation, die jedoch auch neue Kräfte freisetzen sollte. Derzeit hat es in der Tat den Anschein, als ob man in Brüssel und den verbliebenen 27 nationalen Hauptstädten die Herausforderung angenommen und sich gemeinsam in Richtung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion aufgemacht hat. Darauf weisen jüngste Entwicklungen hin, die in diesem Beitrag nicht mehr vertieft untersucht werden können. Daher sei nur knapp darauf hingewiesen, dass sich die Europäer auf der Münchner Sicherheitskonferenz vom 17.-19.02.2017 zu ihren Nato-Verpflichtungen erneut bekannten und bis 2024 zwei Prozent ihres BIP für die Verteidigung ausgeben wollen. Gleichzeitig traten sie den Repräsentanten der neuen US-Regierung, Verteidigungsminister James Mattis und US-Vizepräsident Mike Pence, gegenüber recht selbstbewusst auf und verwiesen auf die zahlreichen GSVP-Beiträge im Bereich des internationalen Krisenmanagements.³¹ Auch der Beschluss des Rats der EU-Außen- und Verteidigungsminister vom 06.03.2017, für Planung und Führung sogenannter „nicht-exekutiver militärischer Einsätze“ einen militärischen Planungs- und Durchführungsstab (Military Planning and Conduct Capability – MPCC) zu schaffen – ein Mini-EU-HQ also – markiert einen weiteren, höchst emblematischen Schritte in Richtung einer Sicherheits- und Verteidigungsunion.³² Ob diese Beschlüsse tragfähig sind, ob ihnen auch materielle Unterfütterung und Taten folgen, bleibt abzuwarten. Aber immerhin hat das Bekenntnis zu einer Stärkung der gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung auch prominent Eingang gefunden in die Erklärung von Rom, die die „führenden Vertreter von 27 Mitgliedstaaten und der EU-Organen“ am 25.03.2017, dem 60. Jahrestag der EWG-Gründungsverträge, feierlich abgaben.³³

³¹ Besonders erwähnenswert sind hier die Reden der deutschen Verteidigungsministerin, der Bundeskanzlerin sowie der EU-HV, nachlesbar unter: <https://www.security-conference.de/aktivitaeten/munich-security-conference/msc-2017/reden/>.

³² Rat der EU: Schlussfolgerungen des Rates zu Fortschritten bei der Umsetzung der Globalen Strategie der Europäischen Union im Bereich Sicherheit und Verteidigung, 110/17, vom 06.03.2017, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/03/06-conclusions-security-defence/>.

³³ Erklärung der führenden Vertreter von 27 Mitgliedstaaten und des Europäischen Rats, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission: Erklärung von Rom, 25.03.2017, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/03/25-rome-declaration/>.

Gestützt auf wieder ansteigende Zustimmungsraten der Bürger zum Integrationsprojekt³⁴ und auf die bislang bewahrte Einheit und Geschlossenheit kann die EU-27 nun ihre Zukunft neu gestalten und weiter wiedererstarren. An Herausforderungen wird es erneut nicht fehlen: So gilt es, die am 29.03.2017 eingeläuteten Austrittsverhandlungen mit den Briten so zu gestalten, dass weder der EU-27 noch dem Vereinigten Königreich unnötiger Schaden entsteht. Nach dem Verfassungsreferendum in der Türkei vom 16.04.2017, das einem autoritären Präsidialsystem den Weg ebnet, ist es definitiv an der Zeit, die EU-Türkei-Beziehungen auf neue, realistische und pragmatische Grundlagen zu stellen. Eine offizielle Beendigung der Beitrittsgespräche würde sicher dabei helfen, diese Aufgabe pragmatisch und rational anzugehen – befreit von den hohen Ansprüchen der Beitrittsperspektive könnte dies durchaus gelingen.

Darüber hinaus werden sich die EU-27 und ihre Mitgliedstaaten auf harte und turbulente Jahre in den transatlantischen Beziehungen einstellen müssen. Dabei wird es zentral darauf ankommen, den Begriff *burden sharing* gemeinsam auszubuchstabieren. So ist der neuen US-Regierung klarzumachen, dass verantwortungsvolle Außen- und Sicherheitspolitik mehr ist als Milliarden in die Verteidigung zu stecken. Deutschlands neuer Außenminister Siegmund Gabriel hat bereits erste Hinweise auf eine gerechtere Lastenverteilung gegeben. „Mehr Geld schafft noch nicht mehr Sicherheit“ sagte er bei einem Nato-Treffen Anfang 2017. „Wir Deutsche geben derzeit sehr viel Geld dafür aus, Flüchtlinge aufzunehmen, die gekommen sind, weil Militärinterventionen fehlgeschlagen sind.“³⁵

Auch ist die US-Regierung daran zu erinnern, dass es nicht nur in der Nato Ausgabenziele gibt, sondern auch in der internationalen Entwicklungspolitik. So wurde die Zielsetzung, 0,7 Prozent des BIP für staatliche Entwicklungshilfe auszugeben, 1972 erstmals beschlossen und zuletzt 2007 von der G8 in Heiligendamm bekräftigt. Mit 0,17 Prozent in 2015 missachteten die USA diese ihre Selbstverpflichtung in skandalösem Ausmaß. Und nun schickt Donald Trump sich an, die US-amerikanischen Finanzbeiträge in allen nicht-militärischen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik radikal zu kürzen, etwa in der UN-Entwicklungspolitik, bei den UN-*Peace Operations*, in der humanitären

³⁴ Bertelsmann Stiftung: Brexit beflügelt EU-Umfragewerte, 21.11.2016. abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2016/november/brexit-beflugelt-eu-umfragewerte>.

³⁵ Daniel Brössler: Gabriel gibt den Gegenspieler, Süddeutsche Zeitung, 01./02.4.2017.

Hilfe und beim Wiederaufbau in Afghanistan, Syrien und dem Irak.³⁶ Auch Klimaschutzpolitik gehört heutzutage zu guter, zukunftsfähiger Außen- und Sicherheitspolitik – aber auch aus dieser Verantwortung hat sich Trump jüngst zurückgezogen.

Folglich muss zwischen Europa und den USA höchst dringlich und ernsthaft über Lastenverteilung gesprochen werden. Nur eine starke und glaubwürdige EU-27 kann der neuen US-Administration – dem Präsidenten selbst wohl eher kaum – erklären, was *the European way in burden sharing* bedeutet. Allein schon deshalb sind die Nachrichten vom Wiedererstarken der EU hervorragende *good news*.

³⁶ Marco Overhaus: „Hard Power“ statt „Soft Power“, US-amerikanische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Donald Trump, SWP-Aktuell 19. März 2017.

Plädoyer für eine Neugründung Europas

Jürgen Neyer

Europa leidet an sich selbst. Es lebt in einer institutionellen Struktur, die kontinuierlich effektive Politiken verhindert und Frustration erzeugt. Europa ist weder in der Lage, die Währungs- und Finanzintegration voranzutreiben noch die dringend nötige soziale Integration umzusetzen. Gleichzeitig nimmt Europa den Mitgliedstaaten die Kompetenzen, es besser zu machen. Die Rechts- und Linkspopulisten Europas nutzen diese Defizite, um die Europäische Union insgesamt zum Feindbild zu stilisieren. Hierbei gerät leicht in Vergessenheit, dass die Union bei allen ihren Defiziten ein großartiges Projekt der Ausdehnung der Demokratie über die Grenzen des Nationalstaates ist. Um dieses Projekt umzusetzen, bedarf es heute einer Neugründung der EU. Der Brexit sollte als Chance verstanden werden, mit einer kleineren Gruppe von Mitgliedstaaten eine sehr viel engere Union zu bauen.

1. Für eine Neugründung Europas

Es ist heute nötiger denn je, dass Frankreich und Deutschland eng zusammenarbeiten. Die Europäische Union ist in der vielleicht tiefsten Krise ihrer Geschichte. Jeder denkbare Ausweg setzt eine abgestimmte Initiative von Frankreich und Deutschland voraus. Beide Staaten zusammen lassen sich, in Abwandlung eines Zitates des ehemaligen polnischen Außenministers Sikorski, als die „indispensable driver of Europe“ verstehen. Ohne ihre enge Zusammenarbeit lässt sich in und mit Europa kein Staat machen. Die deutsche, quasi-hegemoniale Politik der letzten Jahre hat genauso hohen politischen Schaden angerichtet wie die französische Unfähigkeit, eine positive Vision für die notwendigen Wirtschafts- und Sozialreformen zu entwickeln. Nur wenn beide

Staaten zusammen eine gemeinsame Idee der Zukunft Europas entwickeln, wird das Integrationsprojekt seine Krise überwinden können.

Eine neue deutsch-französische Initiative könnte an dem Vorschlag ansetzen, den die beiden Wirtschaftsminister Emmanuel Macron und Sigmar Gabriel im Sommer 2015 zur Etablierung einer europäischen Wirtschaftsregierung für den Euroraum gemacht haben. Diese neue Instanz sollte mit eigenem Budget und Kompetenzen in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgestattet sein und durch eine spezifische Kammer des Europäischen Parlaments kontrolliert werden. Sie würde über Mittel für Investitionen in gemeinsame Anliegen verfügen und über zulässige Abweichungen von der Umsetzung der Maastricht-Kriterien entscheiden können.

Dieser Vorschlag hat erstaunlicherweise bisher wenig Resonanz in den Medien und der deutschen Politik gefunden. Er stellt eine mutige Antwort auf die strukturellen Probleme Europas dar, die von der deutschen Politik sehr ernst genommen werden sollte. Es ist von elementarer Bedeutung für Europa und damit auch im deutschen Interesse, dass der aktuelle Krisendiskurs nicht einseitig als Bedrohung Europas missverstanden, sondern als Gelegenheitsfenster für die Gestaltung eines besseren Europas begriffen wird. Es kann uns nichts Schlimmeres passieren als dass wir den Populisten das Feld der Gestaltung der europäischen Zukunft überlassen.

2. Stand der Dinge

Ein großer Schritt nach vorne ist so wichtig, weil die Verfassung Europas heute so schlecht ist. In allen drängenden Politikfeldern versagt Europa vor seinen Herausforderungen. Es ist weder in der Lage eine kohärente europaweite Finanzpolitik zu formulieren und damit die gemeinsame Währung zu stabilisieren noch findet es einen gemeinsamen Nenner, um die vor vielen Jahren schon angekündigte soziale Dimension zu entwickeln. Zwischen den Mitgliedstaaten gibt es tiefgreifende und politisch-kulturell verwurzelte Differenzen über die Rolle des Staates in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Diese Differenzen leiten sich aus fest eingefahrenen politischen und ökonomischen Strukturen ab und können offensichtlich weder von dem Handlungsdruck der Finanzkrise noch von den institutionellen Kontrollverfahren der Europäischen Union überwunden werden. Frankreich träumt auch weiterhin von einer kommissarisch verwalteten europäischen

Wirtschaftspolitik, während Deutschland deren Rolle am liebsten auf die eines Hüters des freien Wettbewerbs beschränkt hätte. In den mediterranen Staaten stößt das deutsche Verständnis von solider Finanzpolitik auf genauso viel Ablehnung wie das Verlangen nach tiefgreifenden strukturellen Reformen die Politikfähigkeit Frankreichs, Griechenlands, Spaniens und Italiens offensichtlich überfordert. In allen mediterranen Staaten werden Forderungen nach einer höheren ökonomischen Solidarität erhoben und bringen sich in den von Deutschland abgelehnten Politiken der Nullzinspolitik der EZB, den höheren deutschen Staatsausgaben und der Einführung von Eurobonds zum Ausdruck.

In der Sozialpolitik sieht das Bild noch dramatischer aus. Während Europa insgesamt zwar langsam aber stetig an Wohlstand gewinnt, schafft der liberale Wirtschaftsraum einen Kontext, in dem die Einkommensschere immer weiter aufgeht. Die Unternehmensgewinne steigen genauso wie die Mehrwertsteuer, während die Unternehmensbesteuerung rückläufig ist. Die Reichen werden reicher und ein immer größerer Anteil der Europäer verarmt. Überzeugende europäische Antworten auf diese Herausforderung finden sich nicht. Das hohe Versprechen der „sozialen Dimension“, mit der einst der Binnenmarkt den Europäern versprochen wurde, ist niemals eingelöst worden. Nach wie vor bleiben alle Versuche der Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in den Mühlen der europäischen Politik stecken. Ein wesentlicher Grund für diese Asymmetrie zwischen marktschaffenden und marktkorrigierenden Maßnahmen findet sich darin, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten unwillig sind, der EU hinreichend eigenständige finanzielle Ressourcen zuzuweisen, um etwa eine europäische Arbeitslosenversicherung, eine groß angelegte Bildungsinitiative oder ein Mindesteinkommen zu garantieren. Die Mitgliedstaaten hüten eifersüchtig alle Kompetenzen, die ihnen die politische Loyalität ihrer Bürger zu garantieren versprechen und missbrauchen die EU als Instrument der liberalistisch verkürzten Marktpolitik.

Diese Defekte Europas sind altbekannt und wurden von Autoren wie Fritz Scharpf und Wolfgang Streeck oft beschrieben. Ihre dramatische Zuspitzung finden sie in der Unfähigkeit Europas, in der Außen- und Migrationspolitik mit einer Stimme zu sprechen. Angefangen bei der politisch rücksichtslosen Umsetzung des North Stream-Vorhabens seitens Deutschlands über die vollständige Abwesenheit Europas im Irak und in Syrien bis hin zu den Dissonanzen in der Russlandpolitik, zeigt Europa das Bild eines uneinigen „Hühnerhaufens“.

Einzelstaatliche Politiken und minilaterale Kooperationen einzelner Staaten, wohin man blickt. Die Hohe Vertreterin Mogherini glänzt durch eine Mischung aus Abwesenheit und Irrelevanz. Und wenn sie sich dann mal zu Wort meldet, wird sie von den Mitgliedstaaten geflissentlich überhört.

Die aktuelle Migrationskrise setzt dem Ganzen den Gipfel auf. Deutschland verfolgte bis vor Kurzem eine moralisch angeleitete Politik der Grenzöffnung, die allerdings weder mit seinen Anrainerstaaten abgesprochen noch im Einklang mit europäischem Recht war. Ungarn, Kroatien, Österreich und eine Reihe anderer Staaten reagierten hierauf mit ebenso wenig europäisch abgesprochenen Politiken der einseitigen Grenzschließung, die wiederum dazu führten, dass die Last der Migrationsbearbeitung einseitig in Griechenland anfiel und sich jetzt, während des Sommers, wohl nach Italien ausbreiten dürfte. Die Schließung des Brenners, und damit einer der historisch bedeutsamsten Grenzen Europas, ist wohl nicht mehr aufzuhalten. Die aktuelle Politik Deutschlands, einen Ausweg aus der Krise im Rahmen eines Abkommens zwischen der Türkei und der EU über die Rücknahme von Flüchtlingen zu finden, ist nichts weniger als zynisch. Hier wird keine Problemlösung, sondern eine bloße Problemverlagerung betrieben. Die an sich nötige Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten der EU scheitert an den mangelnden Kompetenzen Europas und der Weigerung der Mitgliedstaaten, dieses einvernehmlich vorzunehmen.

Unterm Strich sprechen diese vier großen Baustellen Europas alle dieselbe Sprache. Die Aufgaben Europas sind weit über diejenigen einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft hinausgewachsen, ohne dass aber seine politischen Strukturen und damit seine Handlungsfähigkeit mitgewachsen wären. Nach wie vor müssen alle politisch bedeutsamen Entscheidungen durch das Nadelöhr des Europäischen Rates, das von achtundzwanzig, politisch-kulturell höchst unterschiedlichen Mitgliedstaaten nicht nur kontrolliert, sondern faktisch verschlossen wird. Europa versagt damit fast zwangsläufig vor seinen Herausforderungen.

All dieses wäre wohl noch zu ertragen, wenn Europa es in der Vergangenheit wenigstens geschafft hätte, seine Legitimationsdefizite zu überwinden. Politische Systeme sind durchaus in der Lage, für einen begrenzten Zeitraum mit einer schlechten Politikperformanz umzugehen, wenn sie sich gleichzeitig auf eine generalisierte Unterstützung

ihrer Bürger verlassen können. In seiner autoritären Version wird dieses derzeit von Putin in Russland praktiziert. Generalisierte Unterstützung kann sich allerdings auch, wie in der Demokratie, auf praktizierte und in die institutionellen Verfahren einer politischen Ordnung eingeschriebene Grundwerte wie den Parlamentarismus, die Gewaltenteilung und die Rechtsstaatlichkeit beziehen. Hier liegt die vielleicht größte Sünde der Mitgliedstaaten. Obwohl in ganz Europa seit vielen Jahren die Forderung nach einer demokratischeren EU erhoben wird, haben die Mitgliedstaaten es unterlassen, dem Europäischen Parlament die nötigen Rechte zu verleihen, um wirkliche Demokratie in Europa leben zu können. Anstelle dessen wurden immer neue administrative Verfahren entwickelt, wurden die nationalen Parlamente marginalisiert und rechtsstaatliche Prinzipien untergraben. Die Maastricht-Kriterien wurden schon von Deutschland im Zuge der Bearbeitung der Wiedervereinigung unterlaufen, die Schengen-Vereinbarungen haben niemals die vorgesehenen angemessenen ökonomischen Unterstützungen seitens der wohlhabenden Staaten Nordeuropas gesehen und grundlegende Rechte wurden im Rahmen mitgliedstaatlicher Abhörpraktiken und der Kooperation mit US-amerikanischen Nachrichtendiensten systematisch untergraben.

Hinzu kommt noch, dass die Mitgliedstaaten ganz offensichtlich nicht willens sind, an dem miserablen Zustand Europas etwas grundlegend zu ändern. Seit den abgelehnten Referenden in Frankreich und den Niederlanden zum Verfassungsvertrag und den Schwierigkeiten mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon, traut sich kaum noch jemand, grundlegende Vertragsreformen einzufordern und das Risiko einer erneuten Ablehnung einzugehen. Wieso auch, wenn das Versagen der EU nicht den mitgliedstaatlichen Regierungen, sondern der Brüsseler Bürokratie angelastet wird. Es kommt zu dem völlig paradoxen Phänomen, dass diejenigen, die die Krise durch ihr uneiniges und kurzsichtiges Handeln verursacht haben, gleichzeitig ihre großen Gewinner sind. Die Nationalstaaten sind heute in Europa so lebendig wie wahrscheinlich niemals zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Es kann daher auch nicht erstaunen, dass nationalistische Parteien überall in Europa hohen Zulauf haben. Angefangen bei der Koalition zwischen der linken Syriza und der rechten ANEL in Griechenland, über die offen populistische PODEMOS in Spanien, die Fünf-Sterne Bewegung in Italien, den hohen Zulauf für den Front National in Frankreich und die UKIP in Großbritannien bis hin zu den Schwedendemokraten, den Wahren Finnen, der Alternative für Deutschland und

wie sie alle heißen bringt sich überall das gleiche Bild zum Ausdruck: Europa hat sich aufgrund seines politischen Versagens vor den großen Herausforderungen selbst weidwund geschossen und dem Nationalismus weit die Türen geöffnet. Es fordert geradezu dazu auf, populistisch ausgenutzt zu werden. Die Mitgliedstaaten dürfen sich über diesen unwillkommenen Gast jetzt nicht wundern.

3. Europa in zwanzig Jahren

Wenn sich die aktuellen Entwicklungen weiter fortsetzen, dann wird Europa in zwanzig Jahren ein Projekt der Vergangenheit sein. Der Einfluss der nationalistischen Parteien wird weiter steigen und die Einigungsfähigkeit der gemeinsamen Institutionen wird weiter abnehmen. Illiberales Denken wird dominanter werden und die etablierten Parteien in ganz Europa vor sich hertreiben. Schon heute ist zu sehen, dass die CDU/CSU unter dem Einfluss der AfD weiter nach rechts rückt und dass die ohnehin schon kaum bewegungsfähige französische Politik vor der Schlange Le Pen in Schockstarre verfällt. An europafreundliche Reformen ist hier kaum noch zu denken.

Für die Bearbeitung der drängendsten Probleme Europas wäre eine derartige Entwicklung verheerend. In der Finanzpolitik Südeuropas dürfte der Widerstand gegen das empfundene Diktat der deutschen Austeritätspolitik zunehmen und die Bereitschaft zur Umsetzung von Reformen weiter abnehmen. Populistische Regierungen haben wenig politischen Spielraum, die Vorgaben Brüssels innenpolitisch umzusetzen. Deutschland würde dann genötigt werden, immer weitere und immer umfangreichere Kredite zur Verfügung zu stellen, um den Zusammenbruch der gemeinsamen Währung zu vermeiden. Das wiederum würde im Bundestag langfristig kaum auf viel Entgegenkommen seitens einer zunehmend von rechts bedrängten Parlamentsmehrheit stoßen. Der Zusammenbruch der gemeinsamen Währung wäre dann nur noch eine Frage der Zeit. Nachbarn würden sich zunehmend als Gläubiger und Schuldner wahrnehmen und an die Stelle eines politischen Diskurses der Verständigung träte der Streit der Vorhaltungen.

Wenn die sozialen Verwerfungen in den mediterranen Staaten weiter zunehmen oder auch nur keine überzeugende europäische Antwort finden, dann ist ebenfalls zu befürchten, dass die Idee der vier Grundfreiheiten und damit der normative Kern Europas beschädigt werden. Es war eine der großen Einsichten der Nachkriegszeit, dass

die Versöhnung der Menschen mit der Marktwirtschaft nur unter sozial ausgewogenen Vorzeichen gelingen kann. Alle marktwirtschaftlich verfassten Staaten Europas legten daher nach dem Krieg sozialstaatliche Programme auf und versuchten, eine faire Balance zwischen Kapital und Arbeit zu institutionalisieren. Die Lehre, dass Marktwirtschaft und eine nachhaltige Sozialpolitik zwei untrennbare Seiten einer Medaille sind, scheint heute in Vergessenheit geraten zu sein. Sollte sich dieses nicht grundlegend ändern, dann ist auch nicht davon auszugehen, dass die unterschiedlichen nationalen Populismen in Europa sich den liberalen Prinzipien des freien Marktes weiter verbunden zeigen werden. Die Betonung der Bedürfnisse des eigenen „Volkes“ wird dann an die Stelle der gemeinschaftlichen Wirtschaftsintegration treten. Der ungezähmte Liberalismus frisst sich selbst – und den gemeinsamen Markt der Europäischen Union gleich mit.

In der Außenpolitik werden wir davon ausgehen müssen, dass insbesondere die Differenzen über die Russlandpolitik zunehmen werden. Deutschland hat mit der Umsetzung seiner Pipelinepläne bereits klar zum Ausdruck gebracht, dass ihm nationale Interessen näherliegen als eine europäisch abgestimmte Energieaußenpolitik. Auch die Praxis der Vergangenheit, dass Frankreich, Großbritannien und Deutschland ihre individuellen Außenpolitiken parallel zur gemeinsamen Außenpolitik der EU verfolgen, hat die Verbundenheit der Mitgliedstaaten geschwächt. Spätestens dann, wenn der Ölpreis wieder steigt und Russland über die Ressourcen verfügt, um neue außenpolitische Abenteuer zu riskieren, wird die Sanktionsfront gegenüber Russland zerbrechen. Staaten wie Österreich, Griechenland, Tschechien, Ungarn und die Slowakei nähern sich bereits heute Russland ökonomisch und politisch wieder an. Die Bereitschaft, der expansiven russischen Politik in Syrien, dem Irak und der Ukraine – und bald vielleicht auch im Baltikum – zu begegnen und ein politisches Gegengewicht zum wachsenden Einfluss Russlands zu stellen, sinkt entsprechend. Europas Sicherheit wird noch stärker von der NATO abhängig werden, während sich die USA gleichzeitig China und den Konflikten im südchinesischen Meer zuwenden. Europa wird unsicherer und gleichzeitig uneiniger werden. Ein außen- und sicherheitspolitisch gespaltenes Europa wird aber langfristig auch innenpolitisch nicht zu stabilisieren sein. Außenpolitische Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten werden das politische Klima in der EU insgesamt vergiften und auf die Einigungsfähigkeit in anderen Politikbereichen überschlagen. Wenn dann auch noch der heute schon zu beobachtende russische

Einfluss auf die illiberalen Parteien in vielen Mitgliedsstaaten weiter zunimmt, dann droht hier eine ganz wesentliche Gefahr für das gesamte Integrationsprojekt.

Auch die Migrationskrise hat das Potential, Europa weiter auseinander zu treiben. Ihre Sprengkraft liegt nicht nur in der unverhohlenen Unilateralität der Politiken aller Mitgliedstaaten und dem völligen Missachten des europäischen Rechtsbestandes. Der politische Streit zwischen den Mitgliedstaaten über eine vermeintlich moralische Pflicht zur Aufnahme von Flüchtlingen hat vielmehr deutlich gemacht, dass in Europa sehr unterschiedliche und politisch kaum miteinander vereinbare Vorstellungen über den Wesenskern Europas bestehen. Auf der einen Seite findet sich die Position der deutschen Regierung, die eine europäische Solidarität einfordert und die EU ganz offensichtlich als einen moralisch relevanten Raum betrachtet. Europa muss demzufolge als Wertegemeinschaft verstanden und aus Gründen der Gerechtigkeit eine faire Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten umsetzen. Demgegenüber steht eine mittel- und osteuropäische Position, die dieses Ansinnen wahlweise als Ausdruck von Doppelmoral oder als moralischen Imperialismus versteht. Osteuropa ist aufgrund seiner jüngeren Vergangenheit nachhaltig skeptisch gegenüber allen Versuchen der moralischen Aufladung von Politik. Wer jahrzehntelang hohle politische Rhetorik aus Moskau erdulden musste, mag heute keine Vorhaltungen aus Berlin hören. In den Visegrad-Staaten wird eine sehr viel stärker an nationaler Selbstbestimmung ausgerichtete und von einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber kosmopolitischen Ideen getragene Konzeption Europas verfolgt.

Derartige fundamentale Differenzen sind im Rahmen der etablierten europäischen Verfahren nicht auflösbar. Sie lassen sich letztlich politisch nur im Modus des politischen Streites und des Durchsetzens der einen Seite gegen die andere auflösen. Derartige politische Auseinandersetzungen sind in einer Demokratie nicht außergewöhnlich und werden über die Medien und andere Infrastrukturen der Demokratie klein gearbeitet. Im Kontext der europäischen Politik und ihrer mangelhaften Institutionen bedeutet Streit allerdings etwas ganz anderes: die Rückkehr der internationalen Politik nach Europa und das Wiederentstehen all ihrer Konflikte und Auseinandersetzungen. Europa droht über das Scheitern einer gemeinsamen Außen- und Sicherheits- sowie Migrationspolitik wieder dort anzukommen, wo es vor sechzig Jahre mal begonnen hat: in der Anarchie der internationalen Staatenwelt.

Unterm Strich ergibt sich hier ein eindeutiges Bild: Europa droht an seinen zu engen institutionellen Kleidern und seiner mangelnden Politikfähigkeit zu ersticken. Was zu Zeiten der reinen Wirtschaftsintegration mal nötig und richtig war, um den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland zu stabilisieren, ist heute zu einer Zwangsjacke geworden, die Europa seine Zukunft zu rauben droht.

4. Europas Neugründung

Die politische Praxis ist sich der Gefahren des Integrationsprojektes durchaus bewusst. Sie versucht schon seit vielen Jahren mit Formen der abgestuften Integration hierauf zu reagieren. Das erste Schengen-Abkommen Mitte der achtziger Jahre, die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* im Vertrag von Maastricht, die Wirtschafts- und Währungsunion und sogar die Menschenrechtscharta der EU sind prominente Beispiele hierfür. Was mit vielen nicht ging, sollte mit einem wechselnden Teilnehmerkreis integrationswilliger Staaten bewerkstelligt werden. Opt-Ins und Opt-outs traten an die Stelle einer grundlegend neuen Idee Europas. Alle diese Maßnahmen folgten einer technokratischen Vision der politikfeldspezifischen Problemlösung. Hierbei wurde übersehen, dass die Gestaltung eines politischen Gemeinwesens einer gemeinsamen Vision bedarf. Der Preis der abgestuften Integration wurde mit einer ebenso abgestuften Ambition bezahlt. Die Idee eines vereinigten Europas ist dabei den langsamen Tod des Pragmatismus gestorben. Der eindrücklichste Beleg hierfür findet sich im Vertrag von Lissabon und der Streichung der europäischen Hymne, der europäischen Flagge und des Europatags. So ist kein Staat zu machen.

Europa wird nur dann aus seiner großen Krise als eine bessere und politisch zukunftsfähige Gemeinschaft erstehen, wenn es das nachholt, was es in der Vergangenheit versäumt hat. Es bedarf heute einer Neugründung Europas auf der Basis einer deutsch-französischen Initiative, die seine Handlungsfähigkeit zu einem Ausmaß etabliert, das seinen Herausforderungen entspricht. Hierzu gehören Kompetenzverlagerungen auf die europäische Ebene im Bereich der Wirtschaft, der Finanzen und der Migrationspolitik und die umfassende Einführung von Mehrheitsverfahren. Es braucht eine europäische Kompetenz zum Eingriff in nationale Haushalte sowie zur Gestaltung von umverteilenden Regelungen analog zum deutschen Länderfinanzausgleich.

Eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung und ein an nationale Kaufkraftunterschiede angepasstes europäisches Mindesteinkommen gehören hier ebenfalls dazu. Erst auf der Basis eines nicht nur geteilten Wirtschaftsraumes, sondern eben auch eines gemeinsamen Sozialraumes entstehen die Vorbedingungen wechselseitigen Einstehens füreinander. Das ist wiederum die Vorbedingung für eine gemeinsame Migrations- sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Alle diese Integrations-schritte erfordern letztlich einen großen Schritt in Richtung auf eine Demokratisierung und damit die weitreichende Stärkung des Europäischen Parlamentes und der nationalen Parlamente.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn eine derartige Initiative von Polen mitgetragen und die alte Idee des Weimarer Dreiecks mit Leben gefüllt würde. Die aktuelle politische Lage in Polen lässt das allerdings als eher unwahrscheinlich erscheinen. Europa kann und darf jedoch nicht darauf warten, dass alle Mitgliedstaaten von der Notwendigkeit einer Neugründung überzeugt sind. Wir müssen akzeptieren, dass allen denjenigen Staaten, die diesen Schritt nicht mitgehen wollen, die Freiheit gelassen wird, eigene Wege zu beschreiten. Die alte Idee des Kerneuropas, das um Frankreich und Deutschland zentriert ist, muss daher wiederbelebt und gleichzeitig ihres technokratischen Charakters entkleidet werden.

Derartige Vorschläge gibt es schon seit vielen Jahren. Sie wurden in Deutschland von Karl Lamers und Wolfgang Schäuble bereits 1994 aufgegriffen, von Joschka Fischers Humboldt-Rede von 2000 und seitdem in einer Vielzahl von Interventionen von Jürgen Habermas und anderen Intellektuellen weitergedacht – und sind doch im politischen Diskurs weitgehend unbeantwortet geblieben.

5. Wo bleibt Deutschland?

Der zentrale Widerstand gegen diese Idee und damit das wichtigste Hindernis für die Weiterentwicklung des Integrationsprozesses kommt heute ausgerechnet aus Deutschland. Die Bundesregierung verweigert sich einer aktiveren Rolle Europas in der Ausgestaltung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Sie blockiert Eurobonds, eine europäische Arbeitslosenversicherung, eine eigenständige europäische Finanzfazilität und jede Relativierung ordo-liberaler Prinzipien. Deutschland ist heute von einer treibenden Kraft des Integrationsprozesses zu seiner wichtigsten Bremse geworden. Es ist

keine Gestaltungs-, sondern eine Verhinderungsmacht. Unter deutscher Führung verwalten die Mitgliedstaaten Europa ohne Vision und ohne eine Antwort auf die drängenden Herausforderungen der Zeit. Es ist Zeit, dass Deutschland seine Furcht vor einem eigenständigeren Europa überwindet und dabei mithilft, die Idee einer Neugründung Europas zu revitalisieren. Andernfalls droht das europäische Projekt von den Rechtspopulisten gekapert und gegen die Wand des Illiberalismus gefahren zu werden.

Der Blick von Russland auf Europa

Friedrich Schmidt

Der Blick von Russland auf Europa soll das Thema sein: Wie man aus Russland auf Europa blickt, wie die Russen Europa sehen. Einerseits ist der Blick schon traditionell ambivalent, andererseits ist der Blick sehr dadurch geprägt, wie die russische Führung will, dass die Russen ihre westlichen Nachbarn sehen. Sie inszeniert das Land als Großmacht und als reaktionären Gegenentwurf zu dem Europa der europäischen Integration, der liberalen Demokratien. Auch das prägt den Blick der Russen auf Europa – und auf sich selbst.

Ich möchte mich dem Thema in drei Schritten nähern. Zunächst geht es um den traditionellen Blick der Russen auf Europa – ich sage traditionell, weil es hier einen Wandel gibt. Dann wird es um die Richtung gehen, den die russische Führung dem Blick ihres Volkes auf Europa und auf den Westen überhaupt geben will und um die Gründe dafür. Im dritten Teil schließlich geht es um die Folgen dieser Kanalisierung für die Politik, für den Blick der Russen auf Europa und das Selbstverständnis der Russen – und auch um die Folgen für Europa selbst.

1. Der traditionelle Blick

Zunächst zur traditionellen Ambivalenz des Europa-Bilds in Russland. Das kennt Licht und Schatten. Einerseits bewundert man die Entwicklung, das Lebensniveau, die Effizienz von Wirtschaft und Technik, die guten Lebensmittel, das solide Werkzeug. Kurz: das Materielle. Was sich im Alltag etwa in der Benennung von russischer Butter auf Deutsch als „Danke, Anke“ niederschlägt, um mehr Butter zu verkaufen.

Und es ist ein Lob und Grund zur Freude, wenn eine neue Straße oder ein neues Fußballstadion in Russland aussieht „wie in Europa“. Man bewundert auch etwa die Gesundheitsversorgung gerade in Deutschland, das manchen Russen traditionell wie ein großer „Kurort“ erscheint.

Dieses Europa steht für Wohlstand, Planbarkeit, Vorhersagbarkeit, Sicherheit, auch Rechtssicherheit. Es ist ein Sehnsuchtsort für Russen, die es sich leisten können: Sie kaufen dort Immobilien, reisen dorthin, lassen sich dort medizinisch behandeln.

Auch für diejenigen, die es sich nicht leisten können, also für die große Mehrheit, sind Europa und der Westen allgemein eine Messlatte, ein Maßstab. Russlands Geschichte ist voller Versuche, den Rückstand aufzuholen. Bekannt dazu ist die Sowjetformel vom „Einholen und Überholen“ des Westens.

Aber hier beginnt sich das Bild zu trüben. Russen bezeichnen ihre Nachbarn traditionell als gut erzogen, rational, aber auch als kalt, erfolgsorientiert, egoistisch. Sich selbst sehen sie traditionell als einfacher, offener, warmherzig, gemeinschaftlich und friedliebend an.

Dabei spielt natürlich eine entscheidende Rolle, dass „Europa“ auch für existenzielle Bedrohungen steht. Dass der Schutz der Heimat auch ein Schutz vor dem Westen ist. Der Krieg gegen Napoleon ist auf Russisch der Vaterländische Krieg, der Krieg gegen die deutschen Eroberer der Große Vaterländische Krieg.

Das Grauen des Krieges und die Gräueltaten der Deutschen haben sich tief ins Gedächtnis eingebrannt. Der Sieg im Zweiten Weltkrieg ist bis heute das wichtigste identitätsstiftende Ereignis, der „Tag des Sieges“ am 9. Mai der wichtigste staatliche Feiertag.

Aber es überrascht viele, insbesondere natürlich deutsche Besucher, dass sie in Russland zumindest traditionell keine oder kaum Feindschaft erfahren. Man hebt die positiven Seiten der gemeinsamen Geschichte hervor, Zarin Katharina die Große aus deutschem Adels- hause, die Siedler aus Schwaben holte und so weiter. Und man rechnet die Gräuel Hitler und den Nationalsozialisten zu, nimmt so das übrige Volk in Schutz. Vielleicht spielt dabei eine Rolle, dass die Russen sich selbst ihrer politischen Führung ausgeliefert fühlen. Das nimmt das Volk grundsätzlich ein Stück weit aus der Verantwortung.

Für den russischen Blick auf Europa ist es außerdem wichtig, dass der westliche Teil des Kontinents als Teil des politischen Westens gesehen und dieser als politischer Arm der Vereinigten Staaten betrachtet wird, zur Zeit des Kalten Kriegs wie heute.

Mit der Folge, dass in russischer Vorstellung die europäischen Staaten angeblich nichts zu entscheiden haben, weil alles in Washington entschieden werde. Für die westeuropäischen Nachbarvölker bedeutet das eine doppelte Entlastung, zusätzlich zum Washingtoner Joch nämlich dadurch, dass sie nichts zu entscheiden hätten, weil ihre Eliten alles unter sich ausmachten. So lebt auch die Sowjetlegende von der „Freundschaft der Völker“ fort.

Dabei ist Europa – die europäischen Staaten und die EU – traditionell beliebter als die Vereinigten Staaten. Die Umfragen zeigen aber einen Wandel im Verhältnis auch zu Europa. Das Lewada-Zentrum, Russlands einziges unabhängiges Meinungsforschungsinstitut, sieht den Wendepunkt nicht erst 2014, als der Krieg in der Ukraine begann und damit die Gegenüberstellung eklatant wurde.

Schon im Frühjahr 2013, ein halbes Jahr vor Beginn der Proteste auf dem Majdan in Kiew, waren zum ersten Mal mehr Russen der Ansicht, dass die Beziehungen zur EU „angespannt und feindschaftlich“ seien, als jene, die meinten, die Beziehungen seien „normal und ruhig“. Im Herbst 2015 stuften sieben von zehn Russen die Beziehungen ihres Landes zur EU als „feindschaftlich“ ein.

Zugleich sagten aber acht von zehn, dass sie „persönlich“ keine Feindseligkeit empfänden. Das ist nur auf den ersten Blick widersinnig: Es ist ein Zeugnis der Loyalität zu Staat und Führung. Nur knapp ein Viertel der Russen war überhaupt einmal in der EU. Man bezieht die Informationen darüber vor allem aus dem Fernsehen. Der Mangel an persönlicher Erfahrung und Anschauung macht die von der politischen Führung vermittelte Botschaft umso wichtiger für das Bild, das die Russen von Europa haben.

Deshalb möchte ich als erstes Zwischenfazit festhalten, dass der traditionelle Blick der Russen auf Europa viel Raum für beide Ansätze bietet: für Positives und Negatives. Die Vorstellungen von Europa und Westen überhaupt hängen wesentlich davon ab, welches Bild die Führung zeichnet – und zwar eben über das Fernsehen, dem nach wie vor entscheidenden Informationsmedium. Und die Führung, das werde ich im nun folgenden Teil erläutern, setzt auf Abgrenzung.

2. Der gelenkte Blick

Nach dem Ende der Sowjetunion war in Umfragen die Zahl derjenigen, die sagten, dass Russland überhaupt Feinde habe, gering. Man

war neugierig auf alles Westliche und Westler und auch voller, mitunter etwas naiver Bewunderung, wie Russen selbst sagen. Die Zahl derjenigen, die sagten, dass Russland Feinde habe, stieg wieder, als die Kommunisten die Reformer der Jelzin-Jahre als Handlanger des Westens darstellten. Was umso wirksamer war, als der Verlust von Wohlstand und der Aufstieg der sogenannten Oligarchen im Rahmen der Privatisierungen Misstrauen gegen Kapitalismus und Marktwirtschaft verbreiteten.

Neugier wich Ernüchterung. Das alte amerikanische Feindbild kehrte zurück. Die Probleme der neunziger Jahre diskreditierten die eigene Demokratie und Demokratie überhaupt als instabil.

Wladimir Putin, der neue Präsident ab dem Jahr 2000, tat dann alles dafür, dass es dabei blieb. Anfangs schrieb er sich nach außen die Partnerschaft mit dem Westen auf die Fahnen. Er pflegte demonstrativ gute Beziehungen, besonders zu Tony Blair und George W. Bush und, gegen Widerstände im eigenen Land, eine Zusammenarbeit mit der Nato nach den Anschlägen des 11. September 2001. Die Annäherung gedieh so weit, dass Putin noch kurz nach der Aufnahme sieben osteuropäischer Staaten in die Allianz im Frühling 2004 – die heute als unverzeihliche Aggression gezeichnet wird – zwar öffentlich auf russische Bedenken hinwies, aber vor allem auf die Notwendigkeit, Terrorismus gemeinsam zu bekämpfen. Jedes Land habe das Recht, seine „Form der Sicherheit“ zu wählen, hob Putin damals hervor.

Aber er begann früh, auf den Westen als Sündenbock für innere Probleme Russlands zu verweisen. Zum Beispiel nach dem Terroranschlag auf eine Schule im nordkaukasischen Beslan Anfang September 2004. Bei der Geiselnahme durch Extremisten – russische Staatsbürger – und der Erstürmung durch die Sicherheitskräfte wurden 333 Menschen getötet, in der Mehrzahl Kinder. Putin warf dann aber dem Westen haltlos vor, das Land untergraben zu wollen.

Als Wendepunkt im Verhältnis zum Westen gilt die erste „Majdan“-Revolution in Kiew ab 2004. Darin verlor Putins Protegé Viktor Janukowitsch die Macht, die er in gefälschten Wahlen errungen hatte. Moskau reagierte darauf mit dem Konzept, dass letztlich jedes Aufbegehren der Bevölkerung ein westliches Komplott ist. Es begann die Rhetorik vom „Export von Farbenrevolutionen“ durch den Westen – allen voran durch die Vereinigten Staaten, aber mit Europa in der Rolle des Komplizen.

Aus offizieller Moskauer Sicht wurzeln Volksaufstände gegen Diktatoren und Unterdrückung, gegen Autokraten und Kleptokraten nie

in einem echten Freiheitsdrang der Völker, sondern sind stets die Folge westlicher Manipulationen, Verschwörungen und Machenschaften der CIA. Das war zum Teil eine Reaktion auf das Streben ehemaliger Sowjetrepubliken wie eben der Ukraine und Georgien aus der „Einflussphäre“ heraus. Das führte Land und Führung schmerzlich den Verlust der Weltgeltung vor Augen. Aber mittlerweile hat sich die Doktrin von den „Farbenrevolutionen“ auch über den postsowjetischen Raum ausgeweitet. So werden auch die Aufstände gegen Diktatoren in arabischen Ländern seit dem Beginn des Jahrzehnts als solche Verschwörungen gedeutet.

Der Kriegseinsatz in Syrien war von Anfang an auch der Versuch, dem Westen zu zeigen, dass diese, so die russische Sicht, Interventionspolitik gescheitert ist. Eine Ironie dabei ist, dass ausgerechnet der in Moskau verschriene Barack Obama, der die Interventionen seines Vorgängers erbt und abwickeln wollte, mit seinem zögerlichen Handeln in Syrien Putin erst den Raum zur Entfaltung geboten hat.

Aber immer geht es auch darum, dass Washington auch in Russland eine „Farbenrevolution“ anzetteln wolle – der Begriff hat daher auch Eingang in die Nationale Sicherheitsstrategie Russlands gefunden, als eine Bedrohung für die Sicherheit des Landes. So wurden die Massenproteste gegen die Fälschung der Parlamentswahl 2011 und Putins Rückkehr ins Präsidentenamt nach vier Jahren – mit Dmitrij Medwedjew als Statthalter – ebenfalls als Versuch einer „Farbenrevolution“ gesehen, in Russland selbst.

Die Drahtzieher der Protestwelle wurden ebenfalls im Ausland ausgemacht, Putin sagte, die damalige Außenministerin Hillary Clinton habe den Demonstranten ein „Signal“ gegeben. Innere „Verräter“ wurden in mehreren Prozessen unter fingierten Vorwürfen verurteilt.

Unter dem Label der Verhinderung „farbenrevolutionärer“ Umtriebe wird der Kampf gegen die Opposition im Landesinneren weitergeführt. Deren wirklicher oder auch nur angeblicher Auslandsbezug ist der Vorwand für Diffamierung und Ausgrenzung. Putin selbst hat für die Opposition in seiner Rede zur Annexion der Krim am 18. März 2014 die Begriffe „fünfte Kolonne“ und „Nationalverräter“ verwendet. Letzterer stammt aus Hitlers „Mein Kampf“, vielleicht hört man ihn deshalb jetzt weniger.

Sonst knüpft man bewusst an den Stalinismus und die Rede von den „Volksfeinden“ an. Auch in der Gesetzgebung. Aufgrund eines Gesetzes gegen „ausländische Agenten“ werden Nichtregierungsorganisationen, die – angeblich oder tatsächlich – Geld aus dem Ausland

erhalten und zudem politisch tätig sind, mit einem entsprechenden Eintrag in ein Register des Justizministeriums diffamiert.

Die „Agenten“ sind zum Beispiel Aktivisten, die sich gegen Folter einsetzen; für die Rechte von Soldaten und deren Angehöriger; für die Umwelt und für Strahlenopfer; gegen Wahlfälschung; für Austausch unter Forschern; für die Erinnerung an Opfer von Repressionen in der Sowjetunion; oder auch für das erwähnte Lewada-Meinungsforschungsinstitut. Derzeit stehen mehr als 140 Organisationen in dem Register. Auch wenn bei einigen schon vermerkt ist, dass sie wieder gestrichen sein sollen, bleiben sie aufgeführt, mitsamt Dollarzeichen und Zielscheibe.

Für die Organisationen bedeutet der Status nicht nur mehr Bürokratie und beständige Überprüfungen. Sondern vielfach auch Drohanrufe und Nachstellungen von kremltreuen Fernsehsendern, die „Spione“ des Westens für sogenannte Dokumentarfilme aufnehmen. Die „Agenten“-Regelungen wurden mittlerweile ergänzt durch ein Gesetz über „unerwünschte“ ausländische Organisationen, die so des Landes verwiesen werden können. So würgt man die Zivilgesellschaft ab.

Zugleich soll die Bevölkerung gegen westliche Werte und Vorstellungen „immunisiert“ werden. Man muss zeigen, dass es auch im an sich positiv betrachteten Europa auch nicht besser oder sogar noch ärger zugehe als in Russland. Man zeigt also im staatlichen und staatsnahen Fernsehen Katastrophen, Verfall und Verkommenheit in Europa und den Vereinigten Staaten.

Vor der amerikanischen Präsidentenwahl zum Beispiel zeigte man, wie die Wahlen dort gefälscht würden, mit Methoden, die nicht zufällig an die erinnerten, die in Russland bei Wahlen angewandt werden. Ziel sei es, den „großen Freund Russlands“, Donald Trump, um den Sieg zu bringen, hieß es noch bis weit in die Wahlnacht hinein, was man nach dessen Überraschungssieg einfach und schnell vergaß.

Man warnt schon lange vor „Gayropa“, dem „homosexuellen Europa“. Verschreckt Russen mit Bildern von Gay-Pride-Paraden. Erzählt Märchen über Zwangsgeschlechtsumwandlungen von Kindern, die sich im Alter von sechs Jahren für ein Geschlecht entscheiden müssten.

Ein besonderes Fest für das Fernsehen ist natürlich die Flüchtlingskrise, in der gar nicht so viel erfunden werden muss, um die Russen vor „europäischen Verhältnissen“ zu warnen. Man erfindet aber trotzdem: Besonders bekannt wurden der „Fall Lisa“ über eine angebliche Vergewaltigung eines russlanddeutschen Mädchens durch Flüchtlinge

in Berlin oder jüngst, dass der Vergewaltiger eines Jungen in Österreich freigesprochen worden sei. Führende Politiker verbreiten die Fernsehmärchen selbst mit – im „Fall Lisa“ Außenminister Lawrow, im Fall des angeblichen Freispruchs Putin selbst.

Es wird der Untergang Europas an die Wand gemalt – um Russland als Hort der Stabilität erscheinen zu lassen und von heimischen Problemen abzulenken, letztlich dem traditionell beklagten Rückstand. Denn eine Analyse der eigenen Schwierigkeiten findet praktisch nicht statt, nicht im Fernsehen und auch nicht im Parlament, wo sich die Abgeordneten einen Überbietungswettbewerb um schärfere Verbote liefern. Gerade in der Flüchtlingskrise entsteht bei manchen Russen, vor allem in der politischen Führung, Schadenfreude über den vermeintlichen Absturz des Schulmeisters, des Vorbilds Europa; unter den Bürgern gibt es aber auch ehrliches Mitgefühl und Besorgnis.

Für diese wird aber immer wieder das Bild der Bedrohung kultiviert, mit Russland als „belagerter Festung“. Das Fernsehen erzählte zum Beispiel von Nato-Soldaten, die in der Ostukraine gegen Russen kämpften. Man knüpft dabei gezielt an den eingangs geschilderten negativen Aspekt des Europa-Bilds an, die Quelle der Angst.

Grundlegende Linie ist dabei, dass Russland und die Sowjetunion als Opfer dargestellt werden. Das beinhaltet Umdeutungen der Geschichte. So wird der Hitler-Stalin-Pakt zur Aufteilung Osteuropas als Versuch Stalins dargestellt, den Frieden zu wahren. Der Diktator ist längst als Gewinner des Krieges in die öffentliche Achtung zurückgekehrt. Putin macht den Westen ebenfalls für das Auseinanderfallen der Sowjetunion verantwortlich. Auch für die beiden Tschetschenien-Kriege soll „das Ausland“ die Schuld tragen. Die ukrainische Sprache soll ein Produkt ausländischer Geheimagenten sein, der ukrainische Staat nur erdacht, um Russland zu schaden.

Jüngst sah Putin, anders als bis dahin die Ermittler, sogar eine ausländische Spur in einem Vergiftungsskandal im sibirischen Irkutsk, in dem Dutzende Menschen starben, weil sie auf der Suche nach billigem Wodka-Ersatz einen gepanschten Badezusatz mit hochgiftigem Methanol tranken. „Eine Reihe von Bürgern eines ausländischen Staates“ sei verantwortlich, sagte Putin dazu, ohne ins Detail zu gehen. Auch in den Enthüllungen um systematisches Staatsdoping im Spitzensport in Russland stellt man sich als Opfer dar. Von wem genau, bleibt oft unklar, weil das Publikum ohnehin weiß, wer gemeint ist. Bedient wird ein unbestimmtes Gefühl der Kränkung, das sehr leicht zu nähren ist.

Die implizierte Folge ist, dass man als Gekränkter alles Recht hat, sich den vermeintlich gebührenden Status zurückzuholen. Mit allen Mitteln. Denn wer Opfer ist, muss sich aus der unverschuldeten Rolle zurückkämpfen können. Vorwürfe aus dem Westen, ob zu Doping oder zu bunkerbrechenden Bomben auf Krankenhäuser, werden trotzig zurückgewiesen, Fakten nicht anerkannt, weil sie „politisiert“ seien. Überall werden „Russophobie“ und eine „Dämonisierung“ Russlands, respektive Putins, gesehen. Ansonsten antwortet man zum Beispiel mit Blick auf den Syrien-Kriegseinsatz mit pauschalen Hinweisen auf Verfehlungen des Westens, etwa in Libyen und dem Irak.

Als zweites Zwischenfazit möchte ich daher festhalten, dass die politische Führung eindeutig das negative Bild Europas (und des Westens überhaupt) wählt und in der Bevölkerung verbreitet. Skepsis und Gefühl der Bedrohung sind, wie vorhin erläutert, in der traditionellen Sicht der Russen auf Europa gegeben, werden aber aktiv entwickelt. Das hat Folgen für den Blick der Russen auf Europa und auf sich selbst, strahlt aber mittlerweile auch nach Europa selbst ab. Darum soll es nun im dritten Teil meines Vortrags gehen.

3. Die Wirkung des Blicks

Die Abgrenzung hat Folgen: 2013 wollte noch nur gut ein Drittel der Russen einen „besonderen eigenen Weg“ für ihr Land, zwei Jahre später war es schon mehr als die Hälfte. Kein Wunder, denn von Staats- und auch Kirchenvertretern wird oft ein „Sonderweg“ beschworen, der sich einschreibe in einen „tausendjährigen“ Abwehrkampf gegen den Westen und die Russen als Kulturvolk gegen zynische Krämerseelen positioniert.

Das ist auch die Rückkehr der Sowjetlegende von der Überlegenheit des eigenen Systems. Aber auch die Rede vom „Sonderweg“ ist nicht neu: Schon im 19. Jahrhundert etwa stritten „Slawophile“ und „Westler“ darüber, ob Russland überhaupt versuchen solle, seinen Entwicklungsrückstand zu Europa aufzuholen oder nicht besser einen eigenen Weg einschlagen solle.

Aber es bleibt unklar, wie so ein „Sonderweg“ konkret aussehen könnte. Früher hatte Putin noch versprochen, den Lebensstandard der Russen zu heben. Seit einigen Jahren forciert man stattdessen nach innen die Erneuerung Russlands auf der Grundlage von Nationalismus und Orthodoxie. Der Patriarch der Russischen Orthodoxen Kirche ist

trotz eines in der Verfassung festgeschriebenen Säkularismus eine feste Stütze des Systems.

Trotzdem gibt es darin keine klare Ideologie. Man kombiniert verschiedene Versatzstücke, zum Beispiel Sowjetnostalgie und Kapitalismus, „multipolare Welt“ und Globalisierungskritik. Putin selbst bleibt besonders vage, er nannte als „nationale Idee“ einmal schlicht „Patriotismus“. Wesentliches Element ist letztlich nur der Autoritarismus, die Konzentration auf einen starken Führer. „Wenn es Putin gibt, gibt es Russland. Wenn es Putin nicht gibt, gibt es auch Russland nicht“, brachte es der damalige erste stellvertretende Leiter der Präsidialverwaltung Wjatscheslaw Wolodin im Oktober 2014 auf den Punkt.

Gerade wegen der Unbestimmtheit des eigenen Wegs bleibt der Westen, bleibt „Gayropa“ als Gegenpol wichtig. So wie dort soll es jedenfalls nicht werden. Der Präsident selbst gelobt immer wieder den Willen zur Zusammenarbeit mit dem Ausland. Man wolle sich nicht isolieren, wolle Freunde und suche keine Feinde, wie er kürzlich sagte. Aber es sind stets die Gegner, die die Fehler machen und deshalb gewissermaßen eine Bringschuld haben sollen.

Das erklärt auch, warum zwar vor Kurzem so viele Russen wie nie seit dem Jahr 2000 mehr Zusammenarbeit mit und eine Annäherung an den Westen gewünscht haben, nämlich 71 Prozent. Aber die Gegner sollen die Initiative ergreifen. Man will sich in einer Position der Stärke sehen, schließlich soll sich Russland unter Putin, so die Formel, „von den Knien erhoben“ haben.

Der Großmachtstatus ist wesentlich für die Selbstachtung – und er wird militärisch definiert. Wenn die Russen abstrakt danach gefragt werden, was ein Land, das in der Welt geschätzt wird, allgemein auszeichnet, gibt knapp die Hälfte ein materiell gutes Leben und eine hoch entwickelte Wirtschaft an; abstrakt spielen militärische Macht und Nuklearwaffen nur die zweitwichtigste Rolle.

Anders ist es, wird konkret nach der Achtung des eigenen Landes gefragt, nach Russlands Ansehen: Da spielt das Militär die Hauptrolle, gefolgt von Rohstoffen und der Größe des Staatsgebiets. Die Bedeutung eines hohen Wohlstandsniveaus für die Achtung ihres Landes schätzen die Russen zehnmal geringer ein als ihre Militärmacht. „Sie fürchten uns, das heißt, dass sie uns achten“, lautet die Formel dazu.

Putin hat es tatsächlich erreicht, den Russen das Gefühl zu geben, dass Russland wieder eine Großmacht sei. Und zwar gerade nicht, in dem er nach westlichem Entwicklungsmodell breite Wohlstandsvermehrung und Rechtsstaatlichkeit angestrebt hat. Laut einer aktuellen

Studie der Bank *Crédit Suisse* hat ein Prozent der Bevölkerung in Russland drei Viertel des nationalen Reichtums, die Ungleichheit ist größer als in allen anderen 37 untersuchten Ländern.

Dass Putin nicht den westlichen Entwicklungsweg gehen würde, hat spätestens ab 2003 die Zerschlagung des Ölunternehmens *Yukos* gezeigt, durch die der mehrheitlich staatliche Ölkonzern *Rosneft* zu dem wurde, was er heute ist.

Putin hat Russland vielmehr zu, so die russische Sicht, neuer Weltgeltung verholfen, indem er den Westen zum Feind erkor und in die Schranken wies. Schon der Georgien-Krieg 2008 wurde als Verteidigung gegen Washington dargestellt. Dann wieder die Annexion der Krim und der Ukraine-Krieg, sogar in der russischen Darstellung, die ja eigentlich von einem „Bürgerkrieg“ ausgeht. Aber es wird so präsentiert, als würden heldenhafte Vertreter der „russischen Welt“ Russland jenseits der Landesgrenzen, aber innerhalb der ihm rechtmäßig zustehenden Grenzen, gegen westliche Aggressoren verteidigen.

In Syrien schließlich führt Putin den Westen nach Belieben vor. Das kann er, weil er, anders als Washington und dessen Partner in Europa, nicht den Einsatz militärischer Mittel scheut und dafür auch faktisch niemandem Rechenschaft ablegen muss. Die umfassende Kontrolle über die Medien und der Mangel an wirkmächtiger Opposition machen das möglich. Diese Kriege und Coups, wie die Krim-Annexion, lassen Putins Beliebtheit in die Höhe schnellen; sie sind so ein Mittel des Machterhalts.

Die außenpolitischen Coups, die stets als Erfolge dargestellt werden, auch wenn sie sich eines Tages als Pyrrhussiege erweisen könnten, und auch die Porträtierung des Westens als dem Untergang geweiht, ändern auch den Blick der Russen auf sich selbst: Mittlerweile schreiben sie sich in Umfragen Eigenschaften zu, die traditionell dem Westen vorbehalten waren: „energisch“ und „fleißig“ etwa. Putin prägt nämlich das Bild vom Russen als „Siegernation“, die sich allen Widrigkeiten zum Trotz und gegen alle Widersacher durchsetzten. Man propagiert eine „patriotische Erziehung“ mit starkem Militär und preist den Heldentod für das Vaterland.

Europa dagegen wird von Führung und Fernsehen als schwach, dekadent und anfällig dargestellt und besonders von einflussreichen Kreisen auch so wahrgenommen. In den „Grundlagen der Staatskulturpolitik“ aus dem Kulturministerium heißt es etwa, Russland habe immer angestrebt, Teil der europäischen Kultur zu sein. „Aber man muss blind sein, um nicht zu sehen, wie weit sich die Weltansicht des

modernen Westens von der Kultur des ‚klassischen‘ Europas entfernt hat“, heißt es da. Die Feinde sind dabei nicht die Völker Europas, sondern die liberalen Eliten, so die russische Erzählung, in der ja die „Freundschaft der Völker“ weiterlebt.

Hier ist der Anknüpfungspunkt zu Rechtsextremisten und -populisten, die Putin wie einen Schutzpatron anrufen. Etwa bei Pegida in Dresden, wo Leute Schilder mit der Aufschrift „Putin, hilf!“ hochhalten. Kräfte wie Marine Le Pens Front National in Frankreich und auch etwa Teile der AfD sehen Russland als Hort der Tradition und des Nationalismus, was eine Projektion der eigenen Vorbehalte gegen ihre eigenen Länder in deren gegenwärtiger Verfasstheit sein mag.

Man hat indes einen gemeinsamen Gegner: Moskaus Auslandsmedien wirken dabei mit, Misstrauen gegen „Mainstreammedien“ und „etablierte Parteien“ zu schüren. Moskau sieht sich in einem „Informationskrieg“ als Teil des „hybriden Krieges“, den der um eine „Farbrevolution“ in Russland bemühte Westen gegen Moskau führe. Nach der russischen Darstellung und Vorstellung machen die eigenen Staats- und staatsnahen, gelenkten Medien letztlich nichts anderes als die westlichen Medien. Das kommt bei vielen auch im Westen an, die das Vertrauen in Eliten und Medien verloren haben und sich, so ein aktueller Trend, über „fake news“ echauffieren, weil sie meinen, sie würden sowieso umfassend belogen.

Gerade die Abwesenheit eines ideologischen Systems macht Putin flexibel. Der Kommunismus stieß viele im Westen ab. An die Projektion eines „starken Führers“ können viele aber andocken und etliche politische Kräfte in Europa auch an Putins Inszenierung als konservativer Vorkämpfer. Russische Blogger haben für Moskaus Verbindungen zu Europas Rechtsextremisten und -populisten den Ausdruck „Schwarze Internationale“ geprägt, in Anlehnung an die frühere Kommintern, die „Kommunistische Internationale“.

Es geht dabei nicht mehr nur, wie früher, darum der eigenen Bevölkerung zu zeigen, dass man nicht isoliert sei und alles mit rechten Dingen zugehe, wie bei dem Referendum auf der Krim, das Extremisten aus etlichen europäischen Ländern beobachteten und natürlich abgesegneten. Sondern längst haben Moskaus Freunde auch reale Machtperspektiven wie die Fünf-Sterne-Bewegung und die Lega Nord in Italien oder die FPÖ in Österreich, die kürzlich sogar ein Kooperationsabkommen mit der Machtpartei „Einiges Russland“ unterzeichnet hat.

In das Ringen mit dem Westen werden auch Russlands Geschäftsleute einbezogen – für sie ist es ein Weg, sich dem System nützlich zu erweisen und Putin gegenüber Loyalität zu demonstrieren. Zum Beispiel der Investor Konstantin Malofejew, der bei der russischen Landnahme auf der Krim und in der Ostukraine eine Rolle spielte und deshalb auf der EU-Sanktionsliste steht, und Putins Weggefährte Wladimir Jakunin, der jahrelang, von Korruptionsvorwürfen unbehelligt, die Russischen Staatsbahnen führte. Gemeinsam luden Stiftungen der beiden Männer zum Beispiel im September 2014 zu einem Kongress namens „Große Familien und die Zukunft der Menschheit“ nach Moskau in den Kreml und die Christ-Erlöser-Kathedrale ein.

Evangelikale und reaktionäre Gruppen aus Russland und westlichen Staaten schimpften da einträchtig auf „Homosexuellenpropaganda“, Genderpolitik und Abtreibung. Am „Bürgerkrieg“ in der Ukraine sollte eine Gay-Pride-Parade in Kiew schuld sein, hieß es da. Damals wirkte das wie Randgruppen unter sich.

Doch in der Flüchtlingskrise sind die Chancen der Gruppen und Parteien in Europa gestiegen, welche die EU schwächen wollen. Das hat auch aus Moskauer Sicht ganz praktische Vorteile: Einzelne Staaten lassen sich leichter unter Druck setzen, eine gemeinsame Haltung wie im Ukraine-Krieg gegen Russland würde unwahrscheinlich.

Der Geschäftsmann Malofejew spielt übrigens auch da eine Rolle. Er wirbt für die „Rückkehr eines christlichen Europas“ und verspricht, die EU werde schneller zerfallen als die Sowjetunion. Anfang Juni 2014 richtete er in Wien eine Konferenz aus. Man feierte die „Heilige Allianz“ zwischen Russland, Preußen und Österreich von 1815 auf Grundlage von Gottesgnadentum und Restauration. Es kamen etwa Vertreter der FPÖ und des Front National. Ehrengast war Alexander Dugin, Vordenker eines „Eurasiens“ unter Putins Führung und mittlerweile auch Kolumnist in einem Fernsehsender Malofejews. Russland soll Europa nach Dugins Dafürhalten vor Liberalismus, Homosexuellen und „amerikanischer Dominanz“ retten. Mitglieder von Dugins „Eurasischer Bewegung“ kämpften in der Ostukraine, der Mann selbst rief in einem Video dazu auf, Vertreter der „Kiewer Junta“ zu „töten, töten, töten“.

Malofejews Stiftung lud 2015 auch eine Gruppe brandenburgischer AfD-Abgeordneter um den Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland nach Sankt Petersburg zu Gesprächen mit Machtvertretern ein. Malofejew sagte vor einem Jahr, er glaube, dass „die Auftritte Doktor Gaulands signalisieren, dass Deutschland wieder zu Deutschland

wird, so wie Russland unter Putin wieder Russland wird“. In dieser Denkweise erlöst Russland Europa und es kehrt ein vermeintlich idyllisches Europa der Nationalstaaten zurück, ohne Ärger mit religiösen oder sexuellen Minderheiten.

Das mag eine Position von Hardlinern sein. Aber der Erlösungsanspruch ist eine durchaus verbreitete Kontinuität über die enormen Brüche von der sendungsbewussten Sowjetunion zu der Herrschaft Putins, der sich selbst spektakulär vom Agenten eines atheistischen Systems zum religiösen Quasi-Zaren wandelte. In dem kleinen Ort Bogoljubowo 200 Kilometer nordöstlich von Moskau schlug sich dieser Messianismus in der Aussage einer älteren Frau bei einer Protestaktion gegen den Bau eines Werks, in dem Präservative für den heimischen Markt gefertigt werden sollen, nieder. Sie sagte, Russlands Mission sei es, „andere Völker zu Gott zu bringen“.

Es geht bei Russlands Blick auf Europa nicht mehr nur um Abwehr in Form von Diskreditierung von Demokratie westlichen Zuschnitts, politischen Liberalismus und so weiter: Man geht in die Offensive, will sich als Großmacht wieder etablieren und die Ergebnisse des Rückzugs seit Ende der Sowjetunion korrigieren. Dafür opfert man selbst eingegangene Verpflichtungen wie das Budapester Memorandum von 1994, das die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine garantiert, und die KSZE-Schlussakte von Helsinki, die Prinzipien wie Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen festschreibt.

Als Rechtfertigung dienen Verfehlungen des Westens, die zu einem „rechtlichen Nihilismus“ geführt hätten, wie Putin einmal sagte. An dem soll nicht Russland, sondern ebenfalls Washington schuld sein. Weshalb dem „Opfer“ Russland alles erlaubt sei, notfalls unter Berufung auf „historische Gerechtigkeit“.

Als Fazit ist damit zu sagen, dass sich unter Putin Russlands Blick auf Europa vor allem in den vergangenen fünf Jahren deutlich gewandelt hat: Von Partnerschaft zu Gegnerschaft, so kann man insgesamt sagen. Von dem Blick auf ein, bei aller Skepsis, Vorbild hin zu Abgrenzung, mit Mitleid, respektive Schadenfreude und dem Gefühl der Bedrohung. Aber gleichzeitig mit der neuen Selbstsicherheit, wirklich eine Großmacht zu sein. Eine Sicherheit, die die militärischen Eroberungen und sonstige Erfolge im Ringen mit dem Westen geben.

Als Ausblick die Frage: Wie sollte man mit diesem Russland umgehen, das derzeit politisch das Russland Putins ist?

Man muss natürlich „im Gespräch bleiben“, wie es stets heißt, und womöglich auch neue Formate finden, vor allem im militärischen Bereich, um Zusammenstößen vorzubeugen, so Zwischenfällen mit Kampfflugzeugen.

Man sollte auch zugleich eine gewisse Gelassenheit zeigen und etwa angesichts der hausgemachten Phänomene wie eines erstarken Rechtsextremismus und -populismus nicht zur voreilig mit dem Finger nach Moskau weisen: Putin ist in seinen neuen Partnerschaften der Nutznießer und Trittbrettfahrer eines Trends. Wer ihn zu einem übermächtigen Akteur stilisiert, betreibt sein Spiel: das der „Dämonisierung“.

Aber es ist mit Blick nach Deutschland und in andere westliche Staaten auch wichtig, gegenüber der eigenen Bevölkerung und den eigenen Wählern klare Worte zu finden. Stattdessen heißt es oft und besonders bei Moskau-Besuchen diverser Politiker, auch aus der sogenannten Mitte, dass es „ohne Russland keine Lösung“ für alle möglichen Probleme gebe. Das klingt schön und bedient in Deutschland die angesichts der Geschichte sehr verständliche Harmoniesehnsucht.

Aber das Schönreden lässt nicht nur Putin an der Entschlossenheit des Westens zweifeln, den Eroberungen und Regelbrüchen entschlossen entgegenzutreten. Auch Beobachter im Westen vergessen, dass viele Probleme ohne Russlands Zutun nicht da oder jedenfalls deutlich geringer wären. Es schadet, wenn man das Problem, das man mit Putin hat, rhetorisch beiseite wischt.

Prinzipientreue wäre auch gut. Die zwar immer mal wieder emporsteigt, aber letztlich laue Reaktion des Westens, etwa auf die russischen Luftangriffe in Syrien, ist dazu angetan, Putin davon zu überzeugen, dass er es wirklich mit einem schwachen Gegner zu tun hat. Und dass er weitermachen kann in seinem Revisionskurs, dort, wo sich Gelegenheiten bieten.

Es bedürfte letztlich einer Selbstvergewisserung des derzeit bedrängt und verzagt auftretenden Westens, einer Wiederbelebung des Westens als politischem Konzept mit Blick auf Staatsaufbau und Lebensstil. Auch mit Blick auf die autoritären Tendenzen in den westlichen Ländern selbst. Sich auf die Kraft „westlicher Werte“ zu besinnen, war lange außer Mode, weil es als irgendwie ausgrenzend galt, oder man hat es vor lauter Scham über eigene Verfehlungen verlernt. Aber gerade diese Werte machen die westlichen Länder stärker, stabiler und wohlhabender als es autoritär regierte Staaten wie Russland unter Putin jemals sein können.

Der Blick von Russland auf Europa

Friedrich Schmidt ist seit 2014 Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Russland, Weißrussland, den Kaukasus und Zentralasien mit Sitz in Moskau.

Minderheiten und Bürgerrechte in Europa

Edgar Wolfrum

Minderheiten haben zur Zeit keinen besonders guten Leumund. Minderheitenpolitik – wir können dieses Wort nicht mehr hören. Wohin dies alles führte, zeigte die Präsidentenwahl in den USA. Die Leute hatten genug von der ständigen Adressierung an Minderheiten. Minderheiten wurden gegen die soziale Frage ausgespielt. Ein positiver Blick auf gesellschaftliche Diversität scheint der Vergangenheit anzugehören. Schon hat ein liberaler Katzenjammer eingesetzt.

So gesehen stimmt es: Der Verweis auf den Status als Minderheit ist out. Und jetzt schauen Sie sich bitte einmal um in dieser Neuen Aula. Schnell werden Sie erkennen, dass hier viele Minderheiten sind. Es sind weniger Frauen da als Männer. Frauen sind in der Minderheit. Es sind mehr Ältere da als Jüngere. Die Jungen sind in der Minderheit. Und so könnten wir alles durchspielen: Geschlecht, Alter, Nationalität, Hautfarbe, Religion und so fort. Damit sind wir bereits mitten im Thema „Minderheiten“. Es fehlen noch die Bürgerrechte. Die kriegen wir mit einem Beispiel hin:

Beim Kampf für die Rechte aller geht es immer auch um die Teilhabe, die Partizipation. Mit der Einführung des Frauenwahlrechts.¹ am Beginn des 20. Jahrhunderts kam es, was die demokratische Beteiligung betrifft, zu einer bedeutsamen Erweiterung. Britische Frauenrechtlerinnen setzten mit öffentlichen Demonstrationen ihr Leben aufs Spiel, um das Wahlrecht zu erlangen. Sie nannten sich „Suffragetten“, abgeleitet von „suffrage“, dem „Stimmrecht“. In ihren Aktionen schreckten sie vor Gewalt nicht zurück, kappten Telegraphen-

¹ Immer wieder gab es auch Versuche, das Konzept von „Minderheiten“ auf die Situation von Frauen anzuwenden, selbst wenn diese zahlenmäßig natürlich keine „Minderheit“ sind; vgl. als frühes, klassisches Beispiel: Helen Mayer Hacker, Women as a Minority Group, in: Social Forces 30 (1951) 1, S. 60–69.

und Telefonleitungen, warfen Steine in Fenster von feinen Herrenklubs und Kaufhäusern und steckten Häuser in Brand.² Es kam zu regelrechten Straßenschlachten, Hunderte Frauen wurden zu langen Haftstrafen verurteilt. Eine ihrer Anführerinnen, die (bekannte) „Suffragette“ Emmeline Pankhurst, schrieb 1914: „Ich war 19 Jahre glücklich verheiratet. Oft habe ich spöttische Bemerkungen darüber gehört, Suffragetten seien Frauen, die keinen normalen Weg gefunden hätten, ihre Gefühle auszuleben. Daher seien sie sauertöpfische, enttäuschte Wesen. Das trifft wahrscheinlich auf keine Suffragette zu, und ganz sicher nicht auf mich. Mein häusliches Leben und meine Beziehungen waren fast so ideal, wie es in dieser durchaus nicht perfekten Welt möglich ist.“³ Erst der Weltkrieg brachte die entscheidende Reform, doch durften noch zu dessen Beginn nur Frauen, die älter als dreißig Jahre alt waren, wählen. Im Jahr 1925 galt dann die Volljährigkeit als Eintritt ins wahlfähige Alter. In Deutschland wurde das aktive und passive Frauenwahlrecht nach der Revolution 1918 eingeführt, in den USA 1920, auf den Philippinen 1937. In Frankreich erhielten Frauen 1944, in Italien erst 1946 das volle Wahlrecht, zuvor galt es dort nur für die kommunale Ebene. Als letztes Land in Europa gewährte Liechtenstein 1984 das Frauenwahlrecht – und außerhalb von Europa, das heute unser gedanklicher/historischer Rahmen ist, in Saudi-Arabien, durften Frauen auf kommunaler Ebene erstmals 2015 abstimmen.⁴

Mein Vortrag beleuchtet den Zusammenhang zwischen Minderheitengeschichte und der Entwicklung von Bürgerrechten im 20. Jahrhundert.⁵ In dieser Zeit wurde Europa durch mehrere Wellen der Immigration vom Auswanderungs- zum Einwanderungskontinent.⁶

² Zur Geschichte der Suffragetten vgl. Michaela Karl, „Wir fordern die Hälfte der Welt!“ Der Kampf der englischen Suffragetten um das Frauenstimmrecht, Frankfurt am Main 2009; Antonia Meiners (Hrsg.), Die Suffragetten. Sie wollten wählen – und wurden ausgelacht, München 2016.

³ Emmeline Pankhurst, Ein Leben für die Rechte der Frauen, 1914, S. 19. [Originalausgabe Emmeline Sylvia Pankhurst, The suffragette: The history of the women's militant suffrage movement 1905–1910, New York 1911]; Dies., Save the mothers. London 1930; Dies., The suffragette movement, London 1931. Als eine von mehreren Biographien vgl. Mary Davis, Sylvia Pankhurst. A life in radical politics, London 1999.

⁴ Vgl. hierzu Bettina Bab et al. (Hrsg.), Mit Macht zur Wahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa, Bonn 2006.

⁵ Vgl. hierzu grundlegend Eike Wolgast, Geschichte der Menschen- und Bürgerrechte, Stuttgart 2009; zum engen Zusammenhang zwischen der Ausweitung von Menschenrechten und Minderheiten aus US-amerikanischer Perspektive vgl. John David Skrentny, The minority rights revolution, Cambridge u. a. 2002.

⁶ Vgl. etwa Klaus J. Bade, Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2001; Ders., Europa und die Migration am Ende des 20.

Gleichzeitig leben hier seit Jahrhunderten autochthone Minderheiten,⁷ die in verschiedenen Regionen verwurzelt sind.⁸ Grenzziehungen zwischen Minderheiten und Mehrheiten verlaufen damit fließend. Gelingendes gesellschaftliches Zusammenleben lässt sich vor diesem Hintergrund vor allem daran messen, ob Bürger, gleichberechtigt an Gesellschaft, Arbeit, Bildung und in der politischen Öffentlichkeit teilhaben. Diese Inklusions- und Integrationserfordernisse wurden immer wieder von gesellschaftlichen Vorurteilen behindert. Als Reaktion hierauf bildeten sich in Europa zahlreiche Bürgerrechtsbewegungen, die vor allem gegen Rechtsverletzungen und Diskriminierungen seitens staatlicher Institutionen protestierten.

Beginnen wir mit der Frage: Was sind eigentlich Minderheiten? Wie kommen Minderheiten in der Geschichte vor? Die Frage nach dem Umgang mit Minderheiten ist universell und grundlegend für alle modernen Gesellschaften. In jeder Gesellschaft existieren Minderheiten, unabhängig vom politischen System eines Landes. Minderheiten finden sich nicht nur im nationalen Rahmen, sondern auch im regionalen, im lokalen sowie auch im familiären oder privaten Umfeld. Dass Minderheiten in der Geschichte so wichtig sind,⁹ dies macht das Thema beinahe zu einer anthropologischen Konstante. Gleichzeitig kann es aber auch besonders schwer sein, klar zu fassen, wovon überhaupt die Rede ist. Also versuchen wir zuerst einmal eine Definition. Bis heute, so muss man sagen, existiert keine international anerkannte Definition des Begriffs „Minderheit“.¹⁰ Im juristischen Sinne, wie bspw. im Völkerrecht, wird der Begriff sehr eng definiert und v. a. für

Jahrhunderts. Akademievorlesung gehalten am 4. Juli 2000, Hamburg 2000; Jochen Oltmer, *Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2016; auch der damalige EU-Parlamentspräsident Martin Schulz betonte zu Beginn der Flüchtlingskrise 2013: „Europa muss endlich anerkennen, dass es ein Einwanderungskontinent ist“. Europa ist ein Einwanderungskontinent, in: *Der Spiegel*, 14.10.2013.

⁷ Zum Begriff „autochton“ vgl. u. a. Frauke Kraas-Schneider, *Bevölkerungsgruppen und Minoritäten – Handbuch der ethnischen, sprachlichen und religiösen Bevölkerungsgruppen der Welt*, Stuttgart 1989.

⁸ Vgl. grundlegend zur Geschichte europäischer Minderheiten Panikos Panayi, *Outsiders: History of European Minorities*, Bloomsbury 1998.

⁹ Vgl. Matthias Kaufmann, *Mehrheitsregel und Minderheitenschutz*, in: *The Minority Issue. Law and the Crisis of Representation*, hrsg. von Soraya Nur, Berlin 2009, S. 343–357, bes. S. 343 ff.

¹⁰ Nerissa Schwarz, *Minderheitenschutz in der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung der Roma*, in: Gudrun Hentges/Volker Hinnenkamp/Almut Zwengel (Hrsg.), *Migrations- und Integrationsforschung in der Diskussion*, Wiesbaden 2010, S. 115; vgl. auch Lewis M. Killian, *What or Who is a “Minority”?*, in: *Michigan Sociological Review*, 10 (1996), S. 18–31.

ethnische und nationale Minderheiten verwendet. Man tut jedoch gut daran, den Begriff weiter zu definieren. Unter die Bezeichnung selbst fassen etwa viele internationale Institutionen zunächst vor allem nationale, ethnische und religiöse Minderheiten.¹¹ Doch es werden in anderen Zusammenhängen auch Bevölkerungsgruppen fokussiert, die sich aufgrund sozialer, ökonomischer oder körperlicher Unterschiede, politischer Überzeugungen oder sexueller Orientierung von der Gesellschaft abheben oder abgegrenzt werden.¹² Minderheiten zeichnen sich also, so könnte man ganz allgemein sagen, dadurch aus, dass sie von der Vorstellung davon, was als „normal“ gilt – abweichen. Die Abweichung bemisst sich an dem, was die zeitgenössische Mehrheitsgesellschaft als Norm vorgibt und zeigt sich entweder durch die Anzahl und/oder durch die Macht- oder Ressourcenverteilung im Verhältnis zur Mehrheit.¹³ Sie hat Auswirkungen auf die rechtliche Gleichbehandlung, die politische Partizipation, den Zugang zu Bildung und Wissen, die ökonomische Chancengleichheit und/oder die gesellschaftliche Anerkennung der Minderheit in ihrem Umfeld. Zu unterscheiden sind Minderheiten, die gegenüber der Mehrheit benachteiligt werden und Minderheiten, die in der Lage sind, Mehrheiten zu dominieren und „auf der obersten Stufe einer sozialen Hierarchie stehen“¹⁴ – wie ökonomische, politische oder administrative Eliten. Auch die DDR-Nomenklatura war, folgt man diesem Begriffsverständnis, eine Minderheit. Sie sehen, wie vielschichtig das Thema „Minderheiten“ ist. Doch Vorsicht: Diese Definitionen verweisen auf Gruppenzugehörigkeiten.¹⁵ Jedoch sind auch multiple, mehrfache Zugehörigkeiten möglich. So kann ein Minderheitenangehöriger auch

¹¹ Zur Definition nationaler Minderheiten vgl. grundlegend Jennifer Jackson Preece, *National Minorities and the European Nation-States System*, Oxford 1998.

¹² Vgl. Werner Kreisel/Tobias Reeh, *Geographische Minderheitenforschung*, in: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen (EJM)* 4 (2008), S. 225–236, hier S. 228 f. Ferner vgl. die weite Definition des vom Autor geleiteten Arbeitsbereichs „Minderheitengeschichte und Bürgerrechte in Europa“ an der Universität Heidelberg, http://www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zegk/histsem/forschung/Arbeitsbereich_MBE_Profil.html.

¹³ Vgl. die Diskussion bei Werner Kreisel/Tobias Reeh, *Geographische Minderheitenforschung*, in: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen (EJM)* 4 (2008), S. 225–236, hier S. 228 f.

¹⁴ Ebd., S. 128: „Oftmals bestimmen Minderheiten als gesellschaftliche ‚Eliten‘ bzw., weniger positiv ausgedrückt, als ‚Cliques‘ die Geschicke (z.B. Kolonialismus, Apartheidsregime).“

¹⁵ Zur Selbstdefinition von Minderheiten vgl. Frauke Kraas-Schneider, *Bevölkerungsgruppen und Minoritäten – Handbuch der ethnischen, sprachlichen und religiösen Be-*

gleichzeitig der Mehrheit angehören, die Übergänge sind bei genauerer Betrachtung fließender als viele Minderheitenbilder, die wir üblicherweise vor Augen haben, uns suggerieren. Häufig sehen sich Individuen lediglich aufgrund der gemeinsamen Ausgrenzungserfahrung gegenüber der Mehrheit als Teil einer Gruppe.¹⁶

Wichtig ist: Eine Minderheit kann nur im Verhältnis zu einer Mehrheit existieren.¹⁷ Die Vorstellungen von und über Minderheiten und Mehrheiten sind gesellschaftlich konstruiert und historisch gewachsen. Das bedeutet, dass Gruppen durch Fremdzuschreibungen und durch Normierungsprozesse erst zu Minderheiten gemacht werden. Dabei müssen sich die so zu Angehörigen einer Minderheit gemachten Personen gar nicht unbedingt selbst der entsprechenden Minderheit zugehörig fühlen und lehnen womöglich die ihnen so zugewiesene Rolle ab. Oft tauchen in der Geschichte auch mehrere Merkmalszuschreibungen in Kombination auf, anhand derer die Abgrenzung einer bestimmten Minderheit zu begründen gesucht wurde.¹⁸ Gleichzeitig wirkt die Normierung von außen wieder auf das Selbstverständnis der Betroffenen zurück. Durch den Aushandlungsprozess zwischen Norm und Normabweichung („normal sein“ – „anders sein“) entstehen in einer Gesellschaft Stereotype vom „anders sein“ und jeweilige Gruppenidentitäten.¹⁹ Diese Gruppenidentitäten sowie die Aushandlungsprozesse zwischen Norm und Normabweichung unterliegen einem ständigen historischen Wandel. Das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit ist aber gleichzeitig eng verknüpft

völkerungsgruppen der Welt, Stuttgart 1989, S. 180; Dies., Ethnolinguistische Bevölkerungsgruppen und Minoritäten als Aufgabe geographischer Forschung, in: *Die Erde* 123 (3), S. 177–190, hier S. 180.

¹⁶ Vgl. etwa Nerissa Schwarz, Minderheitenschutz in der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung der Roma, in: Gudrun Hentges/Volker Hinnenkamp/Almut Zwengel (Hrsg.), *Migrations- und Integrationsforschung in der Diskussion*, Wiesbaden 2010.

¹⁷ Werner Kreisel/Tobias Reeh: Geographische Minderheitenforschung, in: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen (EJM)* 4 (2008), S. 225–236, hier S. 225: „Über die Fächergrenzen hinweg besteht [...] Einigkeit darüber, dass eine ‚Minderheit‘ immer in Beziehung zu einer ‚Mehrheit‘ steht – eine rein zahlenmäßige Unterscheidung, die noch nichts über die jeweiligen Einflussmöglichkeiten aussagt.“

¹⁸ Seit einigen Jahren wird die Mehrfachdiskriminierung von Minderheiten unter dem Stichwort „Intersektionalität“ diskutiert, vgl. etwa Kimberle Crenshaw, *Mapping the Margins, Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color*, in: *Stanford Law Review*, 43 (1991) 6, S. 1241–1299.

¹⁹ Vgl. zu diesem Themenkomplex grundlegend Lars-Eric Petersen/Bernd Six (Hrsg.), *Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen*, Weinheim/Basel 2008.

mit lang bestehenden Traditionen, mit Machtstrukturen und mit gesellschaftlich virulenten Denkmustern. Die Langlebigkeit kollektiver Zuschreibungen gegenüber Minderheiten zeigt sich daran, dass Vorurteile häufig nach Jahrzehnten wieder aktiviert und von Generation zu Generation weitervermittelt werden.²⁰

Es geht also nicht um die Frage, was zuerst da war: Die Mehrheit oder die Minderheit. Stattdessen sind die Aushandlungsprozesse und die dahinter liegenden Machtverhältnisse²¹ ein ständiges Wechselspiel, durch das sich Mehrheits- und Minderheitenpositionen konstituieren und durch die sie sich auch wieder verändern können. Zu beachten gilt bei der Untersuchung von Minderheiten, dass diese nie in sich homogen, sondern, ebenso wie die Mehrheitsgesellschaft, natürlich heterogen sind. So sind zum Beispiel die europäischen Sinti und Roma, die oft als größte Minderheit Europas bezeichnet werden, hinsichtlich vielfältiger Aspekte, an denen Identitäten oftmals festgemacht werden, sehr heterogen. So haben etwa die deutschen Sinti einen ganz anderen Erfahrungshintergrund als osteuropäische Roma, und es existieren in Europa viele Dialekte der Minderheitensprache Romanes, unterschiedliche Bräuche, Staatsangehörigkeiten, Religionen. Homogene, pauschalisierende Zuschreibungen resultieren meist aus Bildern der Mehrheitsgesellschaft und vermitteln deshalb einen eher statischen Eindruck, den es von der Wissenschaft auch zu hinterfragen gilt. Fragen wir daher nun, wie Minderheitengeschichte als *geschichtswissenschaftlicher Ansatz* aussehen kann.²² Hierzu muss zunächst bemerkt werden, dass viele Minderheitengruppen über Jahrhunderte hinweg innerhalb Europas kaum repräsentiert waren und so auch in der offiziellen Geschichtswissenschaft, die zudem seit der Etablierung später Nationalstaaten²³ wie dem Deutschen Kaiserreich

²⁰ Vgl. als Überblick Krystyna Mihulka, Wie entstehen Vorurteile?, in: *Lublin Studies in Modern Languages and Literature* 31 (2007), S. 175–192.

²¹ Auf die Frage nach Macht und Ohnmacht, nach Diskriminierung und Abgegrenztsein wies prominent die U.S.-amerikanische „Chicago School“ hin, vgl. etwa Louis Wirth, *The Problem of Minority Groups*, in: *The Science of Man in the World Crisis*, hrsg. von Ralph Linton, New York 1945, S. 347–372.

²² Ein solcher Ansatz stellt immer noch ein Forschungsdesiderat dar; vgl. zu Potenzialen einer geschichtswissenschaftlichen Minderheitenforschung, hier allerdings v. a. bezogen auf nationale Minderheiten, Manfred Kittel, *Geschichtswissenschaft und Minderheitenschutz*, in: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen (EJM)* 3 (2009), S. 119–145.

²³ Vgl. Adrian Hastings, *The Construction of Nationhood. Ethnicity, Religion and Nationalism*, Cambridge 1997.

1871 oftmals der Stärkung nationaler Identität diene, keinen adäquaten Platz erhielten.²⁴ Die solcherart „marginalisierte Geschichte“ von Minderheiten ist deshalb oft dem Vorwurf der Geschichtslosigkeit ausgesetzt worden.²⁵ Wie aber kann Geschichte geschrieben werden, um gerade keine „marginale Geschichte“ von Minderheiten zu produzieren? Wie bewerkstelligt man es, die Ränder dem Zentrum anzunähern und diese Geschichte schließlich zu einer gesamten „Geschichte der Vielfalt“ werden zu lassen?²⁶ Dieser Herausforderung muss begegnet werden, und auch problematische Traditionslinien einer paternalistischen und sogar rassistisch geprägten²⁷ „Minderheitenforschung“, die damit historisch oft mehr der Produktion von Vorurteilen als der Wissenschaft diene, müssen dringend überwunden werden. Minderheiten in der europäischen Geschichte sollen also nicht isoliert betrachtet, sondern als Teil der Mehrheitsgeschichte verstanden werden. Minderheitengeschichte ist somit eine Interaktionsgeschichte²⁸ und kann auch wichtige neue Erkenntnisse über die Mehrheitsgesellschaften liefern. Wer von Minderheiten spricht, spricht immer auch über

²⁴ Es waren in erster Linie Vertreter der jüdischen Minderheit im Kaiserreich, die für angemessene Repräsentation und gegen Antisemitismus kämpften; so wurde etwa 1893 der „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ gegründet; vgl. Ann Goldberg, *Hate Speech and Identity Politics in Germany, 1848–1914*, in: *Journal for Central European History* (2015), S. 480–497. Aber auch Katholiken bildeten gleichsam eine „Minderheit“, nicht nur in Deutschland, vgl. Rainer Liedtke/Stephan Wendehorst (Hrsg.), *The Emancipation of Catholics, Jews and Protestants: Minorities and the Nation-State in Nineteenth-Century Europe*, Manchester 1999; Helmut Walser Smith, *German Nationalism and Religious Conflict. Culture, Ideology, Politics, 1870–1914*, Princeton 2014.

²⁵ Erst in den 1960er Jahren entstanden die sogenannten „minority histories“; später wurde der Begriff der Minderheitengeschichte auch kritisiert, und es entstanden gerade im angelsächsischen Sprachraum die „subaltern studies“, vgl. Dipesh Chakrabarty, *Minority Histories. Subaltern Past*, in: Saurabh Dube (Hrsg.), *Postcolonial Passages. Contemporary History-writing on India*, New Delhi 2004, S. 229–242; Doris Wilkinson, *Rethinking the Concept of “Minority”. A Task for Social Scientists and Practitioners*, in: *Journal of Sociology and Social Welfare*, Volume XXVII (2000) 1, S. 115–132.

²⁶ Vgl. Esther Benbessa, *Préface*, in: Stéphanie Laithier/Vincent Vilmain (Hrsg.): *L’histoire des minorités est-elle une histoire marginale?* Paris 2008, S. 7–10, hier S. 8; Christhard Hoffmann, *Einwanderung, Ethnizität, „Rassismus“*. Konzepte der Migrations- und Minderheitengeschichte am Beispiel Großbritanniens, in: *Historische Zeitschrift (HZ)* 3 (1998), S. 671–685, hier S. 685.

²⁷ Vgl. etwa zur rassistischen sogenannten „Zigeunerforschung“ Joachim S. Hohmann, *Robert Ritter und die Erben der Kriminalbiologie. „Zigeunerforschung“ im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 1991.

²⁸ Vgl. Herbert Uerlings/Julia-Karin Patrut, *„Zigeuner“, Europa und Nation*, in: Dies. (Hrsg.), *„Zigeuner“ und Nation. Repräsentation – Inklusion – Exklusion*, Frankfurt am Main 2008, S. 10.

die Mehrheit.²⁹ Minderheitengeschichte, so ist zu betonen, sollte daher nicht als „marginalisiert“, sondern „als integraler Bestandteil der allgemeinen Geschichte“³⁰ begriffen werden. Doch wenn wir beginnen, diese Geschichte begreifen zu wollen, stellt sich die Frage, wie und warum es eigentlich Minderheiten gibt – wie sind sie entstanden?

Heute leben in einem erweiterten Europa, legt man etwa die 47 europäischen Staaten zugrunde, allein über 300 sogenannte „Volksgruppen“ bzw. nationale oder ethnische Minderheiten. Mehr als die Hälfte dieser Minderheiten lebt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union. Ein Großteil der europäischen Minderheiten ist erst im 20. Jahrhundert entstanden.³¹ Minderheiten entstanden in der Geschichte vor allem durch 3 Prozesse: erstens durch Bewegung, zweitens durch Raumveränderungen und drittens durch gesellschaftliche Normen. Durch „Bewegung“, das ist leicht nachzuvollziehen: Migrationen wie Arbeitsmigration im 19. und 20. Jahrhundert, oder Zwangsmigration im Kontext der Weltkriege, oder Flucht und Asyl verändern Gesellschaften.³² Es bewegten sich allerdings in der Geschichte Europas nicht nur Menschen über Grenzen, sondern auch Grenzen über Menschen hinweg. Nach fast jedem Krieg war das der Fall. Minderheiten wurden zu Mehrheiten, Mehrheiten zu Minderheiten, Einheimische zu Fremden im eigenen Land.³³ Das verweist auf Raumveränderungen.³⁴ Grenzverschiebungen, Gebietsverluste führen zu neuen Minderheiten außerhalb des Staatsgebietes, denken Sie allein nur an das Elsass. Aufteilungen kamen hinzu, etwa mit Blick auf die dänische Minderheit nach dem Ersten Weltkrieg,³⁵ als es zu besonders

²⁹ Vgl. Werner Kreisel/Tobias Reeh, Geographische Minderheitenforschung, in: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen* 4/2008, S. 225–236, hier S. 225.

³⁰ Christhard Hoffmann, Einwanderung, Ethnizität, „Rassismus“. Konzepte der Migrations- und Minderheitengeschichte am Beispiel Großbritanniens, in: *Historische Zeitschrift (HZ)* 3 (1998), S. 671–685, hier S. 685.

³¹ Vgl. Christoph Pan, Die Minderheitenfrage in der Europäischen Union, in: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen (EJM)* 1 (2009), S. 20–31; vgl. auch Christoph Pan/Beate Sibylle Pfeil/Paul Videsoot, *Die Volksgruppen in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen*, Bd. 1,² 2016.

³² Vgl. Michael G. Bruce, Immigrants and Ethnic Minorities, in: *The Phi Delta Kappan* 64 (1982), S. 63–64.

³³ Vgl. Klaus Bade et al., *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn 2007, S. 141

³⁴ Vgl. zum Verhältnis Raum und Minderheit auch Maya Grekova, Rethinking the concept of “Minority”, in: *Sociological Problems, Special Issue 2002*, S. 101–114, hier S. 102.

³⁵ Vgl. Jörg Duppler/Gerhard P. Groß (Hrsg.), *Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, München 1999; Panikos Panayi (Hrsg.), *Minorities in wartime. National and racial groupings in Europe, North America and Australia during the Two World Wars*, Oxford u. a. 1993.

drastischen Grenzverschiebungen kam. Durch gesellschaftliche Normierungen, als dem dritten Prozess, bedeutet, dass im Zuge rechtlicher Vereinheitlichung mit der Gründung von Nationalstaaten und der Einführung von Staatsangehörigkeitsgesetzen neue Normen entstanden, Regeln also, die darüber bestimmten, wer dazugehört und wer nicht. Das betrifft auch die Einschränkung oder Aufhebung der staatsbürgerlichen Rechte für Minderheitengruppen wie den Juden im Nationalsozialismus – dies sicherlich ein drastisches und extremes Beispiel staatlicher Gewalt gegenüber Minderheiten.³⁶

Historisch findet bei der Entstehung neuer Minderheiten in der Regel ein Wechselspiel zwischen Bewegung, Raumveränderung und Normierung statt: Auf Migrationsbewegungen hin verändert sich der Raum, was wiederum zu Aushandlungsprozessen und Normierungsbestrebungen führt. Der gesellschaftliche und staatliche Umgang mit Minderheiten weist somit eine große Spannweite auf: von Verfolgung, „Kampf der Kulturen“, Exklusion, Marginalisierung über Assimilation, Duldung, Integration hin zu interkulturellem Dialog, Schutz und Förderung. Die Muster der Haltung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Minderheiten sind nicht statisch, sondern können sich durch bestimmte Faktoren verändern. Zum Beispiel kann die vormalige Duldung von Minderheiten in Krisenzeiten plötzlich in Ablehnung umschlagen. Viele Minderheiten fungieren bei wirtschaftlichen Rezessionen, Krankheiten, Ernteausfällen, Verteilungskämpfen als „Sündenböcke“ für die Mehrheitsgesellschaften.³⁷ Minderheiten wurden im Laufe des 20. Jahrhunderts aber auch zunehmend selbst zu politischen Akteuren, die ihre Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe über politische und symbolische Protestaktionen und Repräsentationen zu erzwingen versuchten.³⁸ Ein Beispiel hierfür ist etwa der Streik

³⁶ Vgl. zum Phänomen der Grenzziehung zwischen Juden und Nichtjuden im Zuge der Verabschiedung der rassistischen „Nürnberger Gesetze“ etwa Volker Koop: *Wer Jude ist, bestimme ich: „Ehrenarier“ im Nationalsozialismus*, Köln/Weimar/Wien 2014; John M. Steiner/Jobst F. von Cornberg, *Willkür in der Willkür. Befreiung von den antisemitischen Nürnberger Gesetzen*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46 (1998), S. 143–187.

³⁷ Vgl. Timothy Lauria/Rimi Khan, *The concept of minority for the study of culture*, in: *Journal of Media & Cultural Studies* 31 (2017), S. 1–12, hier S. 4; vgl. auch Christoph Pan, *Zur Wende in der Minderheitenfrage. Zwischen Gewalt und Vernunft, vom Konflikt- zum Mehrwertpotenzial*, in: *EJM* 5 (2012) 3, S. 147–167.

³⁸ Vgl. Robin Martin/Miles Hewstone (Hrsg.), *Minority Influence and Innovation: Antecedents, Processes and Consequences*, New York 2010; vgl. auch Herbert Uerlings, Herbert/Iulia-Karin Patrut, „Zigeuner“, *Europa und Nation*, in: Dies. (Hrsg.), „Zigeuner“ und Nation. Repräsentation – Inklusion – Exklusion, Frankfurt am Main 2008, S. 10.

der vorwiegend türkischen Arbeiter bei Ford im Jahr 1973, die als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen waren.

Dies verweist auf den dritten Punkt: Fragen wir nach Minderheiten durch Migration und nach der gesellschaftlichen Vielfalt in Europa. Denn nicht nur Angehörige nationaler Minderheiten,³⁹ die etwa aufgrund von Grenzverschiebungen in anderen Ländern leben, prägten die europäische Minderheitengeschichte und machen die gegenwärtige kulturelle Vielfalt Europas aus. Auch unterschiedliche Wellen der Migration, Emigration und Immigration spielten eine wichtige Rolle.⁴⁰ Die Einwanderung und der Verbleib von „Displaced Persons“ nach dem Zweiten Weltkrieg 1945, von vertriebenen Deutschen aus den Ostgebieten, von Bürgern aus ehemaligen französischen Kolonien, von Gastarbeitern und „Kontingentflüchtlingen“, veränderten das Gesicht Europas. Einige Gruppen lösten sich als sichtbare Minderheit auf, einige der Zugewanderten trugen zur Bildung neuer Minderheiten oder neuer Identitäten – wie etwa einem Selbstverständnis der Kinder ehemaliger Gastarbeiter als „Deuschtürken“ – bei. So unterschiedlich die Art und Weise war, wie Menschen auf das Staatsgebiet der Bundesrepublik gelangten, aus politischen Gründen, auf der Flucht, unterwegs aufgrund von Krieg und Verfolgung oder angeworben als Arbeiter, so unterschiedlich war ihr Ankommen und Verbleib.⁴¹ Am Ende der 1950er Jahre lebten bis zu 12 Millionen sogenannter „Heimatvertriebener“ in Westdeutschland, 3,6 Millionen in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der späteren DDR. Sie hatten zur deutschen Minderheit im Osten gehört und waren aus Schlesien gekommen, aus Ostpreußen, aus Pommern, Ostbrandenburg, aus der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien.⁴² Damals

³⁹ Vgl. Jennifer Jackson Preece, *National minorities and the European nation-states system*, Oxford u. a. 1998.

⁴⁰ Vgl. für Deutschland Jan Motte/Jan/Anne von Oswald/ Anne/Rainer Ohlinger, Rainer (Hrsg.), *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung, Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte*, Frankfurt am Main/New York 1999; Matthias Beer, Matthias/Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hrsg.): *Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel. Stuttgarter Beiträge zur historischen Migrationsforschung* (Bd. 3), Stuttgart 1997.

⁴¹ Vgl. hierzu auch Andreas Kossert, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008.

⁴² Die Zahlen differieren zum Teil etwas, vgl. z. B. Jan Motte/Anne von Oswald/Rainer Ohlinger (Hrsg.): *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung, Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte*, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 31 ff; Klaus Bade, Klaus et al.: *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn 2007, S. 41 ff.

hielt man ihre Ankunft für die größte Herausforderung, auch angesichts der Kriegszerstörungen, und die Eingliederung dieser Flüchtlinge wurde lange Zeit als reine Erfolgsgeschichte erzählt. Unzweifelbar veränderten auch diese Flüchtlinge das Gesicht der Bundesrepublik, machten sie zu dem, was sie war.⁴³ Nicht selten wurde ihnen, die offiziell die gleiche Nationalität teilten, Misstrauen entgegengebracht, auch angesichts des herrschenden Mangels. Umfragen aus der Zeit zeigen, dass ihnen erhebliche Teile der Bevölkerung vielfach misstrauten.⁴⁴ Deutsche misstrauten Deutschen. Aber wie man es auch dreht und wendet: Die Bundesrepublik nach 1949 war im Grunde selber erst das Ergebnis dieses erfolgreichen Integrationsprozesses der Neubürger.⁴⁵ Bis 1992 wurden Menschen mit deutschen Wurzeln, die aus Staaten des Ostblocks flohen, als „Aussiedler“ bezeichnet, also all jene, die als deutsche Staatsangehörige in den ehemals deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie geboren worden waren und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs dort verblieben waren, oder die als deutsche Volkszugehörige galten. Seither, seit 1993 galten sie dann als „Spätaussiedler“.⁴⁶ Auch sie Teil einer Minderheit, die – heute nur noch ab und zu politisch sichtbar als „Russlanddeutsche“ etwa – prägend war für die Bundesrepublik. Wie die Aussiedler kamen auch jüdische „Kontingentflüchtlinge“ oft aus den ehemaligen Sowjetrepubliken und trugen in Deutschland zu einem Wiederaufbau und einer Stärkung jüdischer Gemeinden bei. Wesentlich für die Veränderung der Vielfalt der bundesdeutschen Gesellschaft wurde dann die Arbeitszuwanderung, die in den 1950er Jahren ihren Anfang nahm. Damals, in den Zeiten ökonomischen Wohlstands, begann die Bundesrepublik, Arbeitsmigranten, so aus Südeuropa, Jugoslawien, später der Türkei, anzuwerben –

⁴³ Matthias Beer/Martin Kintzinger /Marita Krauss (Hrsg.), Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel. Stuttgarter Beiträge zur historischen Migrationsforschung (Bd. 3), Stuttgart 1997, S. 146.

⁴⁴ Vgl. erneut Andreas Kossert, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008; „Die Flüchtlinge müssen hinausgeworfen werden“, in: WELT, 12.10.2015.

⁴⁵ Vgl. Matthias Beer et al., Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel. Stuttgarter Beiträge zur historischen Migrationsforschung (Bd. 3), Stuttgart 1997, S. 146.

⁴⁶ Vgl. hierzu Jan Motte/Anne von Oswal/Rainer Ohlinge (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung, Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt am Main und New York 1999, bes. S. 31 ff; zur Geschichte der Russlanddeutschen, die einen wesentlichen Anteil der „Aussiedler“ stellten vgl. Viktor Krieger, Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler. Eine Geschichte der Russlanddeutschen, Bonn 2015; Christoph Bergner (Hrsg.), Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland, München 2009.

der „Import“ galt zunächst als „Garant für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft“.⁴⁷ Auch in Frankreich, England oder Belgien hatte man diese Praxis schon direkt nach dem Krieg gepflegt. 1966 etwa befanden sich dann circa 5 Millionen Gastarbeiter in Europa.⁴⁸ Interessant ist, dass die Art der Anwerbung keine absolute Neuigkeit war: schon in der Zeit um den Ersten Weltkrieg hatte man Arbeiter aus anderen Ländern angeworben, ebenso hatte man damals bereits strenge Kontrollen entwickelt, um die Niederlassung der Zugewanderten zu verhindern.⁴⁹ Seit 1955 wurden nun von der Bundesregierung Anwerbevereinbarungen geschlossen, zunächst mit Italien, 1960 mit Spanien und Griechenland, es folgten Abkommen mit der Türkei (1961), mit Marokko (1963), Portugal (1964) und Tunesien (1964) sowie mit Jugoslawien.⁵⁰ Die Arbeiter sollten nur in Wohnheimen leben und Kontakte vermeiden; auch eine Bindung an das Gastland war nicht vorgesehen. Tatsächlich gingen etwa 80% der Gastarbeiter in ihre Heimat zurück.

Übrigens hatte auch die DDR Anwerbeprogramme für Gastarbeiter,⁵¹ mit gar nicht so unähnlichen Konditionen: Auch hier fand eine Abtrennung der Ankommenden von der übrigen Bevölkerung statt, lebten diese in Wohnheimen. Die Abkommen mit sozialistischen „Bruderstaaten“ wie Kuba (1987), Mosambik (1979), Vietnam (1980) brachten meist junge Arbeiter ins Land.⁵² Gastarbeiter brachten etwas Vielfalt in den abgeschotteten Ostblock. Vietnamesen bilden auch etwa im heutigen Tschechien eine der größten Minderheiten nach Ukrainern und Slowaken, etwa 0,5% der Bevölkerung. Gleichzeitig flohen aber viele Menschen aus dem Ostblock – und wurden so zu Migranten des

⁴⁷ So Jochen Oltmer, *Weitgehend unerforscht. Über die Geschichte von Niederlassung und Integration der Einwanderer in der Bundesrepublik*, in: *Forschung und Lehre* 11/16, S. 968–970, hier S. 968. Vgl. ferner Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001.

⁴⁸ Zu diesen Zahlen siehe *Gastarbeiter in Europa*, 26.08.1966, *Die Zeit*, <http://www.zeit.de/1966/35/gastarbeiter-in-europa>.

⁴⁹ Vgl. Nils Steffen/Cord Arendes (Hrsg.), *Geflüchtet, unerwünscht, abgeschoben. Osteuropäische Juden in der Republik Baden 1918–1923*, Heidelberg 2016.

⁵⁰ Jochen Oltmer, *Weitgehend unerforscht. Über die Geschichte von Niederlassung und Integration der Einwanderer in der Bundesrepublik*, in: *Forschung und Lehre* 11/16, S. 968–970, hier S. 968; vgl. erneut Motte/von Oswald/Ohlinger (Hrsg.), *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung*, bes. S. 145 ff.

⁵¹ Vgl. Bade, *Enzyklopädie*, S. 161 ff.; 1966 gab es etwa 3500 ausländische Arbeiter in der DDR.

⁵² So lebten etwa Anfang der 1980er Jahre 6000 Kubaner, 5000 Mosambiker, 34.000 Vietnamesen in der DDR.

Kalten Kriegs, wie etwa zahlreiche ehemalige DDR-Bürger, die vor allem in die Bundesrepublik kamen.⁵³ Als politische Flüchtlinge vor dem Kommunismus waren sie oft willkommen. Dies galt ähnlich, vielleicht etwas eingeschränkt, auch für die „Boat People“ der 1970er Jahre⁵⁴, die u. a. nach dem Ende des Vietnamkriegs ihre Heimat über das Südchinesische Meer verließen und nach Deutschland oder Frankreich, viele auch in die USA emigrierten. Sie galten teilweise sogar als – wie eine Zeitung damals schrieb – „Mode-Flüchtlinge“⁵⁵: Ihnen half man gerne, vielen anderen nicht.

Wie diese Immigrationsgruppen und auch wie Minderheiten generell sich integrierten oder sich als Teil der Gesellschaften empfanden und empfinden, dies hing in Europa wesentlich von den Staatsbürgerkonzepten ab. In Europa gab es drei grundlegende europäische Modelle der Staatsbürgerschaft und Integration: das französische Konzept des Republikanismus, ein deutsches „ethnisches“ Staats- und Nationsverständnis und den britischen Multikulturalismus. Dabei wurde das französische Modell oftmals in den Gegensatz zum deutschen gebracht: *ius sanguis versus ius solis*, das heißt, Zugehörigkeit zur Nation entweder durch den gemeinsamen Boden, das Territorium, oder durch das so genannte „Blut“.⁵⁶ So war traditionell ein auf französischem Boden geborenes Kind von Einwanderern automatisch Franzose – ähnlich die Regelung in Großbritannien –, während in der Bundesrepublik lange die Abstammung maßgeblich war.⁵⁷ Grundlegende Idee des Multikulturalismus, wie er lange in der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien vorherrscht, ist, dass Ziel von Zuwanderung nicht die

⁵³ Vgl. für die Bundesrepublik erneut Motte/von Oswald/Ohlinger (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung, S. 75 ff.

⁵⁴ Vgl. Julia Kleinschmidt, Die Aufnahme der ersten „boat people“ in die Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) online (2013), <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/170611/die-aufnahme-der-ersten-boat-people-in-die-bundesrepublik>.

⁵⁵ Unnaer Firma schenkt Vietnamesen 1000 Mark, in: Westfälische Rundschau, 18.12.1979.

⁵⁶ Vgl. z. B. Martin A. Schain, *The Politics of Immigration in France, Britain and the United States. A comparative Study*, New York 2008, S. 89–119; Heinz Ulrich Brinkmann/Haci-Halil Usculan (Hrsg.): *Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland*, Wiesbaden 2013.

⁵⁷ Hintergrund war, dass in Deutschland von Denkern wie Herder die Nation ethnisch, festgemacht an Herkunft und Wurzeln, definiert wurde. Dies machte es Neuankömmlingen oft schwer: Denn wirklich dazugehören konnte man in der Mentalität der Deutschen selbst mit deutschem Pass nicht. Ganz anders in Großbritannien: Als ehemaliges Weltreich und Empire war man generell offen für die Idee, dass Menschen verschiedener Abstammung Briten werden konnten.

Anpassung der neu Hinzukommenden ist. Unterschiede der Herkunft und Kultur sollen frei gelebt werden können und so ein vielfältiges Ganzes bilden.⁵⁸ Eine Idee, die auch in den Niederlanden lange dominant war und in der Bundesrepublik viel diskutiert wurde.⁵⁹ Diese Modelle hatten Folgen für das Selbstverständnis der Immigranten: So verstehen sich heute immerhin 42 Prozent der Muslime in Frankreich in erster Linie als französische Staatsbürger – mehr als in Deutschland oder Großbritannien. In der Bundesrepublik gaben 2012 sogar nur 15 Prozent an, Deutschland sei eher ihre Heimat als die Türkei.⁶⁰ Generell haben sich die Modelle Frankreichs, der Bundesrepublik und Großbritanniens zunehmend angenähert.⁶¹ Der ehemalige britische Premier Cameron bemerkte, der Multikulturalismus habe Segregation gefördert und verschiedene Kulturen dazu ermutigt, unabhängig voneinander und losgelöst von der Mehrheitsgesellschaft zu existieren.⁶² Frankreich hat immer wieder strengere Regeln des Zugangs zur Staatsbürgerschaft ausgerufen und damit das „ius solis“-Prinzip geschwächt, während andererseits Deutschland es seit den 1990er Jahren gestärkt hat. Dies begann bereits mit der Reform des Ausländerrechts 1991 und führte zu den Reformen unter Rot-Grün seit 1998.⁶³ Doch insgesamt gilt: Alle Modelle sind ins Wanken geraten und keines wird mehr als Königsweg angesehen.

Die Grenzen zwischen den Modellen der Integration von Flüchtlingen, von Einwanderern und der so neu entstehenden oder bereits zuvor bestehenden Minderheiten, sie sind flexibel. Sie sind aufs Engste verknüpft mit der Frage, welche Rechte den Neuankommenden zuteilwerden – wem kommen basale Menschen- und Bürgerrechte zu, wer ist hiervon ausgeschlossen? Diese Frage ist zu einer zentralen Frage

⁵⁸ Vgl. grundlegend Ruud Koopmans et al., *Contested Citizenship. Immigration and Cultural Diversity in Europe*, Minneapolis/London 2005.

⁵⁹ Vgl. Frank Eckardt, *Multiculturalism in Germany: From Ideology to Pragmatism and Back*, in: *National Identities* 9 (2007) 3, S. 235–245.

⁶⁰ Im Jahr 2009 waren es laut „Spiegel“ noch 21 Prozent; vgl. Viele Deutsch-Türken fühlen sich in Deutschland nicht zu Hause, in: *Der SPIEGEL*, 17.08.2012.

⁶¹ Vgl. Heike Hagedorn, *Das Ende eines Gegensatzes: Konvergenz der deutschen und französischen Einwanderungspolitik*, in: Bernhard Santel et al. (Hrsg.), *Einwanderung im Spiegel sozialwissenschaftlicher Forschung*, Opladen 200, S. 11–40.

⁶² Vgl. zu Camerons Haltung etwa:

<https://www.theguardian.com/politics/2011/apr/14/david-cameron-immigration-speech-full-text> (2011), <https://www.theguardian.com/politics/2016/jan/04/david-cameron-eu-referendum-net-migration-target> (2016), etc.

⁶³ Vgl. Edda Currie/Tanja Wunderlich (Hrsg.), *Deutschland – ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen*, Stuttgart 2001.

für das 20. Jahrhundert geworden. Werfen wir einen Blick auf die Entwicklung von Menschen-, Bürger- und Minderheitenrechten bis 1945.

Blicken wir in die Geschichte zurück. Die Idee der Menschenrechte gelangte erst nach 1945 zur vollen Entfaltung.⁶⁴ Bürger- und Minderheitenrechte sind nicht deckungsgleich, jedoch bedingten sich diese Kategorien der Rechtsideen oftmals gegenseitig. So ist es kein Zufall, dass mit dem Fanal der Geschichte der Menschenrechte, der Dreyfus-Affäre in Frankreich im Jahr 1894⁶⁵, zugleich der öffentliche Kampf gegen die Ausschließung der jüdischen Minderheit in Europa verbunden war. Das Ringen um Minderheitenrechte erbrachte oftmals auch einen Fortschritt der allgemeinen Menschen- und der Bürgerrechte. Doch gilt der Zusammenhang nicht uneingeschränkt. Das wird Ihnen bald deutlich werden.

Wir müssen zunächst abgrenzen: Menschenrechte, Grundrechte und Bürgerrechte werden häufig in einem Atemzug genannt. Formal besitzen sie eine gemeinsame Grundstruktur, haben aber unterschiedliche Geltungsbereiche: Menschenrechte kommen allen Menschen weltweit zu, gelten als universal. Grundrechte sind auf den Hoheitsbereich von Verfassungsstaaten beschränkt, sie sind die Kodifizierung der Menschenrechte, auf ihrer Grundlage können die Menschenrechte eingeklagt werden. Bürgerrechte sind eine bestimmte Teilmenge dieser Grundrechte, die ausdrücklich und ausschließlich nur den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern des jeweiligen Landes vorbehalten sind. D. h. Einwanderer, Asylsuchende oder Touristen sind davon ausgeschlossen. Unser Grundgesetz unterscheidet zwischen Rechten für alle „Menschen“ (Grundrechte) und Bürgerrechten allein für „Deutsche“. Menschenrechte, so kann man sagen, sind „erkämpfte Rechte, denen noch die Spuren der Gewalt, der Unterdrückung und der Ungerechtigkeit anhaften, zu deren Abwehr sie geschaffen worden sind“⁶⁶. Sie wenden sich gegen erlittene Unfreiheit, Grausamkeit, Missachtung, Demütigung, fordern Respekt, Schutz und Menschenwürde. Die

⁶⁴ Vgl. grundlegend Mark Mazower, Ende der Zivilisation und Aufstieg der Menschenrechte. Die konzeptionelle Trennung Mitte des 20. Jahrhunderts, in: Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.), Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert. Göttingen 2010, S. 41–63; Jan Eckel, Die Ambivalenz des Guten: Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2015.

⁶⁵ Vgl. etwa Stephen Wilson, Ideology and Experience – Antisemitism in France at the Time of the Dreyfus Affair. The Littman Library of Jewish Civilization, Portland 2007.

⁶⁶ Arndt Pollmann / Georg Lohmann (Hrsg.), Menschenrechte. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2012, S. IX.

Vorgeschichte der Menschenrechte liegt in der europäischen Aufklärung des 17. Jahrhunderts,⁶⁷ in den Grundsätzen der Französischen Revolution 1789 und den amerikanischen Rechtsideen, oder auch im englischen Liberalismus, der entscheidend war in den Kämpfen um die Abschaffung der Sklaverei. Mit dem 18. Jahrhundert hatten sich Debatten um Gleichheit und Humanität in Europa entfaltet. Diese bereiteten auch die Idee des Schutzes von Minderheiten vor. Minderheitenrecht bezeichnet im heutigen Völkerrecht das Anrecht ethnischer und nationaler Minderheiten auf Minderheitenschutz. Als Anknüpfungspunkte minderheitenrechtlicher Regelungskonzepte sind grundsätzlich zwei Möglichkeiten denkbar. Wenn ein einzelner Angehöriger einer Minderheit Adressat einer solchen Regelung ist, handelt es sich um Individualrecht. Wird eine Minderheit als Ganzes zum Subjekt besonderer Rechte, liegen kollektive Rechte vor.⁶⁸ Erste Minderheitenschutzregelungen galten nicht von ungefähr religiösen Minderheiten. Religiöse Rechte sind eine wichtige Grundlage moderner Minderheitenrechte⁶⁹ – man kann hier bis zum „böhmischen Staatsrecht“ des 17. Jahrhunderts zurückgehen. Generell waren Rechte eher „Gleichrangigen“ (daher auch Mit-Christen) zuzugedenken als jenen, die aus dem Konzept der „Zivilisation“ ausgeschlossen waren, so etwa die kolonisierten Völker in Afrika.⁷⁰ Neben der Religion spielte die Sprache eine zentrale Rolle im frühen Minderheitenschutz und der entsprechenden Entwicklung von Kollektivrechten. Der aufkommende Nationalismus und die Herausbildung von Nationalstaaten seit dem 18. Jahrhundert

⁶⁷ Vgl. hier Lynn Hunt, *Inventing Human Rights. A History*, New York 2007. Sie formuliert vergleichsweise neue Thesen, die eine Menschenrechtsentwicklung in der Emotionsgeschichte des 18. Jahrhunderts verorten; vgl. erneut Mark Mazower, *Ende der Zivilisation und Aufstieg der Menschenrechte. Die konzeptionelle Trennung Mitte des 20. Jahrhunderts*, in: Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.), *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*. Göttingen 2010, S. 41–63.

⁶⁸ Vgl. Dieter Kugelmann, *Minderheitenschutz als Menschenrechtsschutz. Die Zuordnung kollektiver und individueller Gehalte des Minderheitenschutzes*, in: *Archiv des Völkerrechts*, 39 (2001), S. 233–267; Peter Pernthaler, *Die Entstehung des völkerrechtlichen Menschenrechts- und Minderheitenschutzes im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Pan, Christoph/Pfeil, Beate Sibylle (Hrsg.), *Zur Entstehung des modernen Minderheitenschutzes in Europa, Handbuch der europäischen Volksgruppen* (Bd. 3), Wien 2006, S. 4–41.

⁶⁹ Pan/Pfeil; *Zur Entstehung des modernen Minderheitenschutzes in Europa*, S. 16–23.

⁷⁰ Vgl. erneut Mark Mazower, *Ende der Zivilisation und Aufstieg der Menschenrechte. Die konzeptionelle Trennung Mitte des 20. Jahrhunderts*, in: Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.), *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*. Göttingen 2010, S. 41–63; ferner Kevin Grant, *Die Menschenrechte und die staatliche Abschaffung der Sklaverei 1885–1956*, in: ebd., S. 199–225.

fürten zu einer neuen Kategorie von Minderheiten, den ethnisch-nationalen. Keine einzige Nation war ethnisch homogen. Diese Minderheiten wurden zum dauerhaften Problem bei Grenzverschiebungen infolge von Kriegen, wenn nicht homogene Teile plötzlich zusammengefügt wurden.⁷¹

Der Erste Weltkrieg und dessen politisch-territoriale Konsequenzen leiteten schließlich eine neue Phase des Minderheitenschutzes ein. Hierbei spielten die territoriale Verkleinerung des Deutschen Reiches sowie der Zerfall und die Auflösung der Großreiche eine zentrale Rolle: Es verschwanden das Osmanische Reich, das Russische Reich und Österreich-Ungarn, in dessen Vielvölkerkonglomerat die Frage nach den Minderheiten über Jahrhunderte bereits gestellt worden war.⁷² Es entstanden zahlreiche neue Minderheiten, die einen Bedarf an Schutzvorkehrungen zur langfristigen Gewährleistung der Wahrung kultureller Identitäten und Schutz vor Diskriminierungen notwendig erscheinen ließen.⁷³ Doch wurden gerade die deutschen Minderheiten etwa im neu entstandenen Vielvölkerstaat Tschechoslowakei nach dem Siegeszug des Nationalsozialismus auch als „Waffe“ und Instrument zur Erzwingung von Konzessionen missbraucht. Der brutale Feldzug des nationalsozialistischen „Deutschen Reichs“ gegen die europäische jüdische Minderheit und die Sinti und Roma zeigte gleichzeitig, dass jeder rechtliche Schutzversuch vor der NS-Diktatur versagen musste.

Dies führt zur Frage, wie Menschenrechtsschutz und Minderheitenschutz nach 1945 und im Kalten Krieg bis 1989 aussahen. Nach der NS-Diktatur, dem Holocaust und dem russischen Vernichtungskrieg zielte die von Raphael Lemkin initiierte, 1948 von der UN-Generalversammlung beschlossene „Konvention über die Verhütung

⁷¹ Peter Hilpold, Minderheitenschutz im Völkerrecht und im Europarecht – unter besonderer Berücksichtigung der Roma, in: Thurner, Erika/Hussl, Elisabeth/Eder-Jordan, Beate (Hrsg.), Roma and Travellers. Identitäten im Wandel, Innsbruck 2015, S. 106.

⁷² Vgl. Carole Fink, The Paris Peace Conference and the Question of Minority Rights, in: Peace & Change. (1996), S. 273–288; Mark Mazower, Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2002, S. 70 ff.; Avieli Roshwald, Ethnic nationalism and the fall of empires. Central Europe, Russia and the Middle East, 1914–1923, London 2001; Maya Grekova, Rethinking the concept of “Minority”, in: Sociological Problems, Special Issue 2002, S. 101–114, hier S. 102 f.

⁷³ Panikos Panayi (Hrsg.), Germans as minorities during the First World War: a global comparative perspective, Farnham 2014; Ders. (Hrsg.), Refugees and the end of empire: imperial collapse and forced migration in the twentieth century, Basingstoke u. a. 2011.

und Bestrafung des Völkermordes“⁷⁴ auf einen indirekten Schutz vor Genoziden, die besonders Minderheiten berücksichtigte. Sie waren hier definiert als Gruppen. So heißt es, Genozid werde definiert als „eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“, so die Tötung von Mitgliedern der Gruppe; Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe; vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind; gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.“⁷⁵ Insbesondere der letztere Punkt reflektierte einen wichtigen Aspekt im Angriff auf Minderheiten und deren Tötung, bei der in der Geschichte häufig gleichzeitig ein Raub von Kindern stattfand, so etwa in den Versuchen während der Nazi-Zeit, „slawische“ Kinder „einzudeutschen“. Nach der UN-Konvention zum Völkermord fällt nicht nur die Tötung von ethnischen oder religiösen Gruppen, sondern auch deren aktive Hinderung an der Fortpflanzung, also etwa Zwangssterilisierungen, unter den Tatbestand.

Nach 1945 kam es zur Durchsetzung von Menschenrechten, die nun etwas substantiell Neues bedeuten sollten. Dezidierte Minderheitenrechte fehlten allerdings in den Erklärungen. Wie ist das zu erklären? Es hatte auch damit etwas zu tun, dass die Alliierten bei der Vertreibung der deutschen Minderheiten aus Osteuropa den Alliierten freie Hand lassen wollten.⁷⁶ Zudem verhinderte Stalin Regelungen innerhalb von Konventionen, die sich dezidiert auch mit der Verfolgung der Minderheiten in der Sowjetunion auseinandergesetzt hätten. Die Minderheitenschutzidee war nach dem Zweiten Weltkrieg also schwerwiegend kompromittiert und aus der Mode gekommen, die

⁷⁴ Die UN-Völkermord-Konvention wurde erst in den 1990er Jahren konsequenter umgesetzt, zumindest gab es einige Urteile vor dem Internationalen Gerichtshof, etwa in Bezug auf Jugoslawien und Ruanda.

⁷⁵ Die Konvention findet sich im Bundesgesetzblatt von 1954 dreisprachig unter: http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl254s0729.pdf.

⁷⁶ Vgl. etwa Mark Mazower, The strange triumph of Human Rights, 1933–1950, in: *Historical Journal* 47 (2004), S. 379–398.

Menschenrechte liefen ihr stattdessen den Rang ab.⁷⁷ Aber 1948 bedeutete einen Meilenstein: die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ („Universal Declaration of Human Rights“).⁷⁸ Darin bahnbrechende Artikel waren u. a. „Artikel 1. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. Artikel 2. Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion“⁷⁹, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.“⁸⁰ Vieles waren noch fromme Wünsche. Aber die Idee war in die Welt gesetzt und veränderte sie. Als so genannte „dritte Generation der Menschenrechte“ galten die später hinzukommenden Solidaritäts- und Gruppenrechte, z. B. das Recht auf Entwicklung (1981), auf Frieden (1984), lebenswerte Umwelt, Solidarität, umfassende Partizipation und so weiter. Erst 1967 wurde eine „Unterkommission zur Verhinderung der Diskriminierung und zum Schutz der Minderheiten“ eingesetzt.⁸¹

Zusammenfassend stellt 1945 eine welthistorische Zäsur dar: Die Menschenrechte waren nun zum ersten Mal in dem Sinne universell, dass sie nicht mehr nur für sogenannte „zivilisierte“ Völker galten, sondern weltweite, umfassende Gültigkeit beanspruchten. Dabei standen die Menschenrechte stets in einem Spannungsverhältnis zu den Rechten der Nationalstaaten. Menschenrechte wurden zwischen Ost und West zum Kampfbegriff und Schlagwort: Während die Kommunisten damit u. a. auch in der Dritten Welt um Einfluss warben, „betonten die Demokratien des Westens gerade die individuellen und politischen Rechte, etwa das Recht auf freie Meinungsäußerung, die ihre

⁷⁷ Vgl. erneut Maya Grekova, Rethinking the concept of “Minority”, in: *Sociological Problems, Special Issue 2002*, S. 101–114.

⁷⁸ Vereinte Nationen/Generalversammlung, Resolution der Generalversammlung 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: <http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>. Vgl. grundlegend K. Peter Fritzsche, *Menschenrechte. Eine Einführung mit Dokumenten*, Paderborn 2014.

⁷⁹ Der Vorstoß der UdSSR, „Klasse“ aufzunehmen, scheiterte, vgl. Wolgast, *Geschichte der Menschen- und Bürgerrechte*, S. 218.

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Vgl. Wolgast, *Geschichte der Menschen- und Bürgerrechte*, S. 230. Seit 2006: Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen; seit 1993: Hochkommissar für Menschenrechte; seit 2001: Internationaler Strafgerichtshof. Vgl. auch Peter Hilpold, UN Standard-Setting in the Field of Minority Rights, in: *International Journal on Minority and Group Rights* (2007), S. 181–205.

Verfassungen ohnehin den eigenen Bürgern garantierten. Was als Menschenrecht galt, war mithin historisch kontingent und politisch umstritten.⁸² Auffallend war, dass sich bis 1989 kaum eine Resolution spezifisch des Minderheitenschutzes annahm. Selbst dort, wo es neue Staaten gab – so etwa im Zuge des Dekolonisierungsprozesses – wäre das Bestehen auf die Einführung von speziellen Minderheitenrechten durch die Supermächte als paternalistisch erschienen. Ferner war die Idee der nationalen Selbstbestimmung ohnehin zunächst eher diskreditiert, man wollte alle Anzeichen von Sezession innerhalb von Nationalstaaten vermeiden.⁸³ Die Sicht auf Minderheiten in der unmittelbaren Nachkriegszeit, dies war entscheidend, war wesentlich vom Assimilationsgedanken geprägt.⁸⁴ Wo es Assimilation gab, gab es keine Minderheiten. Bedeutsam für die Herausbildung der Minderheitenstrukturen in Europa war die anhaltende Diskriminierung von Minderheiten unter kommunistischer Herrschaft,⁸⁵ die zu zahlreichen Auswanderungswellen führte – dies betraf die jüdische Minderheit, die Russlanddeutschen, aber auch, bis heute, die Roma. Gleichzeitig war der Verweis auf Menschenrechte, im Zweifel auch auf Minderheitenrechte, auch ein Mittel der Supermächte im Kalten Krieg, um wechselseitig den Gegner zu diskreditieren.⁸⁶

Die KSZE-Konferenz von Helsinki 1975 war eine der wichtigsten Konferenzen im 20. Jahrhundert überhaupt. Sie veränderte alles. Mit dem Prozess in Helsinki 1975 wurden Menschenrechte zu einer zentralen Kategorie, auch für die Bürgerrechtler im Ostblock, die sich in Folge stärker organisierten. Es gibt also einen Zusammenhang zwischen den Bürgerrechtsbewegungen des Ostblocks, wie etwa der Charta 77, der polnischen *Solidarność* im Polen in den 1980er Jahren und dem Ringen um Minderheitenrechte.⁸⁷ Mit den Umbrüchen

⁸² Stefan-Ludwig Hoffmann, Einführung, in: Ders. (Hrsg.), *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010, S. 7–40, hier S. 25.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Jennifer Jackson Preece, *National minorities and the European nation-states system*, Oxford u. a. 1998, S. 105 f.

⁸⁵ Vgl. Gerhard Simon, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion*, Baden-Baden 1986.

⁸⁶ Vgl. Jennifer Amos, *Unterstützen und Unterlaufen. Die Sowjetunion und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948–1958*, in: Stefan-Ludwig Hoffmann, (Hrsg.), *Moralpolitik.: Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010, S. 142–169; Mikael Rask Madsen, *Legal Diplomacy. Die europäische Menschenrechtskonvention und der Kalten Krieg*, in: ebd., S. 169–198.

⁸⁷ Vgl. Celia Donert, *Charta 77 und die Roma. Menschenrechte und Dissidenten in der sozialistischen Tschechoslowakei*, in: Stefan-Ludwig Hoffmann, (Hrsg.), *Moralpolitik: Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010, S. 397–423.

1989/90 entstand eine neue Situation für viele Minderheiten in Europa. Die Phase der Transition nach 1989 brachte für viele ethnische Minderheiten in Mitteleuropa auch aufgrund von Prozessen der Re-Nationalisierung und Re-Ethnisierung sowie dem wirtschaftlichen Umbruch z.T. Verschlechterung der Lebenssituation bis hin zur offenen Gewalt.

Beleuchten wir also noch die europäische Minderheitenpolitik nach 1989. Die KSZE, später OSZE, wirkte wegberaubend für die Entwicklung eines modernen Minderheitenschutzes in Europa. Bereits in der Schlussakte von Helsinki 1975 war erstmals ein Minderheitenschutz festgeschrieben worden.⁸⁸ Die Kopenhagener Kriterien zum EU-Beitritt aus dem Jahr 1990 nahmen umfassend Bezug auf das Problem des Minderheitenschutzes. 1992 wurde auf dem Gipfel von Helsinki der Posten des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten geschaffen, der für „Frühwarnung“ sorgen soll, wenn Spannungen auftreten, die zu einem Konflikt zwischen Teilnehmerstaaten führen können. Resümierend lässt sich feststellen, dass hier v. a. deshalb ein weitgehender Konsens zum Thema Minderheitenschutz gefunden werden konnte, weil die KSZE-Dokumente nicht völkerrechtlich bindend sind. Sie können nur politische Erklärungen abgeben. Sie verpflichten die Mitgliedstaaten lediglich dazu, die Vereinbarungen zur Richtschnur ihres politischen Handelns zu machen. Es fehlt aber an Durchsetzungsinstrumenten und die Dokumente haben keine direkten Auswirkungen auf die innerstaatliche Rechtslage.⁸⁹ Dennoch sind die Dokumente nicht bedeutungslos, da sie auf geltendem Völkerrecht basieren und zu Interpretationszwecken herangezogen werden können, teilweise hat eine Verrechtlichung stattgefunden.⁹⁰

Minderheitenfragen waren und sind in Europa eine häufige Ursache von Konflikten: schätzungsweise jeder zweite Konflikt geht auf

⁸⁸ Er beschränkte sich aber auf Achtung des Rechts auf Gleichheit und Gewährung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gegenüber Minderheitsangehörigen.

⁸⁹ Vgl. Anja Siegert, Minderheitenschutz in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 94 ff.; Peter Hilpold, Minderheitenschutz im Völkerrecht und im Europarecht – unter besonderer Berücksichtigung der Roma, in: Thurner, Erika/Hussl, Elisabeth/Eder-Jordan, Beate (Hrsg.), Roma and Travellers. Identitäten im Wandel, Innsbruck 2015, S. 122.

⁹⁰ Vgl. auch Alan Philipps, The 10th anniversary of the Framework Convention for the Protection of National Minorities, in: Europäisches Journal für Minderheitenfragen 3 (2008), S. 181–189.

Minderheitenfragen zurück (v. a. Sezessions- und Autonomiefragen)⁹¹. Die Europäische Gemeinschaft versuchte lange die Frage des Minderheitenschutzes zu vermeiden, galt als „minderheitenblind“. Mit der Ausweitung ihres Kompetenzbereiches musste sie sich schließlich dennoch der Frage stellen, denn mit dem Zusammenbruch der UdSSR und Jugoslawiens wurde die Minderheitenschutzfrage wieder virulent. Ein hinreichender Minderheitenschutz galt als ein zentraler Faktor für die Stabilisierung der ethnischen Gemengelage in Osteuropa und auf dem Balkan. In den Richtlinien zur Anerkennung neuer Staaten vom 16.12.1991 machte die EG deshalb die Gewährleistung hinreichenden Minderheitenschutzes zur Vorbedingung.⁹² Seit 1990 gab es eine Vielzahl von Bemühungen um ein rechtsverbindliches Instrument des Minderheitenschutzes. So entstand 1992 etwa die „Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen“, die allerdings nicht primär Minderheitenrechte schützt, sondern die von diesen gesprochenen Sprachen. Blicken wir zum Schluss noch einmal auf unser Land, auf Deutschland. Im Grundgesetz befinden sich keine spezifischen kollektiven Schutzrechte für Minderheiten. Trotz der Nichterwähnung im GG sind Minderheiten verfassungsrechtlich nicht ohne Schutz, ihren Angehörigen kommt der umfassende Schutz der Freiheitsrechte entsprechend dem menschenrechtlichen Ansatz zugute. Insbesondere das Diskriminierungsverbot in Art. 3 Abs. 3 GG war von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes speziell wegen der NS-Verfolgung von Minderheiten aufgenommen worden.⁹³

Die Sinti und Roma sind die größte Minderheit in Europa. Die Nazis verübten an ihnen einen Völkermord. Obwohl Sinti und Roma seit 600 Jahren im deutschen Sprachraum leben und die Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti und Roma seit ihrer Gründung 1979 eine Anerkennung als nationale Minderheit hat. Die Bundesrepublik hatte bis dahin nichts unternommen, um die Gruppe mit den anderen nationalen Minderheiten, den Dänen, Friesen, Sorben, minderheitenschutzrechtlich gleichzustellen. Neben der grundsätzlichen Marginalisierung

⁹¹ Christoph Pan, Die Minderheitenfrage in der Europäischen Union, in: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen* 1/2009, S. 20–31; Ders.: Zur Wende in der Minderheitenfrage: Zwischen Gewalt und Vernunft, in: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen* 3/2012, S. 147–167.

⁹² Hilpold, *Minderheitenschutz*, S. 117 f.

⁹³ Die Kriterien Abstammung, Rasse, Sprache, Religion dürfen nicht als Begründung für Ungleichbehandlung herangezogen werden. Der Artikel verbietet allerdings keine fördernden Sonderbehandlungen. Vgl. erneut Siegert, *Minderheitenschutz*, S. 102.

und späten Berücksichtigung der Sinti und Roma war auch ein Knackpunkt, dass die anderen nationalen Minderheiten in bestimmten Siedlungsgebieten leben, während Sinti und Roma über die ganze BRD verteilt leben. Erst im Zuge der Unterzeichnung des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten im Mai 1995 bekundete die Bundesregierung in einer Auslegungserklärung ihre Absicht, das Rahmenübereinkommen auch auf die deutschen Sinti und Roma anwenden zu wollen.⁹⁴ Dies war die erste regierungsamtliche und völkerrechtlich verbindliche Erklärung in der deutschen Rechtsgeschichte, die die deutschen Sinti und Roma als eine Volksgruppe anerkannte, auf die das Recht des Minderheitenschutzes anzuwenden ist.

Auf dieser Grundlage konnten der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma sowie zahlreiche Landesverbände der Sinti und Roma in vielen Bundesländern Minderheitenschutzstandards und Kulturförderung erreichen. Um die erforderliche Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen, wurden auf der Ebene der Bundesländer Verträge geschlossen. Das Land Baden-Württemberg hat im November 2013 einen Staatsvertrag mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg unter Dach und Fach gebracht. Der baden-württembergische Landesverband der Sinti und Roma und das Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg sind dabei auch übereingekommen, eine „Forschungsstelle Antiziganismus“ zu etablieren. Sie ist seit wenigen Tagen, seit dem 1. Januar 2017 am Historischen Seminar der Universität Heidelberg eingerichtet. Hier kann eine interdisziplinäre Untersuchung der Vorurteile und Stigmatisierungen in Geschichte und Gegenwart erforscht werden. Ich möchte Sie einladen, die Forschungsstelle in Heidelberg kritisch zu begleiten.

⁹⁴ Durch Gesetz vom 22.07.1997 hatte der Deutsche Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates dem Rahmenübereinkommen zugestimmt, das Gesetz wurde am selben Tag im Bundesgesetzblatt verkündet und die Anerkennungsurkunde wurde am 10.09.1997 beim Europarat in Straßburg hinterlegt. Nach dem Vertragsgesetz war das Rahmenübereinkommen seit dem 01.02.1998 als Bundesgesetz in der BRD umfassend anzuwenden.

Dein Bild in meinem Auge oder: Die Genese des „chinesischen Traums“ – China und Europa im langen 20. Jahrhundert

Barbara Mittler

Europa als Realität und Vision, das ist das Thema dieser Vorlesungsreihe. In diesem Beitrag werden wir einen Blick von China auf Europa werfen: „Dein Bild in meinem Auge“ (Fig. 1), das ist das Bild Europas im Auge Chinas, das sich ergibt aus dem Blick des Chinesen, der sich, wie man in dieser Karikatur aus den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts sieht, den Europäer ganz genau durch ein Vergrößerungsglas anschaut und dabei jedes kleinste Detail studiert. Dieser akribisch genaue Blick Chinas auf Europa ist der Beginn einer Geschichte, die in dem kulminiert, was Chinas gegenwärtiger Staatschef Xi Jinping 习近平 (1953–) den „chinesischen Traum“ nennt.¹ Was er damit meint, ist eine „chinesische Renaissance“ (so nennt es der Titel des Posters, Fig. 2, signifikanter in traditionellen, nicht den üblicherweise in der Volksrepublik China benutzten verkürzten Schriftzeichen: 中國夢, 復興夢 „Der chinesische Traum, ein Renaissance-Traum“), die Neugeburt des chinesischen Volkes in einem wiedererstarkten China, das ebenbürtig dasteht in der Weltgemeinschaft, und zwar unter anderem deswegen, weil es Europa ganz verinnerlicht hat – also tatsächlich *Dein Bild in meinem Auge* geworden ist.²

¹ Xi Jinping und der chinesische Traum von der Renaissance <http://www.58pic.com/psd/17669120.html>. Alle Online-Quellen in diesem Aufsatz sind in einem Online-Repository im Digital Archive of Chinese Studies archiviert, das sich unter der DOI: <https://doi.org/10.25354/2018.08.1> finden lässt.

² Vgl. People's Daily Online, December 13, 2013; China News Service, December 13, 2013.

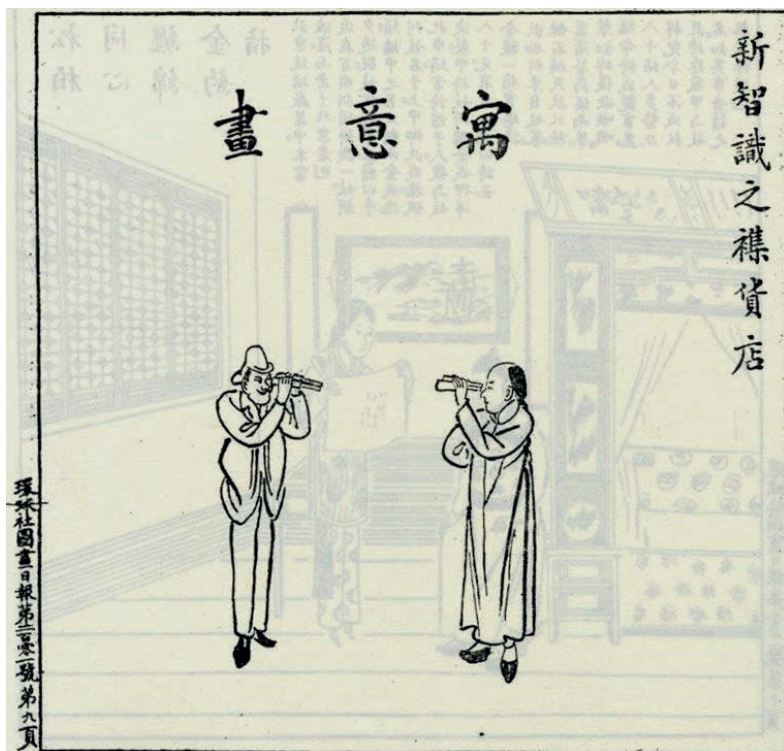


Fig. 1: Verkaufsstand für neues Wissen, *Tuhua Ribao* 圖畫日報 *Piure Daily*, 04.03.1910.

Xi Jinping erfindet mit seinem „chinesischen Traum“ als „Renaissance-Traum“, wie es auf dem Plakat gleichgesetzt wird, nichts wirklich Neues, er nimmt lediglich eine Rhetorik auf, die sich bereits am Ende des 19. Jahrhunderts, eben aus dem interessierten Blick Chinas auf Europa als eine Zukunftsvision entwickelt hatte. Diese Zukunftsvision war entstanden, weil man schon damals in China Europa gut kannte und also auch wusste, wie Europa das „erstarrete“ China einschätzte, das Hegel in seiner Geschichtsphilosophie verdammt hatte,³

³ Georg Wilhelm Friedrich Hegel, „China“, *The Philosophy of History*, trans. John Sibree (New York: American Home Library, 1902), 176–202.

den schlafenden Drachen, vor dessen Erwachen Napoleon schon gewarnt haben soll.⁴



Fig. 2: Xi Jinping und der chinesische Traum von der Renaissance.

In der kritischen Selbstsicht chinesischer Karikatur-Zeitschriften – *Puck*, *Charivari*, *Punch* aus Europa kannte man gut im China des ausgehenden 19. Jahrhunderts und konterte entsprechend (Fig. 3) – erscheint China als der imperiale Löwe, bedrohlich noch im 17. und 18. Jahrhundert (rechts oben), wo er allen Ausländern Angst eingejagt hat, um dann aber im Laufe des 19. Jahrhunderts (rechts unten) – ganz klar nach Hegel – zur steinernen Statue zu erstarren, die den Angriffen der Ausländer in der Gegenwart (links oben) nicht standhalten kann und schließlich, so die Schreckensvision für die Zukunft (links unten), wie eine einfach zu demontierende, harmlose Pappfigur auseinandergenommen wird⁵ (ein wenig ironisch ist dieses Bild, denn Mao Zedong 毛澤東 (1893–1976) wird später sehr herablassend von den kapitalistischen „Papiertigern“ *zhihu* 纸虎 sprechen).

⁴ Vgl. Rudolf G. Wagner, China, “Asleep” and “Awakening.” A Study in Conceptualizing Asymmetry and Coping with It. *Transcultural Studies* 2011.1: 4–139, 114.

⁵ Vgl. Rudolf G. Wagner China, “Asleep” and “Awakening.” A Study in Conceptualizing Asymmetry and Coping with It. *Transcultural Studies* 2011.1: 4–139, 110.

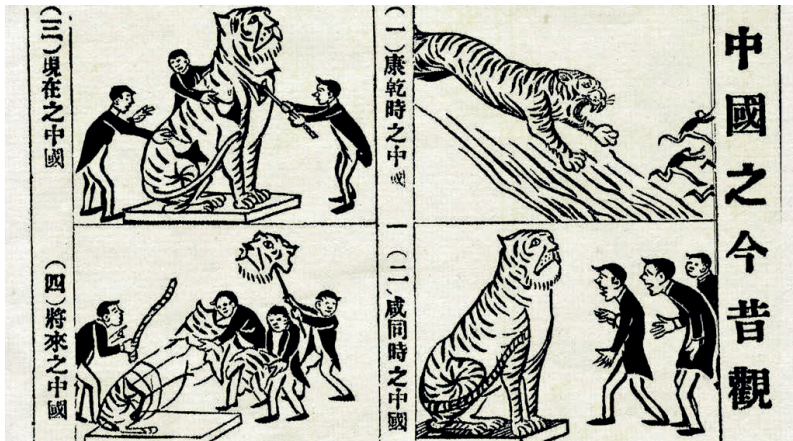


Fig. 3: *Shenzhou ribao* 神州日報 *China Daily*, 05.03.1911.

Um nun zu verhindern, dass der einst so starke Löwe ebenso auseinandergenommen wird, muss China endlich aufwachen, neu erstehen, neu geboren werden, und dazu wird seit der Mitte des 19. Jahrhunderts regelmäßig aufgerufen: Der *Shanghai Puck* (Fig. 4) zeigt bereits 1872, dass China eigentlich nicht mehr schläft (wie ganz oben), dass es gähmend aufgewacht ist (links) und jetzt (rechts) schon auf dem richtigen Weg ist, wo es sich nicht nur nach außen europäisch kleidet, sondern eben auch einen Puck, den *Shanghai Puck*, liest und das, was dort steht, verinnerlicht (das sieht man allein an der Reihenfolge der Bilder, die hier von links nach rechts zu lesen sind, nicht auf chinesische Art von rechts nach links wie eben gesehen).⁶ Ähnlich lässt die *Shenzhou Ribao* – *China Daily* (wobei China hier als *Shenzhou* 神州 also „Heiliges Land“ erscheint), einen Journalisten – zu erkennen an seinem großen Pinsel auf dem „Zeitungen“ steht – bei strahlender Sonne (die, wie man hier in Fig. 5 sieht, für „Zivilisation“ steht, für 文明 *wenming* – und das meinte in dieser Zeit allein die europäische) laut rufen, um den schlafenden chinesischen Bürger, links von ihm hockend, aufzuwecken, während rechts ein chinesischer Beamter alten Schlags völlig unbeteiligt (und halb im Bückling) herumsteht, und links der Ausländer (vor dem der Beamte sich zu bücken scheint) seine gierigen Blicke

⁶ Für den Bildnachweis und eine weitere Interpretation, siehe Rudolf G. Wagner, *China "Asleep" and "Awakening."* A Study in Conceptualizing Asymmetry and Coping with It. *Transcultural Studies* 2011.1: 4–139, 52.

über das „Heilige Land“, also China, schweifen lässt.⁷ Dass die Beamten alle so sind, nämlich duckmäusern vor den Ausländern, während sie dem eigenen Volk das Fürchten lehren, zeigt deutlich eine andere Karikatur aus der Zeitschrift *Bürgerflehen* 民吁日報 (Fig. 6), in der der Beamte als höflicher Duckmäuser den Ausländern gegenüber, aber in Tigergestalt seinen eigenen Bürgern gegenüber erscheint.



Fig. 4: *Puck, or the Shanghai Charivari*, Shanghai, Feb 1, 1872.

⁷ Für den Bildnachweis und eine weitere Interpretation, siehe Rudolf G. Wagner, China "Asleep" and "Awakening." A Study in Conceptualizing Asymmetry and Coping with It. *Transcultural Studies* 2011.1: 4–139, 103. Für die idiophobe Betrachtung der chinesischen Beamtschaft, vgl. Barbara Mittler, *A Newspaper for China? Power, Identity and Change in China's News-Media, 1872–1912*, Cambridge, Mass.: Harvard Asia Center Series, 2004, chapter 5.



Fig. 5: Ma Xingchi 馬星馳, Der erste, der aus dem langen Traum erwacht (der Journalist, 3. v. 1.) 大夢先覺. Jubiläumsausgabe *Shenzhou Ribao*, 1908.



Fig. 6: Minyu Ribao 民吁日報, 17.5.1909.

Die Zeitungswelt will also aufwecken und zeigt diesen Wunsch mit den Namen, die es seinen Blättern gibt: *Alarmglocke* heißt eine Tageszeitung (警鐘日報, 1904), eine andere *Bürgerruf* 民呼日報 *Minhu ribao* (Mai–Aug 1909) die, wie in einer Karikatur gezeigt (Fig. 7), die Bürger, die im Dunkel schlafen, aufweckt und zwar erfolgreich, denn, wie wir im nächsten Bild sehen, stehen rechts (Fig. 8) schon einige, die sich, so der chinesische Text, „der gegenwärtigen Situation bewusst geworden sind“ (und nicht von ungefähr ist ein Teil von ihnen bereits nach außen hin europäisch gekleidet – Reflexion ihres gewandelten Inneren, so mag es scheinen). Eine andere Zeitung heißt *Der erwachende Löwe* (興獅, 1905), den wir auf dem Cover einer weiteren, vom aus dem Exil arbeitenden Reformler Liang Qichao 梁啟超 (1873–1929) herausgegebenen Zeitschrift, die dem *Neuen Bürger* gewidmet ist, auch mächtig furchterregend und weltgewandt entdecken können (Fig. 9).⁸

⁸ Für den Bildnachweis und eine weitere Interpretation, siehe Rudolf G. Wagner, China “Asleep” and “Awakening.” A Study in Conceptualizing Asymmetry and Coping with It. *Transcultural Studies* 2011.1: 4–139, 124.



Fig. 7: Minhu Ribao 民呼日報 Bürgerruf 15.05.1909.



Fig. 8: Minhu Ribao 民呼日報 Bürgerruf 16.05.1909.



Fig. 9: Liang Qichaos *Xinmin congbao*, 新民叢報 *Sammlung für den Neuen Bürger*, Yokohama, 1903.

Das ganze lange 20. Jahrhundert bleibt bestimmt von dieser Rhetorik des Aufwachens aus dem Dunkel und des Aufstehens im neuen Licht: ein chinesischer Traum, die Renaissance. In den 1940er Jahren entsteht das Lied „Der Osten ist rot“ 东方红 *Dongfang hong*, basierend auf einem Volkslied aus der Gegend von Yan'an, der kommunistischen Basis. „Der Osten ist rot, die Sonne geht auf, China hat einen Mao Zedong hervorgebracht, hurra, er ist der Retter des Volkes“, so heißt es in der 1. Strophe. Und als eben dieser Mao Zedong einige Jahre später die Rede zur Gründung der Volksrepublik China auf dem Tiananmenplatz am 1. Oktober 1949 hält, manifestiert er damit, was er ein paar Tage vorher bereits verkündet hat: „Das chinesische Volk ist aufgestanden“ *Zhongguo renmin qilai le* 中國人民起來了. Auch Mao versteht dies als Durchhalte- und Siegesparole – China muss und wird es schaffen, seinen gleichwertigen Platz in der Weltgesellschaft zurückzugewinnen, so argumentiert er einige Tage zuvor:

Unsere Nation wird sich von nun an in die Gemeinschaft der Frieden und Freiheit liebenden Nationen der Welt einreihen, wird mutig und fleißig arbeiten, sich ihre eigene Zivilisation und ihr eigenes Glück schaffen und zugleich Frieden und Freiheit in der Welt fördern. Unsere Nation wird niemals mehr eine Nation sein, die sich beleidigen und demütigen lässt. Das chinesische Volk ist aufgestanden. Unsere Revolution wurde von den Völkern der ganzen Welt mit Sympathie und Jubel begrüßt. Überall in der Welt haben wir Freunde.⁹

Die Tatsache, dass diese Parole vom sich erhebenden China bis heute wiederholt wird, dass Xi Jinping mit seinem „chinesischen Traum“ erneut eine „chinesische Renaissance“ beschwört, zeigt, dass China zwar – *Dein Bild in meinem Auge* – das Vorbild Europa, seine strahlende Zivilisation *wenming*, genau studiert, ja verinnerlicht hat, dass aber andererseits Europa bis heute noch immer ganz anders auf China schaut: So, wie der Europäer in der *Tuhua Ribao* (siehe Fig. 1), der, wenn man genauer hinschaut, sein Fernrohr, nicht von ungefähr wohl, falsch herum hält und also China nicht vergrößert sondern verkleinert, weit entfernt sieht und also eben nicht „Dein (Chinas) Bild in meinem (Europas) Auge“. Es ist mein Anliegen, hier zu überlegen, was das für

⁹ In der Übersetzung im Wortlaut etwas verändert, folgend Mao Tse-tung, *Ausgewählte Werke*, Band V, Peking: Foreign Languages Press 1978, 11–15, 11.

Konsequenzen haben kann, und ob es nicht an der Zeit ist, dass Europa umgekehrt ernsthaft beginnt, sich ein genaueres Bild von China zu machen, damit nicht das, was bereits vor gut hundert Jahren, 1907 bei Fritz von der Goltz beschrieben ist, auch heute immer noch seine Gültigkeit hat:

Die asiatische Welt und ihre Vergangenheit ist uns ein Buch mit sieben Siegeln; denn was an unseren Schulen als Weltgeschichte gelehrt wird, ist europäische Geschichte schlechthin. Daß es ein mongolisches Kaiserreich von jahrhundertlangem Bestand gegeben hat, dem sich an Macht und Ansehen nur wenig Schöpfungen der Europäer vergleichen lassen, ist daher wenig bekannt.¹⁰

1.

Um nun zu illustrieren, dass in der Tat China es mit seinem detaillierten Interesse an Europa so ernst meint, dass es heute viel von Europa sein eigen nennen kann, *Dein Bild in meinem Auge*, begeben wir uns in eine Kesselfabrik in Beijing, in die 2011 Tian Haojiang 田浩江 (1954–), seines Zeichens chinesischer Bassist an der Metropolitan Opera in New York, eine Gruppe junger amerikanischer Opernsänger eingeladen hatte. Diese Opernsänger waren in Beijing zu einem ganz besonderen Meisterkurs mit dem Namen „I sing Beijing“: Hier sollten die jungen Sänger und Sängerinnen lernen, wie man, nicht nur auf Italienisch, Russisch, Deutsch oder Französisch, sondern eben auch auf Chinesisch Opern singt.¹¹ Eines Nachmittags nun nimmt Tian Haojiang die Gruppe mit auf eine Reise in seine eigene musikalische Vergangenheit. Gemeinsam besuchen sie die Kesselfabrik, in der er in den frühen 1970er Jahren, also während der Kulturrevolution, als Teenager sechs Jahre lang gearbeitet hat. Und natürlich wird dort Musik gemacht: Die Arbeiter spielen die Lieder, die Tian auch in seiner Jugend

¹⁰ Fritz von der Goltz, *Die gelbe Gefahr im Licht der Geschichte*, Leipzig: F. Engelmann, 1907, IV. Ich danke Thomas Maissen für den nützlichen Hinweis!

¹¹ Tian Haojiang, RADIO <http://www.podcastdirectory.com/podshows/10528768>. Vgl. auch Tian Haojiang CHINA DAILY China Daily 24.8.2012, „我唱北京“ 外国歌唱家在中国“Beijing, Beijing I sing Beijing“: http://www.360doc.com/content/12/0824/22/8209053_232175523.shtml.

dort gesungen hat, begleitet von Gitarre und Akkordeon. Und schließlich singen sie noch das Hauslied der Fabrik.¹²

Was man in einer Radiosendung über das Projekt von dieser Szene hören kann ist, wie zunächst (ca. 3:05') im Hintergrund die Melodie von *Oh! Susanna* ertönt,¹³ einem 1846 entstandenen amerikanischen Minstrel Song von Stephen Foster (1826–1864), der zu den 100 bekanntesten amerikanischen Songs gehören soll. Das Hauslied der Fabrik (zu hören bei ca. 3:29' in der Sendung) wird gesungen zur Melodie aus dem bombastischen Schlusschor von Beethovens 1824 uraufgeführten 9. Sinfonie, *Freude schöner Götterfunken*. Die gleiche Melodie (ohne den Text von Schiller) wurde 1972 als Hymne des Europarats ausgerufen und 1985 von der Europäischen Gemeinschaft als offizielle Europahymne verkündet, weil sie die „europäischen Werte Freiheit, Frieden und Solidarität“ zum Ausdruck bringe, „Werte, die (alle) diese Länder teilen.“¹⁴ Beide Melodien nehmen in der Fabrik in Beijing eine etwas andere Gestalt an, haben einen ziemlich anderen Text und vermitteln damit auch eine andere Botschaft als die jeweiligen Vorlagen. Andererseits hört man auch sehr deutlich, dass beide Melodien offensichtlich zum musikalischen Repertoire eines chinesischen Fabrikarbeiters ganz selbstverständlich dazugehören.

Das gleiche gilt für so manche andere Liedmelodie. „Frère Jacques“ etwa, einem deutschen Leser wohlbekannt als französisches Volks- und Kinderlied aus dem 17. Jahrhundert, ist in China ebenso vertraut und wenn Europäer in China darauf hinweisen, dass sie die Melodie singen können, ernten sie durchaus erstaunte Gesichter: Warum kennen auch Europäer dieses „chinesische Volkslied“? Wie das kommt? „Bruder Jakob“ ist während der so genannten „Schulliedbewegung“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach China gekommen und dort über den

¹² Eine Radiosendung zu diesem Projekt findet sich hier: Tian Haojiang RADIO <http://www.podcastdirectory.com/podshows/10528768>.

¹³ „Oh, I come from Alabama, with my banjo on my knee. I'm goin' to Louisiana My true love for to see. Oh! Susanna, now don't you cry for me. For I come from Alabama, with my banjo on my knee. It rained all night the day I left; The weather was so dry. The sun so hot I froze to death. Susanna don't you cry. Oh! Susanna, now don't you cry for me. For I come from Alabama, with my banjo on my knee. I had a dream the other night, When everything was still; I thought I saw Susanna, A-comin' down the hill. Oh! Susanna, now don't you cry for me. For I come from Alabama, with my banjo on my knee. A buckwheat cake was in her mouth; A tear was in her eye. I said, 'I come from Dixie Land; Susanna, don't you cry!' Oh! Susanna, now don't you cry for me. For I come from Alabama, with my banjo on my knee.“

¹⁴ Europäische Hymne <https://europa.eu/european-union/about-eu/symbols/anthem.de>.

neu eingeführten Musikunterricht in der Grundschule, der bis zum heutigen Tag zum regulären Curriculum gehört, jedem Chinesen beigebracht worden. Das Lied ist unzählige Male von allen politischen Parteien in China immer wieder neu umgedichtet worden; 1926 wird es kurzzeitig sogar zur Nationalhymne der jungen, nach dem Fall des Kaiserreiches 1912 gegründeten chinesischen Republik.¹⁵ Heutigen Chinesen, alt wie jung, ist das Lied wohl am besten bekannt als lustiges Kinderlied, das jeder im Kindergarten lernt: Es handelt von zwei sonderbaren Tigern, die sehr schnell rennen können, obwohl der eine seine Ohren, der andere seinen Schwanz verloren hat...¹⁶ Und so ist der „Frère Jacques“ über die Jahrzehnte zum „chinesischen“ Volkslied avanciert, in ähnlicher Weise wie einst aus „barbarischen“ Ländern stammende Instrumente, wie die zweisaitige Fidel 二胡 *erhu*, die das noch durch ihren Namen verrät: *hu* heißt nämlich Barbar, die *erhu* (*er* = zwei) ist also ein Barbareninstrument mit 2 Saiten. Heute allerdings wird das Instrument (etwa auf Seiten wie www.chinaculture.org) als „*erhu* – Queen of Chinese Folk Orchestra“ geführt,¹⁷ über die Jahrhunderte ist es zu einem genuin „chinesischen“ Instrument geworden. Das Gleiche lässt sich auch über die birnenförmige Laute 琵琶 *pipa* sagen, die noch einige Jahrhunderte früher aus Zentralasien nach China gekommen war. Wenn nun *erhu* und *pipa* wie selbstverständlich „chinesische“ Instrumente (geworden) sind, bedeutet das im Analogieschluss dann, dass auch die Gitarre und das Akkordeon, das Harmonium, das Klavier und die Geige, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in China beworben, verkauft und unterrichtet werden, „chinesische“ Instrumente sind (Fig. 10)? Und kann also ein Chinese wie Lang Lang zu Recht sagen, „Musik ist meine Sprache“ (der deutsche Titel seiner Biographie),¹⁸ wenn er seinen Lebensweg zum klassischen Konzertpianisten beschreibt? Der Verlag Henle scheint das zu bejahen, denn wen zeigt er in einem Werbevideo für digitale Noteneditionen als einen „typischen Konsumenten“? Eine hübsche und auf dem Klavier sehr gewandte Chinesin (oder zumindest

¹⁵ Diese Fassung ist einzusehen unter: <http://projects.zo.uni-heidelberg.de/continuousrevolution/main.php?part=1&chapter=1&media=2>. Zur Genese und politischen Nutzung des Lieds, siehe Barbara Mittler, *Dangerous Tunes. The Politics of Chinese Music in Hong Kong, Taiwan and the People's Republic of China*, Wiesbaden: Harrassowitz, 1997.

¹⁶ Zwei Tiger <https://www.youtube.com/watch?v=x2yXLmf9T3E>

¹⁷ http://en.chinaculture.org/gb/en_artqa/2003-09/24/content_39819.htm.

¹⁸ Lang Lang, *Musik ist meine Sprache: Die Geschichte meines Lebens. Autobiografie*, Ullstein: Berlin 2010.

Ostasiatin)...¹⁹ Die klassische europäische Musik hat auch in China eine Heimat gefunden: Heute sind die größten Klavier- und Geigenfabriken in China, die meisten Konzerthallen und Opernhäuser werden derzeit in Asien gebaut. Nicht nur in absoluten Zahlen erlernen dort viel mehr Kinder und Jugendliche ein klassisches Instrument als in Europa. In China war das mit auch ein „Verdienst“ der Ein-Kind-Politik, die eine Fokussierung auf das individuelle Vorwärtskommen des Einzelkinds nach sich zog. Jedes Kind sollte entsprechend ein „kleiner Drache“ werden und wenn man in der Schule nicht gar so perfekte Ergebnisse mit nach Hause brachte, so war der Gewinn von musikalischen Wettbewerben ein anderer Weg, doch noch an einer Top-Universität zugelassen zu werden. Und entsprechend weit verbreitet ist die klassische Musikpraxis auch: Ein chinesischer Politiker wie Jiang Zemin (im Amt 1993–2003) konnte nicht nur den sozialistischen Kapitalismus dirigieren, sondern mühelos vor ein Orchester treten, den Taktstock zücken oder auf einem Staatsbankett bravourös den Flügel (be-)spielen. Musikhochschulen in der ganzen Welt lassen asiatische Studenten zu, die die besten Abschlüsse machen und die meisten internationalen Wettbewerbe gewinnen. An den Musikhochschulen in Deutschland und an Amerikas Hochschulen stellen sie 30 bis 50 % der Studentenschaft. Beim Pre-College-Level sind die Zahlen sogar noch wesentlich höher.²⁰

¹⁹ Mein Dank an meine Kollegin Inga Mai Groote für den Hinweis auf diesen Film: Henle Digital Sheet Music (with “typical consumer”) <https://www.youtube.com/watch?v=bLQObYrmfTw>

²⁰ Mina Yang (2007) “East Meets West in the Concert Hall: Asians and Classical Music in the Century of Imperialism, Postcolonialism, and Multiculturalism” *Asian Music* (2007) vol. 38/1: 1–30, 23.

Wie alltäglich und normalisiert die Praxis „europäischer“ klassischer Musik in China ist, zeigt auch eine ganze Reihe von populären chinesischen, aber auch europäischen Feature- und Dokumentarfilmen der letzten Jahre: Zhang Yimou *The Turandot Project* 2001, Chen Kaige *Together* 和你在一起 2002 (wo ein Junge vom Land seine Liebe für das Geigenspiel entdeckt und zum Virtuosen wird) und vorher, aus europäischer Perspektive, Francois Girard, *Die Rote Violine* 1998, die alle das Leben von Chinesen in und mit der klassischen Musik beschreiben. Diese ist eben nicht rein „westliche“ klassische Musik 西方古典音樂 *xifang gudian yinyue* (wie sie in China zuerst in anti-bourgeois Polemiken genannt wurde, zur Unterscheidung von „chinesischer/traditioneller“ klassischer Musik, die dann Instrumente wie *pipa* und *erhu* einschließt), sondern inzwischen auch ein substantieller und wichtiger Teil „chinesischer“ Gegenwartserfahrung geworden. Kein Klavier zu Hause zu haben, ist in China inzwischen schon fast so ungewöhnlich, wie keinen Computer, kein Handy zu haben.²¹ Das Klavier ist also nicht mehr nur ein Statussymbol für den Gebildeten, sondern auch ein Volksinstrument geworden.²²

Die klassische Musik ist die Musik mit dem höchsten Prestige und kulturellen Kapital in China, und sie hat entsprechend andere musikalische Traditionen, etwa das Spiel auf *pipa* und *erhu*, zwar nicht vollständig verdrängt, aber ihr wird ein sehr viel höherer Stellenwert beigemessen.²³ Als „Musiker“ wurden und werden in China heute vornehmlich diejenigen bezeichnet, die ein „europäisches“ klassisches Instrument beherrschen.²⁴ Lang Langs Vater war *erhu*-Spieler, aber nie hätte er für seinen Sohn das *erhu*-Spiel empfohlen: Er sollte höher hinaus, und also Klavier spielen lernen.²⁵ Und heute nutzt Lang Lang

²¹ Li Hsin-yi, Bildungspilger. Eine multi-lokale Ethnographie über taiwanesisches Musikstudierende in Deutschland, Diss. Univ. Heidelberg 2015, 176.

²² Vgl. Andreas Steen, Zwischen Unterhaltung und Revolution. Grammophone, Schallplatten und die Anfänge der Musikindustrie in Shanghai, 1878–1937, Wiesbaden: Harrassowitz, 2006: 84–85.

²³ Li Hsin-yi, Bildungspilger. Eine multi-lokale Ethnographie über taiwanesisches Musikstudierende in Deutschland, Diss. Univ. Heidelberg 2015, 116–119. Yang, Mina (2007) "East Meets West in the Concert Hall: Asians and Classical Music in the Century of Imperialism, Postcolonialism, and Multiculturalism" *Asian Music* (2007) vol. 38/1: 1–30, 3.

²⁴ Li Hsin-yi, Bildungspilger. Eine multi-lokale Ethnographie über taiwanesisches Musikstudierende in Deutschland, Diss. Univ. Heidelberg 2015, 116.

²⁵ Mina Yang (2007), "East Meets West in the Concert Hall: Asians and Classical Music in the Century of Imperialism, Postcolonialism, and Multiculturalism" *Asian Music*

das *erhu*-Spiel seines Vaters zwar zuweilen, allerdings nur als Zugabe, als „Ethno-Gag“, der sich vor allem in Europa gut verkauft – kommt da doch das scheinbar „Eigene“ seiner musikalischen Kultur zum Tragen – auch ein Resultat des schlechten Sehens von Europa nach China aufgrund des falschherum-gehaltenen Fernrohrs.

In den westlichen und europäischen Medien wird China oft zum Morgenland der klassischen Musik stilisiert²⁶ – wobei man es wohl eher noch als „Heuteland“ derselben bezeichnen müsste – auch wenn Europa das noch nicht immer, oder müsste man sagen, immer noch nicht so sieht: Die „europäische“ klassische Musik ist verinnerlicht, sie ist (auch) eine chinesische Tradition geworden – *Dein Bild in meinem Auge*. Das Harmonium der Missionare und die Blasinstrumente der europäischen Militärkapellen sowie die auf europäischen Melodien basierenden, sogenannten Schullieder (darunter *Frère Jacques* und vielleicht auch *Oh Susanna*), die, in der Reformperiode der frühen Jahre des 20. Jahrhunderts, im – nach europäischen Vorbild an den öffentlichen Schulen eingeführten – curricularen Musikunterricht regelmäßig gesungen wurden und inzwischen ganz selbstverständlich, wie auch die Geige und das Klavier schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts zum alltäglichen musikalischen Erleben eines Chinesen gehören – und, wie man in Chen Kaiges *Together* deutlich sehen kann, schon lange nicht mehr nur eines städtischen Chinesen.

2.

Warum aber wurde diese Musik überhaupt in China eingeführt? Warum der genaue, interessierte Blick nach Europa, warum die offenen

(2007) vol. 38/1: 1–30, 13. Huang, Hao (2011): Why Chinese people play Western classical music: Transcultural roots of music philosophy. In: *International Journal of Music Education* 30 (2), 161–176, 164.

²⁶ Vgl. etwa Leslie Rubinstein, „Oriental Musicians Come of Age“ *New York Times*, November 23, 1980; James Oestreich, „The Sound of New Music Is Often Chinese,“ *New York Times*, April 1, 2001; James, J. „The rise of a musical superpower.“ *Time*, 2004. 173 (26), 15–16. Charles Ward, Lin, J. (2008, June 8). „China’s ‘piano fever’.“ *The Philadelphia Inquirer*. Becker, J. (2004, October 30). After years of silence, China’s growing passion for western classical music sounds a vibrant note. *The Independent, Foreign News*, Joseph Kahn and Daniel Wakin, „Classical Music Looks toward China with Hope,“ *New York Times*, April 3, 2007; Wakin, D. (2007, April 4). „Increasingly in the west, the players are from the east.“ *The New York Times*; Marginson, S. (2010, June 17).

Ohren? In der Mitte des 19. Jahrhunderts, als immer mehr Europäer nach China kommen – Kaufleute, Missionare, Militärs – und als China eine Niederlage nach der anderen gegen diese zu verzeichnen hatte, einen (Opium-)Krieg nach dem anderen verliert und als dann, entscheidend, 1894 auch noch ein Krieg gegen die kleine Nachbarinsel Japan verloren wird, jenem Japan, das sich Jahrhunderte lang immer an China als großem Vorbild orientiert hatte, jetzt aber mit der Meiji-Reform seit den späten 1860er Jahren sich nach europäischem Modell modernisiert hatte, da ist selbst der konservativste konfuzianische Beamte des bröckelnden chinesischen Kaiserreiches überzeugt: China musste sich ändern, es musste aufgeweckt werden aus seinem Tiefschlaf, es brauchte eine „neue Kultur“ und so wird Europa – das ja schließlich auch Japan stark gemacht hatte – zum großen Vorbild, zum Sitz der leuchtenden Zivilisation, der strahlenden *wenming*-Sonne, die in den anfangs diskutierten Karikaturen eine Rolle spielten (vgl. Fig. 5). Dem galt es nachzueifern, in allem: Technologie, Wissenschaft, Religion und natürlich auch Musik – ein wichtiger Bestandteil der von Yuan Shikai 袁世凱 (1859–1916) 1902 eingeführten „Neuen Armee“ war denn auch ihr Musikcorps.

All dies waren radikale Schritte, und es war nicht völlig unbeschwert zu dieser Auffassung zu kommen, bedeutete sie doch ein Umdenken an den Grundfesten des chinesischen Selbstverständnisses, aber dieses genau forderten jene, die sich schließlich, zu Anfang des 20. Jahrhunderts, in der sogenannten *Neue-Kultur-Bewegung* 新文化運動 *xin wenhua yundong* zusammenfanden. Sie hielten eine Revolution für unausweichlich, nicht nur politisch, sondern in den Herzen und Köpfen der Menschen; sie forderten die Aufgabe der alten Gesellschaftsordnung, der alten Traditionen und Sprache, und zwar, weil sie ein Modell vor Augen hatten: Europa. Sie erklärten den Aufstieg Europas, das einst, im 17. und 18. Jahrhundert noch, wie Japan über Jahrhunderte von China gelernt und profitiert hatte und die Vitalität der europäischen Moderne, als direkt und folgerichtig erwachsen aus Europas Willen zum Umbruch, zur Revolution – und das Gleiche stand nun China bevor. Chen Duxiu 陳獨秀 (1879–1942), der nur ein paar Jahre später einer der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Chinas sein sollte, schreibt in einem der grundlegenden Texte der *Neue-Kultur-Bewegung*, der in deren Flaggsschiff veröffentlicht wurde, der

Zeitschrift, die bezeichnenderweise *Neue Jugend* 新青年 *Xin Qingnian* hieß, 1917 das Folgende:²⁷

Wie ist das glänzende, beeindruckende Europa entstanden? Als Vermächtnis der Revolution. Revolution bedeutet in europäischen Sprachen die Vernichtung des Alten und den Wechsel zu etwas Neuem.²⁸

Diese Rede von der Revolution ist eine, die dem allgemeinen zeitgenössischen chinesischen Verständnis klar entgegenstand: Im Neuen hatte man nie eine Tugend gesehen, sondern, im Gegenteil, eine potentielle Gefahr. Das goldene Zeitalter war sicher in der Vergangenheit verortet, auf die es zurückzugreifen galt. Unmöglich war es, ein solches Zeitalter in der Zukunft zu sehen. Um einer solchen Neukonzeption, einer Teleologie, die nicht mehr rückwärts- sondern nun, genau andersherum, vorwärtsgewandt war, Autorität zu verleihen, musste das europäische Modell bemüht werden. Und dieses neue Modell hieß – wir hatten das zu Beginn schon mehrfach im Bild gesehen – Wiedererwachen, Neugeburt, Renaissance: China brauchte eine Renaissance wie Europa sie einst hatte, damit es eines Tages so beeindruckend und glänzend werden würde wie das Europa der damaligen Gegenwart.²⁹

3.

Wieso aber eine Renaissance? Im Juni 1917 beginnt Hu Shi 胡適 (1891–1962), ein patriotischer Intellektueller, der von seinen Zeitgenossen zum „Vater der chinesischen Renaissance“ erklärt werden sollte, auf seiner Heimfahrt aus den USA, wo er acht Jahre lang, zuerst an der Cornell University und dann an der Columbia University in New York bei John Dewey Philosophie studiert hatte, irgendwo mitten in den kanadischen Rocky Mountains, ein dünnes Bändchen von Edith

²⁷ „Zur Literaturrevolution“ (文學革命論 *Wenxue geming lun*) *Xin Qingnian* 1917.2/6. Die Übersetzung folgt Denton, *Modern Chinese Literary Thought: Writings on Literature, 1893–1945*, 140–145, 140.

²⁸ Chen Duxiu, *Xin Qingnian* 1917.2/6; die Übersetzung folgt Denton, *Modern Chinese Literary Thought: Writings on Literature, 1893–1945*, 140–145, 140.

²⁹ Vgl. Thomas Maissen und Barbara Mittler, *Why China did not have a Renaissance – and why that matters: an interdisciplinary dialogue*, Oldenbourg: De Gruyter, 2018.

Helen Sichel (1862–1914) zu lesen: *The Renaissance* (Fig. 11).³⁰ Dieses beginnt so:

Michael Angelo's great painting of the newly created Adam on the ceiling of the Sistine Chapel might be taken as a symbol of the Renaissance, of the time when man was, as it were, re-created more glorious than before, with a body naked and unashamed, and a strong arm, unimpaired by fasting, outstretched towards life and light.

Das Licht, dem Adam sich zuwendet, so fährt Sichel fort, sei Zeichen des neuen Lebens, für das die Renaissance stehe, es markiere eine „Wiedergeburt“, eine “revival of man's powers, a reawakening of the consciousness of himself and of the universe.”³¹

³⁰ Spezialistin der Renaissance mit Büchern in folgenden Bereichen: *Women and Men of the French Renaissance* (1901); *Catherine de' Medici* (1905); *Life and Letters of Alfred Ainger* (1906); *The Later Years of Catherine de' Medici* (1908); *Michel de Montaigne* (1911).

³¹ Edith Sichel, *The Renaissance* (London: Williams & Norgate), 1914, 7.

CONTENTS	
CHAP.	PAGE
I INTRODUCTORY	7
II THE MEDICI IN FLORENCE	25
I THE RENAISSANCE IN FLORENCE.	
II LORENZO IL MAGNIFICO.	
III THE RENAISSANCE IN ROME	94
IV BALDASSARE CASTIGLIONE AND THE WOMEN OF THE RENAISSANCE	129
V THE CYNICS AND THE SWASHBUCKLERS OF THE RENAISSANCE	140
VI THE FRUITS OF THE RENAISSANCE	157
VII THE RENAISSANCE OF THE NORTHERN RACES	164
VIII THE THINKERS OF THE NORTHERN RACES	192
IX THE FRENCH RENAISSANCE	215
X THE ENGLISH RENAISSANCE	229
BOOKS RECOMMENDED	251
INDEX	255

Fig. 11a: Edith Sichel, The Renaissance, New York, Henry Holt & Company, 1912, Inhaltsverzeichnis.

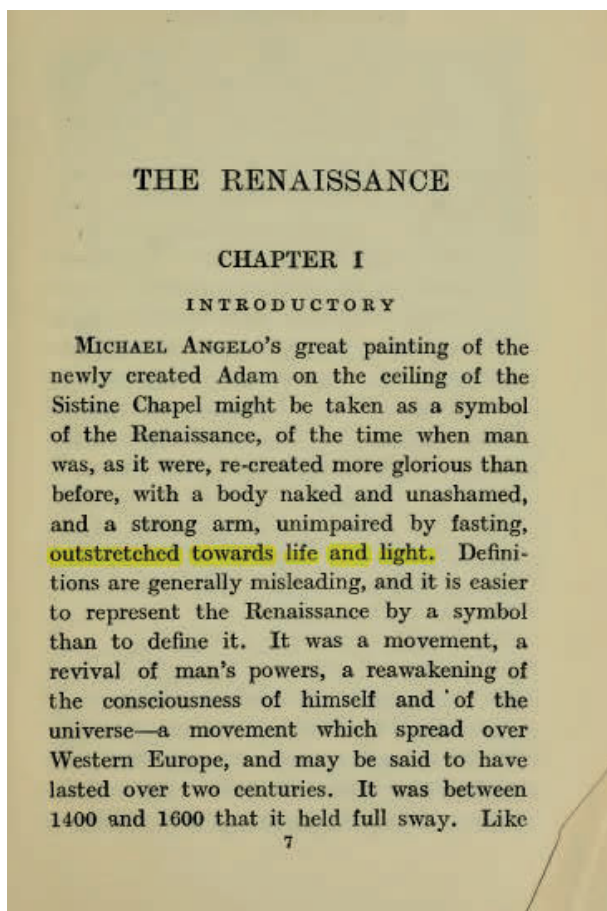


Fig. 11b: Edith Sichel, *The Renaissance*, New York, Henry Holt & Company, 1912, Anfangspassage.

Hu Shi war begeistert. Er nahm diese Idee auf, die eines wieder zum Leben erwachenden Menschen, der sich zum Licht streckt, einer totalen Erneuerung entgegen: Das war es, was China brauchte, eine Wiedergeburt im Bewusstsein seiner selbst und der Welt – *Dein Bild in meinem Auge*.

Und so wurde die europäische Renaissance zum ermöglichenden, revitalisierenden Chronotypen, der sich überall im Diskurs der *Neue-Kultur-Bewegung* wiederfindet. Als im Winter 1918 eine Gruppe Intellektuelle um den Linguisten Fu Sinian 傅斯年 (1896–1950) begann, die Zeitschrift *Xinchao* 新潮 (Neue Welle) an der Peking Universität herauszugeben, geben sie ihr den englischen Zweit-Titel *The Renaissance*³² und erklären diese Titelgebung so: Das wichtigste Ziel ihrer Zeitschrift sei es, dafür zu sorgen, dass eine neue Welle, eine Neuproduktion *xinchan* 新產, ja eine Neugeburt, eine Renaissance möglich werde und zwar durch einen radikalen Bruch mit Chinas Vergangenheit, die an den rezenteren Tragödien schuld sei (gemeint sind die verlorenen Kriege gegen die Europäer und zuletzt auch die Japaner und die gleichzeitigen japanischen Kolonialbestrebungen auf dem chinesischen Festland), derer China eine nach der anderen hatte durchmachen müssen.³³

Einer der Herausgeber der *Neuen Jugend*, Li Dazhao 李大釗 (1881–1927), Bibliothekar an der Peking Universität und späterer Mitbegründer der Kommunistischen Partei Chinas,³⁴ hatte ähnlich bereits 1916 in einem Artikel mit dem Titel „Jugend“ (青春 *Qingchun*) formuliert und so versucht, die Angst vor der Revolution, die offensichtlich grassierte, etwas abzufedern: Nicht nur die organische Welt regeneriere sich immer wieder neu, auch China werde zu Leben und Blüte zurückfinden: „Das Alte China ist die Frucht aus der das Junge China geboren wird. Das Junge China ist die Wiedergeburt/Renaissance (再生 *zaisheng*), die sich aus dem Vergehen des Alten China ergibt.“³⁵ Die Nutzung der Chiffre „Renaissance“ erlaubte es den Vertretern der *Neue-*

³² Hu Shi, *The Chinese Renaissance* 中国的文艺兴 Zhongguo de wenyi fuxing (The Haskell Lectures, 1933). Chicago: The University of Chicago Press, 1934: (reprinted New York: Paragon Book Reprint Corp., 1963), 44.

³³ Kyle D. Anderson, *Promises of Modern Renaissance. Italian Presences in Chinese Modernity*. PhD diss., Pennsylvania State University, 2010, 61.

³⁴ Kyle D. Anderson, *Promises of Modern Renaissance. Italian Presences in Chinese Modernity*. PhD diss., Pennsylvania State University, 2010, 51–52.

³⁵ Li Dazhao, „Youth“ *Qingchun* in: *New Youth Xin Qingnian* 2.1 (1916.2/1), 8.

Kultur-Bewegung, Chinas Geschichte so umzugestalten, dass sich daraus eine folgerichtige Zukunft ergab.³⁶ Und so fand die Idee der Renaissance viele Anhänger: Ihre Bedeutung wurde dabei in ihrem revolutionären Geist gesehen und ihrem Bruch mit den repressiven und dunklen Seiten von Tradition.³⁷ „Renaissance“ wurde zum „Aufruf zum Kampf“ für die Protagonisten der *Neue-Kultur-Bewegung*, ein „Aufruf“ nach innen und nach außen, der manifestieren sollte, dass das Vaterland nun wieder im Aufstieg begriffen war, dass es nicht mehr länger in Stagnation und Dunkelheit verharrte (in Parallele zum Mittelalter in Europa), dass also das alte „statische“ China (das Hegel in seiner Geschichtsphilosophie verdammt hatte),³⁸ der schlafende Drachen (vor dem Napoleon gewarnt haben soll) nun endlich wirklich dabei war aufzuwachen.³⁹ Von Chinas „Renaissance“ zu sprechen, war „global zu denken“ und damit China an einem angemessenen Platz, in einem größeren, dem „Weltsystem“, zu markieren.

Die europäische Renaissance, die für diese chinesische Renaissance Pate stand, wurde, nicht anders als die klassische Musik, in der vollzogenen Neudeutung komplett chinesisch naturalisiert – sie wurde *Dein Bild in meinem Auge*.⁴⁰ Sie wurde ein entscheidender epochaler Moment in der modernen chinesische Geschichte, ein Moment, der das Land in eine progressive globale Ordnung katapultieren sollte. Dabei ging man davon aus, dass die Renaissance ein unerlässliches Stadium in einer unvermeidlichen Aufeinanderfolge von Stadien sozialer Evolution darstellte. Dieses ruhmreiche „Staging“, das haben wir am Anfang dieses Beitrags gesehen, wurde in der Folge zum fest etablierten Blueprint für Chinas innere wie äußere nationalistischen Schachzüge – bis hin zum Sieg und zur „Befreiung“ durch die Kommunistische Partei Chinas 1949 und später zu Xi Jinpings „chinesischem Traum“. Die chinesische Renaissance wurde (und wird) also genutzt – *Dein Bild in meinem Auge* – nicht primär, weil man universale Prinzipien menschlicher Aktivität zu finden in der Lage war, sondern, weil

³⁶ Kyle D. Anderson, *Promises of Modern Renaissance. Italian Presences in Chinese Modernity*. PhD diss., Pennsylvania State University, 2010, 65.

³⁷ Vgl. die erhellende Beschreibung bei Kyle D. Anderson, *Promises of Modern Renaissance. Italian Presences in Chinese Modernity*. PhD diss., Pennsylvania State University, 2010, 2.

³⁸ Georg Wilhelm Friedrich Hegel, „China,“ *The Philosophy of History*, trans. John Sibree (New York: American Home Library, 1902), 176–202.

³⁹ Vgl. Rudolf G. Wagner *China „Asleep“ and „Awakening.“ A Study in Conceptualizing Asymmetry and Coping with It*. *Transcultural Studies* 2011.1: 4–139.

⁴⁰ Prasenjit Duara, *The Global and Regional in China's Nation-Formation* London: Routledge, 2009, spricht von „national naturalization through resignification.“

es darum ging, dem Gegenüber auf Augenhöhe zu begegnen und also die eigene nationale Identität zu stärken.⁴¹

Und darum beginnt denn auch Hu Shi, als er im Juli 1933 als “Haskell Lecturer” an die University of Chicago eingeladen wird, eine Vortragsreihe zu halten zu “Cultural Trends in Present-Day China,” die er bald darauf unter dem Titel, *The Chinese Renaissance*, in Buchform publizieren sollte, seinen ersten Vortrag auch wie folgt:

I want my readers to understand that cultural changes of tremendous significance have taken place and are taking place in China... Slowly, quietly, but unmistakably, the Chinese Renaissance is becoming a reality. The product of this rebirth looks suspiciously occidental. But, scratch its surface and you will find that the stuff of which it is made is essentially the Chinese bedrock which much weathering and corrosion have only made stand out more clearly, the humanistic and rationalistic China resurrected by the touch of the scientific and democratic civilization of the new world.⁴²

In seinem Vortrag nun führt er den für ihn so inspirierenden Vergleich zwischen den beiden Wiedergeburt-Bewegungen, der chinesischen und der europäischen Renaissance, aus. In seiner Deutung hatten es sich beide vorgenommen, 1. eine neue Kultur begründen zu wollen, die auf der Schaffung einer neuen Literatur in einer neuen Sprache basierte: der Volkssprache, der Sprache von „lebenden Menschen“, nicht der klassischen Sprache, der Sprache der „toten Weisen“ der Vergangenheit; 2. eine Kultur zu schaffen, die demokratisierend wirkte, indem sie das Individuum freimachte von den Fesseln etablierter Institutionen und Traditionen (derjenigen, die im christlichen Europa das Altertum als „heidnisch“ abstempelten, und derjenigen, die im konfuzianischen China nur den orthodoxen Klassikern, nicht aber der Kultur in der vernakulären Volkssprache heiligten); und dies 3. aus einem humanistischen, einem wissenschaftlich forschenden, kritischen Geist heraus zu tun.⁴³

⁴¹ Kyle D. Anderson, Promises of Modern Renaissance. Italian Presences in Chinese Modernity PhD diss., Pennsylvania State University, 2010, 72.

⁴² Preface to Hu Shi, *The Chinese Renaissance* 中国的文艺兴 Zhongguo de wenyi fuxing (The Haskell Lectures, 1933). (reprint) Chicago: The University of Chicago Press; London: Cambridge University 1963.

⁴³ Hu Shi, *The Chinese Renaissance* 中国的文艺兴 Zhongguo de wenyi fuxing (The Haskell Lectures, 1933). Chicago: The University of Chicago Press 1934 (reprint);

Wie seine Zeitgenossen nutzte Hu Shi den Terminus Renaissance, weil ihm sowohl nach innen als auch nach außen eine besondere „natürliche Autorität“ innewohnte.⁴⁴ Hu zeigt, wie bewusst er sich dessen ist, dass er weiß, wovon er redet – *Dein Bild in meinem Auge* – wenn er zugibt, dass der Vergleich

may sound a little conceited, especially from the lips of one who has taken a personal part in this new movement. The Renaissance is, of course, the term usually associated with that great movement in Western history which heralded modern Europe.

Aber er bleibt trotzdem dabei: “The same name has been accorded to the far-reaching changes in thought and action which have swept over China during the last ten years.”⁴⁵

Und in der Tat, die wirklich radikale Neubewertung der chinesischen Geschichte und Kultur, die hier durch die *Neue-Kultur-Bewegung* vorgenommen wurde, die inspiriert war durch Europa und die sich an diesem Modell maßgeblich orientierte, prägt, aufgrund ihrer Kanonisierung in den chinesischen Geschichtsbüchern, bis auf den heutigen Tag das Schulbuchwissen eines jeden Chinesen. Damit wird im chinesischen kulturellen Gedächtnis dieser Bewegung – und also auch der Verinnerlichung Europas – nach dem Prinzip *Dein Bild in meinem Auge* – qua Geschichtsschreibung eine der wichtigsten Positionen in der Ausformung der chinesischen Moderne zugestanden, die aber, nur darum gibt es Xi Jinpings chinesischen Traum, bis heute noch nicht zur Vollendung gekommen ist, und zwar, weil das Schauen auf Augenhöhe zwischen China und Europa bis heute noch immer nicht realisiert, sondern von den aus dem 19. Jahrhundert stammenden Asymmetrien weiterhin bestimmt ist (vgl. Fig. 1). Und das ist nicht ganz ungefährlich, wie wir gleich sehen werden.

Dazu müssen wir kurz noch einmal zurückschauen: Auf dem Höhepunkt der *Neue-Kultur-Bewegung* schreibt Guo Moruo 郭沫若 (1892–1972), der später, nach Gründung der Volksrepublik China, von

London: Cambridge University 1963, 44. Der sogenannte Herr Demokratie 德先生 (De wie Democracy) und der Herr Wissenschaft 赛先生 (Sai wie Science) sind die beiden Säulenheiligen der Neue-Kultur-Bewegung.

⁴⁴ Zhou Gang, *Placing the Modern Vernacular in Transnational Literature*, New York: Palgrave Macmillan, 2011, 60.

⁴⁵ Hu Shi, *The Renaissance in China*, *Journal of the Royal Institute of International Affairs* 1926.5: 265–283, hier 265–266.

Mao zum Staatsschreiber der Revolution gekrönt werden sollte, eine Sammlung dramatischer Gedichte mit dem Titel *Göttinnen* 女神 *nūshen* (1916–1921). Eines darunter, die „Wiedergeburt der Göttinnen“⁴⁶ 女神之再生 *Nūshen zhi zaisheng*, behandelt den Kampf zwischen zwei legendären Herrschern, deren Kriege die Welt so furchtbar in Mitleidenschaft ziehen, dass sogar die Sonne sich voll Abscheu und Schrecken zurückgezogen hat. Drei Göttinnen – jene, die einst die Sonne selbst geschaffen hatten – beschließen, ihren festen Platz am Firmament zu verlassen, um die traurig dunkel gewordene Welt zu retten, indem sie eine neue Sonne kreieren.

Der Kampf zwischen den beiden Hegemonen wütet derweil aber heftig weiter und findet sein Ende erst, als der Verlierer, in einem Akt unermesslicher Wut, seinen Kopf gegen den Buzhou Berg 不周山 rammt, der eine der vier Säulen des Himmels ist: Die Säule bricht, der Himmel kracht auf die Erde. Es folgen Donner und Blitz, dann Dunkelheit und Stille – in der Ferne, allerdings weit, weit weg, hört man die Stimmen der drei Göttinnen, die ein Lied zur Begrüßung der (wiedergeborenen) Sonne singen.

In einem Gestus, der typisch ist für die *Neue-Kultur-Bewegung*, endet das dramatisch-mythologische Gedicht dann mit dem Auftritt eines Bühnenmanagers, der das Publikum anspricht und zum Handeln auffordert:

Sehr verehrte Damen und Herren, ich fürchte ja, dass Sie schon lange genug haben von dieser übelriechenden, rauchig-düsteren Atmosphäre 乌烟瘴气, dieser schwarzen, dunklen Welt 黑暗世, dass es sie düstert nach strahlendem Licht 渴慕着光明了.

Der Bühnenmanager weist dann darauf hin, dass der Dichter bereits losgezogen sei, auf der Suche nach der Sonne: „Der Dichter des Dramas hat an dieser Stelle seinen Pinsel niedergelegt, er ist übers Meer geflohen, um neuen Glanz und neue Hitze zu schaffen.“ Und alsbald bittet der Bühnenmanager denn auch das Publikum um Mithilfe:

⁴⁶ Vgl. A Selective Guide to Chinese Literature, vol. 3 The Poem, ed. Lloyd Haft, Leiden: Brill 1989, 108–110. Der chinesische Volltext des dramatischen Gedichts findet sich hier: <http://baike.baidu.com/view/1662810.htm>.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich also eine Neugeburt der Sonne wünschen 新生的太阳, tun Sie ihm nach. [...] Wir alle warten auf ein Wiedersehen, dann, wenn die Sonne wieder aufgeht 我们待太阳出现时再会.

Den Zeitgenossen war klar, wie das Gedicht zu deuten war: China musste endlich aus dem Dunkel im neuen Licht erstehen, indem es sich befreite aus den Klammern einer jahrtausendealten, repressiven konfuzianischen Ordnung, und so wiedergeboren werden konnte, mit einer „Neuen Kultur“, einer demokratischen, emanzipatorischen Kultur des Volkes. Das dramatische Gedicht nutzt dabei die typische Selbstinszenierung, die die Protagonisten der *Neue-Kultur-Bewegung* für sich gewählt hatten: Der Intellektuelle, der Dichter geht bewusst voraus, als Vorbild und Retterfigur, er zeigt den Menschen den Weg zum Licht, er erleuchtet sie, die ahnungslos im Dunkel herumtappen.

Worum es den Vertretern der Bewegung also ging, war die Erlösung Chinas im Hier und Jetzt, aus den Fesseln der (konfuzianischen) Tradition und aus dem Finster der Ignoranz; und das unter Anleitung einer Avantgarde von Intellektuellen. Deren Ziel war, in den Worten Hu Shis: “illuminating what once was only unfathomable darkness and mystery.”⁴⁷ Und entsprechend wird dieser Akt mit einem Rücklehnwort aus dem Japanischen beschrieben: *qimeng* 启蒙 – Aufklärung, Erleuchtung, das „Er-Öffnen“ (*qi* 启) von „Bedecktem / Verheimlichtem / Verdunkeltem“ (*meng* 蒙), das Aufdecken, Enthüllen und Aufklären (im Sinne einer Rückführung zur (glänzend-hellen europäischen) Zivilisation, die man verinnerlichen sollte). *Qimeng* – Aufklärung – sollte in der Folge zu einem – vielleicht dem wichtigsten – Zauberswort für China im langen 20. Jahrhundert werden.

Die intellektuellen Vertreter der *Neue-Kultur-Bewegung* verstanden sich also als Propheten, die den Chinesen den Weg weisen konnten, auf dem sie sich aus den finsternen Verließen der Ignoranz und Beschränkung befreien können sollten. Sie forderten einen Bruch mit allem, was in ihren Augen *meng*, also „verdüstert“ war. Stattdessen wollte sie geistige (und körperliche) Erhellung bringen durch eine „neue“ Sprache, „neues“ Wissen, ein „neues“ Bewusstsein – geprägt durch die „neuen“ Tugenden von „Wissenschaft“ und „Demokratie“

⁴⁷ Hu Shi, *The Chinese Renaissance 中国的文艺兴 Zhongguo de wenyi fuxing* (The Haskell Lectures, 1933). Chicago: The University of Chicago Press 1934 (reprint); London: Cambridge University 1963, 44–77.

und verbunden mit dem Glauben an den unbedingten Fortschritt durch Wissenschaft und Technik, als dessen Hüter sich die Kommunistische Partei in China, als Erbin der *Neue-Kultur-Bewegung*, noch heute sieht.

Entsprechend ist, aus Sicht dieser Kommunistischen Partei Chinas die Antwort auf des Bühnenmanagers letzte Worte bei Guo Moruo: „Wir alle warten auf ein Wiedersehen, wenn die Sonne wieder aufgeht“ das Revolutionslied „Der Osten ist rot“, das zu Anfang schon kurz erwähnt wurde.⁴⁸ Das Lied beginnt: „Der Osten ist rot, die Sonne geht auf, China hat einen Mao Zedong hervorgebracht, hurra, er ist der Retter des Volkes.“ Mao und die Kommunistische Partei, sie sind „wie die Sonne“ und „wo immer sie hinscheint, da wird es hell,“ geht es in den nächsten Strophen weiter. In den 1940er Jahren war das Lied

⁴⁸ Hu Shi plädierte, in einer Aufwallung prophetischen Zornes zu Wort: „Es preßt einem die Tränen des Erbarmens ab“, schrieb er, „wenn man bedenkt, daß es so viele gute Menschen in China gibt. So habe ich schließlich an einen starken Mann gedacht und ihn mir leibhaftig vorgestellt. Da wußte ich, daß er China retten könnte: Da steht der Retter mit dem mächtigen Schwert in der Hand, das nur der Herrin Gerechtigkeit gehorcht und von niemand anderem ohne ihren Befehl aus dem Versteck zu holen ist. Der große Diktator kommt, vor ihm ziehen die Trommler einher in blauen Uniformen und die Trompeter in gelben. Trrom trrrrom trrrrom! So naht der Zug, und die Trompeter in ihren gelben Uniformen verkünden die Herrschaft des Gesetzes. Trrrrom – trrrrom – trrrrom! Beim fernen Dröhnen der Trommeln, bei dem Anblick des Banners der Herrin Gerechtigkeit in all ihrer Pracht und dem des großen Diktators jauchzt das Volk; der Präfekt aber und die Ratsherren reißen holterdiepolter aus und verkriechen sich. Denn siehe, der Retter ist da! Der starke Mann pflanzt das Banner der Gerechtigkeit auf der Stadtmauer auf, und jeder muß sich davor neigen, wenn er vorübergeht. Und rings in der Stadt wird verkündet, daß jeder, der erklärt, er stehe über dem Gesetz, und sich nicht neigt vor dem Banner, enthauptet werden und daß sein Kopf in den See zu werfen sei. Und der starke Mann betritt den Tempel der Stadt, vertreibt die dort herrschenden Göttinnen und verwandelt den Tempel in ein Haus der Gerechtigkeit. Dorthin versammelt er die Priester und Ratsherren, die die Stadt im Namen der Göttinnen regiert haben, schlägt ihnen mit dem mächtigen Schwert die Köpfe ab und läßt sie zusammen mit den Göttinnen in den See werfen. Und die Zahl derer, denen er die Häupter abschlägt ist gewaltig; viele entstammen den angesehensten Familien und der See färbt sich rot von ihrem schändlichen Blut. Und siehe da, nach drei Tagen benehmen sich die anderen Mitglieder der angesehenen Familien wie Edle, und das Volk hat endlich Ruhe, Frieden und Sicherheit, und die Stadt gedeiht. Diese Zeit wird kommen – die Entwicklung hat bereits begonnen; sie durchdringt hoch und niedrig – unsichtbar und doch unwiderstehlich wie der heraufziehende Tag. Eine Weile wird noch Ekel und Qual herrschen, dann aber wird die Stille, die Schönheit und die Einfalt kommen, die Chinas Eigentum sind. Und mehr als das: Auch die Gerechtigkeit wird kommen. Jenem Volke im Land der Gerechtigkeit aber werden wir Heutigen nur mehr erscheinen wie Kinder der Dämmerung.“ Hu Shis Vision ist für ihn selbst nie wahr geworden. Er floh, mit der Machtübernahme durch die Kommunisten 1949 zunächst in die USA, später nach Taiwan. Seine Rettervision jedoch, ist geblieben: „Der Osten ist rot, die Sonne geht auf, China hat einen Mao Zedong hervorgebracht. Er kümmert sich um des Volkes Glück, hurra, er ist der Retter des Volkes.“

an der Basis in Yan'an auf die Melodie eines chinesischen Volksliedes gepasst worden und 1964 wurde es, zum 15-jährigen Bestehen der Volksrepublik China, zum Titelsong in einem gigantischen Tanz- und Gesangsepos, das ein mit chinesischen und europäischen Instrumenten ausgestattetes riesiges Orchester und einen mit Tausenden von Stimmen besetzten Chor mit Tanz und Gesang auf der riesigen Bühne in der Halle des Volkes zusammenbrachte.⁴⁹

Das Lied avancierte in den Jahren der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ (1966–1976) zur Nationalhymne, der erste chinesische Satellit (*China 1*) spielte es 1970 auch in den Weltraum. Seit Maos hundertstem Geburtstag, 1993, wurde das Lied in Form von so genannten „Rote-Sonne-Hits“ in immer wieder neuen Covers verpoppt⁵⁰ und bis heute ist es ein Kassenrenner und der wichtigste Hit bei Banketten und in Karaoke-Bars geblieben.⁵¹ Inzwischen gibt es auch eine ganz aktuelle Version, in der Xi Jinping als die wieder aufgehende neue Sonne gepriesen wird, als Erbe Maos und in einer weiteren, der ultimativen chinesischen Renaissance, die jetzt, nach Xi, der „chinesische Traum“ heißt und den endgültigen Sieg für China als Weltmacht verspricht (Fig. 12).⁵²

⁴⁹ Vgl. <http://projects.zo.uni-heidelberg.de/continuousrevolution/main.php?part=1&chapter=2&setname=2.4>; <http://projects.zo.uni-heidelberg.de/continuousrevolution/main.php?part=1&chapter=2&media=9>.

⁵⁰ Vgl. <http://projects.zo.uni-heidelberg.de/continuousrevolution/main.php?part=1&chapter=2&setname=2.5>; <http://projects.zo.uni-heidelberg.de/continuousrevolution/main.php?part=1&chapter=2&media=7>; [http://projects.zo.uni-heidelberg.de/continuousrevolution/main.php?part=1&chapter=2&media=9/Zhao Dadi](http://projects.zo.uni-heidelberg.de/continuousrevolution/main.php?part=1&chapter=2&media=9/Zhao%20Dadi).

⁵¹ Vgl. Barbara Mittler, *A Continuous Revolution. Making Sense of Cultural Revolution Culture*, Cambridge, Mass: Harvard University Press, Asia Center, 2012, chapter 2.

⁵² Mit englischen Untertiteln seit März 2016 abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=N_3fy8_0EM0&list=RDN_3fy8_0EM0#t=105. Am Ende erscheint ein Disclaimer: aufgrund des Verdachtes, dass es sich hier um Vergötterung einer Person handele, sei der Film vorläufig aus dem Verkehr gezogen worden, obwohl er aus Regierungskreisen stamme: 习近平不断通过设立一个个工作小组并亲任组长的方式来集中权力，通过禁止党员干部“妄议中央”建立他的权威，各地方官员也纷纷静态拥护习近平为“核心”。这些歌曲的出现，与习近平集权的意图是相吻合的。从中国央视春晚成为习近平政策及政绩的鼓吹者，习近平的太太彭丽媛的妹妹彭丽娟出任春晚的制片主任，显示习近平至少是默许或是纵容了这些歌曲的出现。一些普通民众，文艺工作者及党员干部，会以创作这些歌曲的方式表现出一些对习近平的“个人崇拜”的现象，但没有人会真正对他“个人崇拜”。除了习近平，大概也没有人会把这种“个人崇拜”当成真的。经济不景气，普通民众无法从习近平的施政中获益，也就不会从官方的宣传中找到幸福感。今年春晚几乎被一边倒的批评就是一个例证。Der Text des Liedes liest sich wie folgt: „东方又红，太阳重升。习近平继承了毛泽东。他为民族求复兴，呼啊嗨哟，他是人民大福星“.(The East is red again, the sun rises again. Xi Jinping inherits Mao Zedong. He strives



Fig. 12: Ausschnitt aus dem neuen Film *Der Osten ist (wieder) rot*, 2016.

4.

Europa als Realität und Vision, im Selbst- und Fremdbild, das ist das Thema dieser Aufsatzsammlung. Wir haben gesehen, dass China es mit seinem nun schon gut 150 Jahre andauernden, detaillierten Interesse an Europa so ernst gemeint hat, dass es heute viel von Europa sein Eigen nennt – *Dein Bild in meinem Auge*. Wir haben auch gesehen, wie Europa wahrgenommen und internalisiert worden ist. Andererseits haben wir auch gesehen (und gehört), dass es zu kurzichtig ist zu sagen, China habe dabei einfach alles nur so kopiert wie in dieser Karikatur angedeutet (Fig. 13),⁵³ die den chinesischen Traum als Fake darstellt. Xis Chinese Dream, seine Chinese Renaissance, ist eben nicht ein einfacher Abklatsch eines American Dream oder einer Europäischen Renaissance (Fig. 14),⁵⁴ wie zynisch behauptet wird. Im Gegenteil: In der neuen Rettervision *Der Osten ist (wieder) rot* (siehe oben

for the nation's revival. Hurray, he is the big star of people's happiness. He strives for the nation's revival. Hurray, he is the big star of people's happiness. Chairman Xi loves the people. He is our guide. To realize the China Dream, hurray, he leads us to march forward. To realize the China Dream, hurray, he leads us to march forward. The Communist Party is like the sun, beaming rays through clouds and fog. As long as there is the Communist Party, hurray, Chinese people have power. As long as there is the Communist Party, hurray, Chinese people have power. The East is red again, the sun rises again. Xi Jinping inherits Mao Zedong. He strives for the nation's revival. Hurray, he is the big star of people's happiness. The Big Star of People's Happiness! English subtitles: Rose Tang (<https://twitter.com/rosetangy>).

⁵³ Chinese Dream – Cheap Replica:

<https://iepurelemizantrop.wordpress.com/tag/china/>, 18.03.2013.

⁵⁴ I have a Dream – a Chinese Dream:

Fig. 12) wird der Ton deutlich aggressiver. Chinas schon lange erträumte Renaissance ist in Bilder gefasst – Chinas Wasser, Chinas Berge, Chinas Mauern, aber vor allem Chinas Waffen (die der Kommunistischen Partei), und damit die Macht und Kraft des chinesischen Volkes, werden hier zum deutlichen Symbol dafür, dass der Drache China schon lange nicht mehr schläft und auch, dass er sich nicht mehr damit zufrieden gibt, so wahrgenommen zu werden (auch wenn am Schluss des Films die Friedenstauben über dem Platz des himmlischen Friedens in die Höhe steigen). Die Tatsache, dass die Parole von der chinesischen Renaissance, vom erwachenden Löwen oder Drachen bis heute wiederholt wird (Fig. 15),⁵⁵ dass also Xi Jinping mit seinem „chinesischen Traum“ erneut, nach den Journalisten der späten Qing, den Intellektuellen der *Neue-Kultur-Bewegung* und nach Mao, wieder das chinesische Volk sich erheben lassen will, eine „chinesische Renaissance“ heraufbeschwört, zeigt nicht, dass sich dort nichts verändert hat – das hat es, und zwar ganz gewaltig: die einstigen Gegner des Konfuzianismus bauen heute Konfuzius-Institute, die Verfechter einer Umgangssprache und vereinfachter Schriftzeichen sind heute zu den traditionellen Langzeichen zurückgekehrt (etwa auf den Propagandaplakaten, die den chinesischen Traum bewerben, siehe Fig. 2) und die unterdrückenden Institutionen der kaiserlichen Ordnung sind ausgetauscht worden durch jene, die die „Diktatur des Proletariats“ verfechten (und ebenso, oder noch mehr, unterdrücken). Was es aber sehr deutlich zeigt ist, dass Europa bis heute noch immer anders auf China schaut als China schon lange auf Europa (Fig. 1).

<http://www.chinesepen.org/blog/archives/62843> (about the G20 summit, and Xi Jinping's speech on September 1, 2016).

⁵⁵ <https://www.slideshare.net/asiainspection/ai-2014-q1-barometer>.

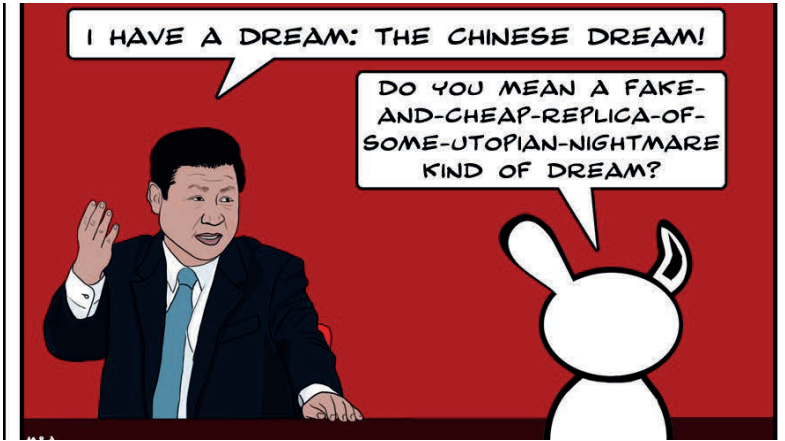


Fig. 13: Chinese Dream – Cheap Replica?

<https://iepurelemizantrop.wordpress.com/tag/china/>, 18.3.2013.

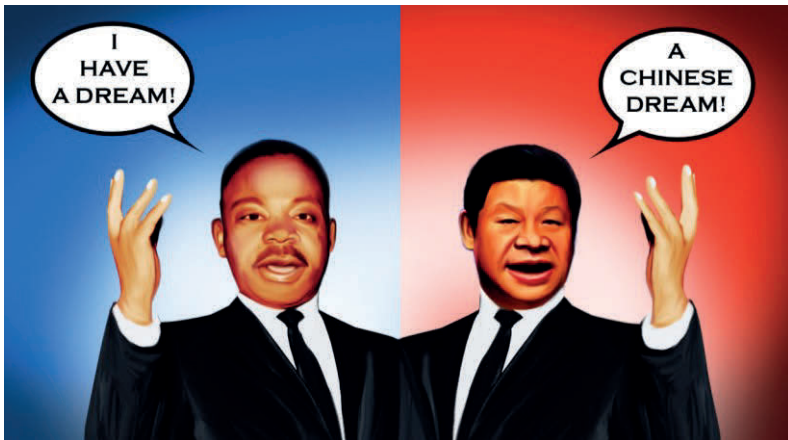


Fig. 14: I have a dream – a Chinese dream.

<https://iepurelemizantrop.wordpress.com/tag/china/>, 18.3.2013.



Fig. 15: „Erwachter Drache“, <https://www.slide-share.net/asiainspection/ai-2014-q1-barometer>.

Und das muss sich ändern: Auch wenn China noch unter Xis Vorgänger Hu Jintao 胡锦涛 (1942–) eine „harmonische Gesellschaft“ 和諧社會 *hexie shehui* und einen „friedlichen Aufstieg“ 和平崛起 *heping jueqi*; versprochen hat, auch wenn Politikwissenschaftler Chinas Außenpolitik entsprechend aus konfuzianischen (zurückhaltenden), daoistischen (mit der Vorgabe des Regierens durch Nichteinmischung *wuwei* 無為) und buddhistischen (pazifistischen Bestrebungen) Strickmustern zu erklären suchen, auch wenn der Propagandafilm *Der Osten ist (wieder) rot* zu Xi Jinping, der neuen Sonne am chinesischen Himmel, die eine neue Zivilisation zu bringen verspricht, mit dem Flug der Friedenstauben endet, ist eine neue Machtasymmetrie, die das Verhältnis zwischen Europa und China wieder umkehren wird, durchaus real, wenn es auch nicht unbedingt eine neue „Gelbe Gefahr“ ist, die hier (an)erkannt werden muss.

Die europäische Expansion hatte für China eine Neuordnung der Welt mit sich gebracht, die China zwang, sich von überkommenen Ordnungsvorstellungen zu lösen. Und also schauten die Chinesen immer genauer hin: Europa wurde immer detaillierter, China verlor – zumindest vergleichsweise – an Beschreibungsdichte und Zentralität. Die chinesische Expansion, die wir heute sehen, mag anderer Art sein, sie ist aber schon jetzt Realität – in der Wirtschaft, in der Kultur, in der Entwicklungshilfe und an vielen anderen Stellen. Damit gehört China nicht mehr zu den „irrelevanten Gebieten“, die wir an die Peripherie unserer Wahrnehmung relegieren können. Wir, Europa, die

Europäer, müssen beginnen, China besser zu verstehen, genauer hinzuschauen, den Spieß umzudrehen, wie es in dieser Karikatur, einem „Bild aus der Zeit“ von 1909 geschieht (Fig. 16), wo nun einmal der Ausländer das Fernrohr richtig herum hält, während diesmal der Chinese falsch herum hineinschaut (und also den Ausländer verkleinert sieht). Allerdings stehen sich die beiden natürlich so nah gegenüber, dass sie eigentlich beide nichts wirklich sehen: *Mein Bild in Deiner Auge?* Um Fritz von der Goltz ein wenig umzuzitieren:

Die asiatische Welt, *ihre Gegenwart* und ihre Vergangenheit *darf uns nicht länger* ein Buch mit sieben Siegeln *sein; und was an unseren Schulen als Weltgeschichte gelehrt wird, kann also nicht mehr* europäische Geschichte schlechthin *sein*.⁵⁶



Fig. 16: *Beijing Huatu Ribao* 北京畫圖日報 (Beijing Picture Daily), 27.9.1909.

Epilog

Vielleicht sind wir dabei auch schon eine Weile auf dem richtigen Weg, denn, als Hector Berlioz sich bei der Weltausstellung in London 1851 chinesischen Gesang angehört hatte und daraufhin sich sehr heftig beschwerte über das „Katzengejammer“ und das „Hundegähnen“

⁵⁶ Fritz von der Goltz, *Die gelbe Gefahr im Licht der Geschichte*, Leipzig: F. Engelmann, 1907, IV. Ich danke Thomas Maissen für den nützlichen Hinweis!

(das mythologische Land der Hunde kommt einem wieder in den Sinn),⁵⁷ da hatte ihm ein sinologischer Kollege höflich entgegnet:

Si de ce tumulte, une oreille européenne est plus surprise que charmée, il faut se rappeler le mot de ce Chinois qui, sortant d'un de nos théâtres musicaux me disait: 'Quand on ne comprend pas, on trouve qu' il y a trop de bruit.'⁵⁸ Wenn man etwas musikalisch nicht versteht, dann empfindet man es schnell als lärmenden Krach. (Nicht nur musikalisches) Verständnis über kulturelle Grenzen hinweg ist nicht einfach – egal, was die musikalischen Strukturen sind, so sind sie sicher keine Universalsprache, die sofort und von jedem verstanden wird.

Wenn man etwas musikalisch nicht versteht, dann empfindet man es schnell als lärmenden Krach. (Nicht nur musikalisches) Verständnis über kulturelle Grenzen hinweg ist nicht einfach – egal, was die musikalischen Strukturen sind, so sind sie sicher keine Universalsprache, die sofort und von jedem verstanden wird. Dass China inzwischen die europäische klassische Musik sicher nicht mehr als „lärmend“ empfindet, das haben wir schon ausführlich diskutiert und beschrieben. Das liegt an Chinas intensivem studierenden Blick auf Europa, seit gut 150 Jahren – *Dein Bild in meinem Auge*. Es ist aber inzwischen umgekehrt durchaus auch so, dass chinesische Komponisten, ich nenne nur einmal Guo Wenjing 郭文景 (1956–), Qu Xiaosong 瞿小松 (1952–) und Tan Dun 譚盾 (1957–), zunehmend auf den großen europäischen Bühnen in Amsterdam, München, Edinburgh, Paris, aber auch an der Metropolitan Opera in New York zum musikalischen Alltagsgeschehen gehören. Das Publikum ist, nach Meinung so manchen Kritikers,

enchanted by the rhythmic speech, the haunting melodies, the percussion that violently interrupts the narrative, (...it) identifies with the emotion, delights in the music and ultimately succumbs to the magic of the spectacle.⁵⁹

⁵⁷ Hector Berlioz, "Musikalische Sitten der Chinesen", Berlioz Literarische Werke, vol. VI, Leipzig: Breitkopf und Härtel, 1912.

⁵⁸ Louis Laloy, *Ma musique chinoise*, 1912.

⁵⁹ Mariana Schröder, Deutsche Welle, äußert sich so zu Qu Xiaosongs *Life on a String*, aufgeführt in Berlin. <http://www.peermusicclassical.com/composer/composerdetail.cfm?detail=qulifeonastring>.

Wenn zum Beispiel in Tan Duns Oper *Marco Polo* ein Sänger aus der südchinesischen *kunqu*-Oper (etwa aus dem 14. Jahrhundert) auftritt, der den Rustichello, also Marco Polos „Schreiber“, spielt und nun beginnt, Techniken aus der südlichen Opernform *kunqu* 昆曲, so etwa das rhythmisiert-melodisierte Rezitieren *yunbai* 韻白 auf den großenteils englischen Text des Librettos anzuwenden, so wird dem nicht mehr mit Ablehnung begegnet auch wenn, wie man an seiner Interpretation sieht, der Schauspieler auf die Schwierigkeiten bei diesem Transfer hinweist:

Those of us who are performing and producing Chinese music all have the same mission, we want to show our Eastern art and transfer our art to the Western world, we want to explain it to the Western world, we want it to become part of Western mainstream art, but this is of course not so easy.⁶⁰

Es scheint klar, diese Werke verändern und bereichern die europäischen Opernbühnen mit neuen Gesten, Masken und vor allem auch mit neuen Klängen. „Why does everyone need Chinese opera?“ ist der Titel eines Kapitels in Alexander C. Y. Huangs Studie *Chinese Shakespeares*. Er meint, dass wir von einer „infatuation with Asian visuality“ sprechen können:

Chinese opera Shakespeares seem to cross national boundaries in the global marketplace with ever greater facility and an unprecedented degree of translatability. If film has become the ‘lingua franca of the twentieth century,’ the success of Chinese opera in recent decades is testimony to the rise of Asian visuality in the global scene.⁶¹

Was er hier beschreibt, sind offensichtlich offene Augen, Augen, die jetzt von Europa nach China blicken, die sehen und die auch hören, was die nun schon bereits einige Jahrzehnte andauernde Faszination mit den Klangwelten der chinesischen Opernmusik in Europa zeigt.

Wenn Berlioz in der Mitte des 19. Jahrhunderts die chinesische Musik noch für nichts als „Katzenjammer“ und „Hundegähnen“ hielt, so

⁶⁰ Marco Polo Download YouTube: <http://www.youtube.com/watch?v=tpiuGdw7nrI>. Relevant ist in dieser Analyse die Passage zwischen 2.03–3.22.

⁶¹ Alexander C. Y. Huang, *Chinese Shakespeares. Two Centuries of Cultural Exchange*, New York: Columbia University Press, 2009: 229.

gab es andererseits auch chinesische Zeitgenossen, die sich über den „vielen Krach“ in den europäischen Opernhäusern aufregten. Inzwischen sind die Verhältnisse deutlich asymmetrischer geworden: Nicht mehr länger wird europäischer Skepsis in Bezug auf die chinesische Musik mit gleicher Münze geantwortet. Im Gegenteil: Chinesische Musiktraditionen sind in China selbst zur Musik „zweiter Klasse“ degradiert worden – *Dein Bild in meinem Auge*. Die größten Violin- und Klaviermanufakturen der Welt finden sich in China. Viel mehr chinesische als europäische Kinder erlernen ein klassisches Instrument. Chinesische Musiker studieren an den Musikhochschulen Europas und gewinnen reihenweise internationale Musikwettbewerbe.

Die Attitüde auf europäischer Seite allerdings bleibt (noch) scheinbar gleich: Eine gewisse Faszination für die unglaublichen Erfolge und Fähigkeiten chinesischer Musiker ist deutlich verbunden mit der Häme über die chinesischen „Tigermütter“,⁶² die nichts als perfekte „Technik-Roboter“ produzieren, aber den wahren Sinn der Musik doch gar nicht verstehen können. Weit gefehlt – denn erst technische Vollkommenheit und Souveränität erlauben ja musikalische Ausgestaltung. Anders gesagt: China hat Europa inzwischen so weit verinnerlicht, ja „einverleibt“ – *Dein Bild in meinem Auge* – dass es damit ganz selbstverständlich (und zuweilen besser als Europa) und zwar nicht nur musikalisch agieren kann.

Europa als Realität und Vision, Europa im Selbst- und Fremdbild, war das Thema dieser Reihe. Gemeinsam haben wir einen Blick von China auf Europa geworfen und nun steht es an, dass umgekehrt auch Europa seinen Blick wieder nach China lenkt und zwar einen Blick, der detailliertes Schauen zulässt. Warum? Erst die europäische Expansion brachte eine Neuordnung der Welt mit sich, die China zwang, sich von überkommenen Ordnungsvorstellungen zu lösen. Lassen wir es nicht so weit kommen, dass wir gezwungen sind, sondern sehen wir selbst, jetzt – nicht nur in Anbetracht der evidenten Machtgebaren eines Xi Jinping – nach innen und nach außen. Denn es steht uns gut an zu wissen, wieder frei nach Goltz, dass es „ein *chinesisches* Reich von *jahrtausendelangem* Bestand ..., dem sich an Macht und Ansehen nur wenige Schöpfungen der Europäer vergleichen lassen“⁶³, nicht

⁶² Amy Chua, *Battle Hymn of the Tiger Mother*, London: Bloomsbury, 2011.

⁶³ Fritz von der Goltz, *Die gelbe Gefahr im Licht der Geschichte*, Leipzig: F. Engelmann, 1907, IV.

nur gegeben hat, sondern, dass es dies auch wieder gibt: Der chinesische Drache ist schon lange wieder wach! Schauen wir hin!

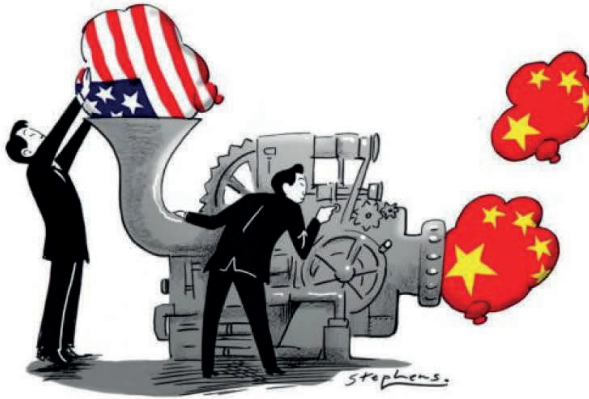


Fig. 17: Die Produktion des chinesischen Traums, <https://watchingamerica.com/WA/2018/07/19/the-chinese-dream-and-the-decline-of-the-american-dream/>.

Zu zeigen, welche immer wieder revitalisierende Bedeutung die Wahrnehmung Europas für China hatte, meint auch, darauf hinzuweisen, dass dies umgekehrt genauso sein kann. Die Tatsache, dass über die letzten beiden Jahrhunderte ganz erhebliche Asymmetrien in der gegenseitigen Wahrnehmung entstanden sind, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kräfteverhältnisse sich ändern und dass auch kulturelle Flüsse ihre Richtung nicht immer beibehalten. Und entsprechend werden ja auch bei uns – die wir in unserem Exzellenzcluster Asien und Europa im globalen Kontext und jetzt im Heidelberger Centrum für Asiatische und Transkultureller Studien (CATS) genau daran viele Jahre gearbeitet haben – zwar langsam, aber immerhin eben doch Zeichen eines Wandels sichtbar, der sich nicht nur in der Öffnung für die von Berlioz noch so verachteten Klänge der chinesischen Oper zeigt – ein offener, an Details interessierter Blick nach China *Sein Bild in unserem Auge* kann ermöglichen, dass wir China verstehen und das ist umso wichtiger in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in China Europa schon lange überholt haben, die Asymmetrien also eben gerade dabei sind, sich wieder in die andere Richtung zu verschieben. Es ist wichtig,

dass wir China ganz genau durch unser Vergrößerungsglas ansehen und dabei jedes kleinste Detail verstehen, eben damit das Verschieben dieser Asymmetrien nicht heißen muss, dass wir dann alle den China Dream (und nicht mehr den American Dream, Fig. 17) träumen (auch wenn der, mindestens seit Trump, vielleicht doch auch um einiges weniger attraktiv – und plausibel – geworden ist).

Europa die Frau, Europa das Haus. Europa als Traum, Hoffnung und Notwendigkeit. Europa hat viele Gesichter und es gibt die unterschiedlichsten Gleichnisse für das, was Europa und was die Europäische Union sind und sein sollen. Die Universität Heidelberg hat Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen eingeladen und sie gebeten, im Rahmen des Studium Generale zum Thema *Europa - Realität und Vision* Stellung zu nehmen und dabei auf unterschiedliche Aspekte wie Minderheiten und Bürgerrechte, Migration, die Rolle Deutschlands im Integrationsprozess der Europäischen Union oder die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Brexit-Referendum einzugehen. Auch der Blick von Russland auf die Europäische Union sowie chinesische und europäische Sichtweisen auf den jeweils anderen legen eine Fülle von historischen Bedingtheiten, Bildern und Vorbildern frei, die in ihrer Wirksamkeit nicht zu unterschätzen sind. Ob das Plädoyer für eine Neugründung Europas die wegweisende Option ist, bleibt dabei dem Leser überlassen.



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386

ISBN 978-3-947732-08-1



9 783947 732081

14,90 EUR (DE)
15,40 EUR (AT)